

Reader zum 9. bundesweiten Kongress im Juni/Juli 2007
der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Streik - Massenstreik



Foto:
Thomas Trüten,
Arbeiterfotografie

I. Informationen über das Netzwerk der Gewerkschaftslinken

II. Kongress

- | | | |
|-------------|---|----------|
| II.a | Historische Bedeutung des Internationalen Sozialistenkongresses 1907 | |
| | Ulla Jelpke | Seite 3 |
| II.b | Streik – Massenstreik | |
| 1.) | Einfluss der demokratischen Rechte auf Kampffähigkeit der Gewerkschaften | |
| | Ulla Jelpke, Matthias Fritz | Seite 10 |
| 2.) | Politischer Streik in der BRD nach 1945 | |
| | Tom Adler | Seite 20 |
| 3.) | Streikerfahrungen heute | |
| ➤ | Länderstreik im Öffentlichen Dienst 2006 – Günther Klein | Seite 27 |
| ➤ | Telekom-Streik 2007 – Daniel Behruzi | Seite 29 |
| ➤ | Bosch-Siemens-Hausgeräte / Berlin 2006 – Andreas Hesse | Seite 32 |
| ➤ | Freudenberg Bausysteme KG / Weinheim 2007- Helmut Schmitt | Seite 35 |
| 4.) | Erfolgreiche Streiks in Frankreich | |
| | Willi Hajek | Seite 37 |
| 5.) | Rosa Luxemburg: Massenstreiks, Partei und Gewerkschaften | |
| | Theodor Bergmann | Seite 40 |
| 6.) | Politik der SPD von 1914 bis heute | |
| | Dogan Göcmen | Seite 46 |
| II.c | Abschlusserklärung / Solidaritätserklärungen | Seite 51 |
| III. | Plattform der Gewerkschaftslinken | Seite 56 |

I.) Informationen über das Netzwerk der Gewerkschaftslinken

Am 15./16. April 1999 trafen sich in Oberursel/Frankfurt ca. 140 GewerkschafterInnen aus der ganzen Bundesrepublik zur Gründung der „Initiative zur Vernetzung linker GewerkschafterInnen“. Was etwas holprig daher kam, war nicht mehr und nicht weniger als ein längerfristig angelegtes Projekt mit dem Ziel, linker Gewerkschaftspolitik größere Geltung zu verschaffen. Vorausgegangen war eine ca. einjährige Debatte in verschiedenen regionalen Diskussionszusammenhängen und in den Zeitschriften „Sozialismus“ und „express“, die die InitiatorInnen ermutigte, das erste bundesweite Treffen zu organisieren.

Ausgangspunkt für diese Initiative war die Einschätzung, dass die Gewerkschaften in einer tiefen politischen Krise sind und sie keine kämpferische Politik im Interesse der Lohnabhängigen machen.

Die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken möchte eine bundesweite ernstzunehmende, basis- und kampforientierte zielgerichtete Initiative sein, auf die nicht nur die Gewerkschaftslinken, sondern auch die breite Masse der Gewerkschaftsbasis setzen kann, um Gegenwehr gegen die Angriffe des Kapitals auf die tariflichen, gewerkschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Werktätigen zu organisieren.

In vielen Betrieben und Gewerkschaften gibt es Kollegen und Kolleginnen, die sich für die gewerkschaftliche Organisation, für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, für kämpferische Auseinandersetzungen, für demokratische Gewerkschaftsstrukturen einsetzen. Diese KollegInnen sind aber nicht vernetzt und wissen nichts voneinander. Sie schaffen es deshalb oft nicht, ihre Ziele durchzusetzen, weil die Kämpfe einzeln geführt werden.

Ziel der Gewerkschaftslinken ist, diese kämpferischen, engagierten, aktiven, aber zersplitterten KollegInnen zusammen zu bringen, sie in die Forumsarbeit der Gewerkschaftslinken vor Ort einzubinden bzw. neue Foren aufzubauen, um gemeinsame Verabredungen zu treffen. Bundesweit gilt es, diese örtlichen Foren zu vernetzen, gemeinsame Ziele festzulegen, gemeinsame Kampagnen zu organisieren, um dadurch gemeinsam stärkere, kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit auf einer gemeinsamen Plattform zu entwickeln.

Dieses Netzwerk versteht sich nicht als Konkurrenz zu den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind trotz ihrer Schwäche und Fehler die einzigen Massenorganisationen der Beschäftigten und die erste Adresse für Millionen von Beschäftigten, um sich gegen Angriffe der Arbeitgeber zu wehren. Aber die Politik in den Gewerkschaften ist geprägt vom Comanagement und Zugeständnissen an die Kapitaleseite. Und dieser Politik will die Gewerkschaftslinke eine Alternative entgegensetzen.

Dieses Netzwerk soll die Selbstorganisation der Belegschaften stärken, soll die politische und gewerkschaftliche Emanzipation der arbeitenden Menschen ermöglichen.

Die Gewerkschaftslinke wendet sich aktiv gegen alle Bestrebungen, gewerkschaftliche Aktivitäten den Interessen und Zielen des Kapitals unterzuordnen. Stattdessen will sie dazu beitragen, über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinaus zu denken und Alternativen zu entwickeln.

Vor Ort vernetzen Foren die Arbeit der Gewerkschaftslinken. Durch Veranstaltungen und Forumstreffs wird versucht, die Ziele der Gewerkschaftslinken weiterzuverbreiten, zu verankern und die aktiven Gewerkschafter vor Ort zu vernetzen.

Für Kontinuität sorgen ein bundesweiter Arbeitsausschuss, der Vierteljährlich tagt, und das Sekretariat. Ca. alle 2 Monate erscheint ein Netzwerkinfo, das über betriebliche, gewerkschaftliche, soziale und politische Kämpfe berichtet, auch in anderen Ländern, und zu gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Fragen Stellung bezieht, sowie Vorschläge für gemeinsames Vorgehen entwickelt. Ein bis zwei Mal im Jahr finden bundesweite Kongresse statt, die die Foren und aktiven kämpferischen GewerkschafterInnen bundesweit vernetzen und gemeinsame Positionen und Aktionen festlegen soll.

Wer Interesse an Mitarbeit in den bestehenden Foren hat oder Unterstützung beim Aufbau von neuen Foren haben möchte, kann sich an Hans Kroha (HKroha@t-online.de) oder Christa Hourani (christa.hourani@t-online.de) wenden.

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt
Tel: 06182/782306 E-Mail: HKroha@t-online.de

Weitere Infos unter:

www.labournet.de/GewLinke

Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch

II.a) Historische Bedeutung des Internationalen Sozialistenkongresses 1907

Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete der Linken, Journalistin

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor 100 Jahren versammelte sich hier in Stuttgart ein Weltparlament der Arbeiterinnen und Arbeiter oder wie man damals sagte: des Proletariats.

Die imperialistische Kriegspolitik der Großmächte einerseits und die Erfahrungen mit der russischen Revolution von 1905 andererseits wirkten sich prägend auf den Stuttgarter Sozialistenkongress aus.

Die russische Revolution von 1905 hatte trotz ihrer Niederschlagung zu einem weltweiten Aufschwung der revolutionären Bewegung geführt. Erstmals war das neue Kampfmittel des Massenstreiks erfolgreich erprobt worden und mit dem Petersburger Sowjet entstand erstmals seit der Pariser Kommune von 1871 wieder ein Arbeiterrat, in dem sich das werktätige Volk politisch organisierte. Die russische Revolution hatte den schon parlamentarisch erstarrten sozialistischen Parteien Westeuropas vor Augen geführt, dass Revolution grundsätzlich möglich ist.

Das Jahr 1907 stand insbesondere für das deutsche Kaiserreich im Zeichen von Kolonialismus und Krieg. Bereits seit 1904 tobte in der euphemistisch als Schutzgebiet bezeichneten Kolonie Deutsch-Südwestafrika ein Krieg der Kolonialtruppen gegen die Hereros und Namas. Dieser Krieg hatte zur fast vollständigen Ausrottung der Hereros geführt – dem ersten von Deutschen begangenen Völkermord des 20. Jahrhunderts. Dennoch weigerte sich gerade erst Mitte Juni die Bundestagsmehrheit, einem Antrag der Linksfraktion zuzustimmen, die Massaker an den Herero als Völkermord anzuerkennen und Entschädigungen an Namibia zu zahlen. Nach der Ausrottung der Hereros setzten die in Deutschland als Hottentotten bezeichneten Nama mit einem Guerillakrieg den Widerstand gegen die deutschen Kolonialtruppe und Siedler fort. Als Reichskanzler von Bülow 1906 im Reichstag weitere Mittel für das koloniale Gemetzel beantragte, stimmte eine Mehrheit aus Sozialdemokraten und katholischem dagegen. Um seine Kriegspolitik auf eine stabile Mehrheit zu stellen, löste Bülow den Reichstag auf und rief Neuwahlen aus. Der Wahlkampf ging als „Hottentotten-Wahl“ in die Geschichte ein.

Der Wahlkampf stand »unter dem Zeichen eines zur Siedehitze gesteigerten Klassenkampfes«, schrieb Karl Liebknecht. Während des Wahlkampfes entfaltete die konservative Rechte eine beispiellose Hetzkampagne gegen die Sozialdemokraten. Erstmals griffen die von der Rüstungs- und Schwerindustrie gesponserten nationalistischen Verbände wie der Alldeutsche Verband, der Deutsche Flottenverein und die Deutsche Kolonialgesellschaft koordiniert in den Wahlkampf ein, um die noch unentschiedenen Mittelschichten zu gewinnen. Zur Rechtfertigung der Rüstungs- und Kolonialpolitik propagierten sie Lebensraumtheorie, Rassismus und Kriegsverherrlichung.

Mit fast 85 Prozent war die Wahlbeteiligung am 25. Januar die bis dahin höchste aller Reichstagswahlen. Die Sozialdemokratie als bei weitem stärkste Partei mit 28,9 Prozent Stimmenanteil konnte trotz der massiven antisozialistischen Hetze ihre absolute Stimmenzahl von 3,01 Millionen auf 3,26 Millionen steigern. Zweitstärkste Partei wurde das Zentrum mit rund zwei Millionen Stimmen. Doch in Folge der geschlossenen Front ihrer bürgerlichen Gegner bei den Stichwahlen und einer veralteten Wahlkreiseinteilung verloren die Sozialdemokraten über die Hälfte ihrer Mandate und erhielten nur 43 Abgeordnetensitze.

Die »Hottentottenwahl« markierte einen Wendepunkt der deutschen Politik. »Sie zeigt uns, dass die nächste politische Entwicklung unter dem Zeichen der Weltpolitik steht«, warnte Rosa Luxemburg. »Weltpolitik bedeutet Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik. Das ist der Strudel, dem der Kapitalismus entgegenstürmt und in dem er mit Mann und Maus unterzugehen verdammt ist.«

Die Weichen zum Weltkrieg waren gestellt. Hintergrund war die ökonomische Entwicklung des deutschen Imperialismus seit der Jahrhundertwende mit einem starken wirtschaftlichen Wachstum und beschleunigter Monopolisierung der Wirtschaft. Auf der Suche nach neuen Absatzmärkten und Rohstoffen geriet der deutsche Imperialismus zunehmend in Widerspruch mit den anderen Großmächten und drängte immer aggressiver auf eine Neuaufteilung der Welt.

Der rechte Flügel der Sozialdemokratie hatte immer auf die Linksliberalen als möglichem Koalitionspartner geschielt. Doch so, wie heute die einstmaligen linken Grünen zu einer bürgerlichen Kriegspartei verkommen sind, schwenkten damals die Linksliberalen auf den Kriegskurs von Kanzler Bülow ein, um ein Stückchen vom Kuchen der Macht abzubekommen. Die Reichsregierung konnte sich nach der „Hottentottenwahl“ bei der Umsetzung ihrer Kriegspolitik auf den von der Schwerindustrie gewünschten »Bülow-Block« aus Konservativen sowie Rechts- und Linksliberalen stützen. Einer der ersten Beschlüsse des neuen Reichstags war die Einrichtung des Reichskolonialamtes in der Berliner

Wilhelmstraße, also eines Ministeriums, dass im Interesse des Großkapitals die Unterdrückung und Ausplünderung der Kolonien organisieren sollte.

Militarismus und Antimilitarismus

Innerhalb der deutschen und internationalen sozialistischen Bewegung sorgten die Fragen von Kolonialismus und Kriegsgefahr für heftige Kontroversen. Während rechte Sozialdemokraten die antiimperialistische Agitation ihrer Partei als Hauptgrund für die Wahlniederlage bezeichneten und auf reformistische Kleinarbeit setzten, sah der Parteilinke Karl Liebknecht im Wahlausgang gerade den Beweis für die brennende Notwendigkeit der Bekämpfung des »inneren Militarismus«. Die Wahlen hätten gezeigt, wie beschämend gering die Widerstandskraft des deutschen Volkes gegenüber »pseudopatriotischen Rattenfängereien jener verächtlichen Geschäftspatrioten« sei. Mit seiner wenig später veröffentlichten Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ warb Liebknecht für eine besondere antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie und insbesondere der sozialistischen Jugendorganisationen. Bei den Parteirechten aber auch beim Parteivorsitzenden August Bebel stieß Liebknechts Broschüre auf zum Teil scharfe Ablehnung. Dagegen erkannten die Herrschenden sehr genau, welche Gefahr ihnen durch eine antimilitaristische Agitation der Arbeiterbewegung drohte. Der Kriegsminister ließ daher ein Hochverratsverfahren gegen Liebknecht einleiten, dass im November 1907 mit dessen Verurteilung zu einer Zuchthausstrafe endete.

Liebknechts Schrift stelle lediglich die Meinung einer »Einzelperson« und nicht die der Gesamtpartei dar, erklärte der neu in den Reichstag gewählte Sozialdemokrat Gustav Noske in seiner von der Fraktion ausdrücklich gebilligten Rede zum Militäretat. Noske, der im Januar 1919 als selbsternannter »Bluthund« für die bestialische Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs durch rechtsextreme Freikorpsmänner verantwortlich sein sollte, behauptete in der selben Rede eine angebliche Übereinstimmung der sozialdemokratischen Haltung zur Vaterlandsverteidigung mit derjenigen des Kriegsministers: »Wir wünschen, dass Deutschland möglichst wehrhaft ist, wir wünschen, daß das ganze deutsche Volk an den militärischen Einrichtungen, die zur Verteidigung unseres Vaterlandes notwendig sind, ein Interesse hat.« Laut stenographischem Protokoll wurde Noskes Rede mit lebhaftem Beifall der sozialdemokratischen Fraktion bedacht. Das Gift des Patriotismus, das die Mehrheit der Sozialdemokratie zu Beginn des Ersten Weltkrieges an die Seite der kaiserlichen Regierung führen sollte, hatte Teile der Partei bereits 1907 infiziert.

Mit der Kriegsgefahr befassten sich im Sommer 1907 zwei große internationale Konferenzen. Auf Einladung des russischen Zaren trafen sich in Den Haag vom 15. Juni bis 18. Oktober 1907 Delegierte von 44 Regierungen sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen zur zweiten Haager Friedenskonferenz. Zwar wurden dort wichtige Resolutionen für ein bis heute gültiges humanitäres Kriegsvölkerrecht vereinbart. Doch am deutschen Einspruch scheiterte bereits im Vorfeld jeder Versuch, das Thema Abrüstung oder Rüstungsbeschränkung auf die Tagesordnung zu setzten. Ebenfalls am deutschen Veto scheiterte in Den Haag die Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofes zur friedlichen Beilegung internationaler Konflikte. Die Haager Konferenz zeigte den Unwillen und vor allem die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, die von den Großmächten ausgehende Kriegsgefahr zu bannen.

Einen gänzlich anderen Charakter hatte der Internationale Sozialistenkongress vom 18. bis 24. August 1907 im Stuttgart.

Erste Internationale

Der Sozialistenkongress von 1907 war der zwölfte Kongress der proletarischen Internationale. Die ersten fünf Kongresse fielen in die Zeit der Internationalen Arbeiterassoziation, also der ersten Internationale, in den Jahren 1866 bis 1876 unter der Leitung von Karl Marx. Die erste Internationale war ein lockerer Verband von Organisationen und Individuen verschiedenster politischer Richtungen der Arbeiterbewegung – von reformistischen Gewerkschaftern über Anarchisten bis zu den Anhängern von Marx und Lassalle.

»Indem Marx die Arbeiterbewegung verschiedener Länder zusammenfasste und die verschiedenen Formen des nichtproletarischen, vormarxistischen Sozialismus (...) in die Bahnen gemeinsamen Handelns zu lenken suchte, wobei er die Theorien aller dieser Sekten und Schulen bekämpfte, schmiedete er eine einheitliche Taktik des proletarischen Kampfes der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder«, schrieb Lenin.

Der theoretische Kampf für den wissenschaftlichen Sozialismus ging Hand in Hand mit praktischen Beispielen des proletarischen Internationalismus. 1867 organisierte die IAA aus den Spenden der Londoner Gewerkschaften einen Solidaritätsfonds für streikende Bronzearbeiter in Paris. Weitere Höhepunkte ihrer Tätigkeit war der Kampf gegen den deutsch-französischen Krieg 1870/71 und die

Solidarität mit der Pariser Kommune, »die intellektuell unbedingt ein Kind der Internationale war«, wie Friedrich Engels deutlich machte. Wachsende Repression gegen die Mitglieder der IAA und Konflikte mit den Anarchisten um Bakunin führten 1872 zur Verlegung des Generalrates nach New York. Als die IAA 1876 offiziell ihre Auflösung verkündete, hatte sie ihre historische Rolle erfüllt und den wissenschaftlichen Sozialismus mit der proletarischen Bewegung verbunden. Sie legte, so Lenin, »den Grundstein der internationalen Organisation der Arbeiter zur Vorbereitung ihres revolutionären Ansturms gegen das Kapital«.

Die zweite Internationale

War diese Erste Internationale noch wesentlich ein Zusammenschluss kleiner Propagandazirkel mit dem Ziel, den Marxismus in der Arbeiterbewegung zu verankern, so bildeten sich in den folgenden Jahren in einer Reihe von Ländern sozialistische Parteien und gewerkschaftliche Organisationen. An der Spitze dieser Bewegung stand die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, deren Masseneinfluss trotz des Bismarckschen Sozialistengesetzes beständig wuchs. Bedeutende Streikbewegungen in Österreich, Frankreich, Russland, die Arbeiterkämpfe von Chicago 1886, der englische Docker- und der deutsche Bergarbeiterstreik von 1889 zeigten einen weltweiten Aufschwung der Klassenkämpfe und die Notwendigkeit einer engeren internationalen Zusammenarbeit. Daher vereinbarten Vertreter europäischer sozialistischer Parteien am 28. Februar 1889 in Den Haag die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses für Juli in Paris. Dieser Kongress gilt als Gründungsakt der zweiten oder sozialistischen Internationale.

Die Internationale habe sich »in allen wesentlichen Punkten von Anfang an und fast kampflos auf den Boden des Marxismus gestellt«, rühmte Lenin später. »Die II. Internationale hat ein historisches Verdienst, weist eine Errungenschaft für immer auf, die der klassenbewusste Arbeiter niemals preisgeben wird: die Schaffung von Massenorganisationen der Arbeiter, von genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, die Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus wie aller Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie überhaupt.« Auf den nachfolgenden Kongressen in Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 erstarkte diese sich auf festgefügte nationale Parteien stützende Internationale endgültig.

Die Bezeichnung Zweite Internationale ist von Historikern geschaffen worden. Ein formeller Beschluss zu ihrer Gründung wurde nicht getroffen. Die Internationale, die unter Bezeichnungen wie Internationaler Arbeiterkongress oder Sozialistenkongress tagte, blieb lange eine lose Vereinigung von Parteien. Die Zusammenarbeit erfolgte über die Presse und persönliche Kontakte führender Sozialisten. Erst 1900 wurde mit dem Internationalen Sozialistischen Büro und seinem ständigen Sekretariat eine bindende Organisationsform geschaffen. Organisatorisch blieb die zweite Internationale keine festgeschlossene Partei, sondern nur eine lose Zusammenkunft völlig unabhängiger Organisationen, die keiner gemeinsamen Disziplin unterstanden, eine einheitliche Taktik für unmöglich hielten, daher auch die gefassten Beschlüsse nicht als bindend betrachteten. Der einzige verpflichtende Beschluss für alle Mitglieder war die Festlegung des 1. Mai als internationalem Kampftag für den Achtsturentag und später auch für den Weltfrieden. Auch programmatisch war die Internationale nicht einheitlich. Nach links gab es die Abgrenzung zu den Anarchisten. Doch die marxistischen Revolutionäre sahen sich einem zunehmend stärker werdenden reformistischen Flügel gegenüber, der sich vor allem auf die Abgeordneten der sozialistischen Parteien und die Gewerkschaftsapparate stützte.

Stuttgarter Sozialistenkongress 1907

Auf dem Stuttgarter Sozialistenkongress von 1907 versammelten sich 884 Delegierte von sozialistischen und Arbeiterorganisationen aus 25 Ländern Europas, Asiens, Amerikas, Australiens und Afrikas. Dabei waren so auch Delegierte aus Japan, Indien und Südafrika. Unter den Delegierten waren so bekannte Sozialistinnen und Sozialisten wie Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, August Bebel, Jean Jaure und erstmals auch Wladimir Iljitsch Lenin. Zur Eröffnung des Kongresses fand eine Massenkundgebung mit 50.000 Teilnehmern statt.

Die große Bedeutung des Stuttgarter Kongresses besteht darin, dass er die endgültige Festigung der zweiten Internationale und die Umwandlung der internationalen Kongresse in sachliche Tagungen manifestierte.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen fünf große Themen:

- Der Militarismus und die internationale Politik
- Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften
- Kolonialfrage
- Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter
- Frauen-Stimmrecht



Militarismus

Die noch nicht lange zurückliegende Marokkokrise hatte die Gefahr eines großen Krieges deutlich ins Bewusstsein gerufen. Wie ein solcher Krieg zu verhindern oder im Falle seines Ausbruchs zu stoppen sei, bestanden großen Differenzen innerhalb der Internationale. Die französischen Sozialisten hatten auf ihrem Parteitag kurz vor dem Stuttgarter Kongress eine Resolution verabschiedet, die im Kriegsfall das Proletariat zum Generalstreik aufforderte. Ein Generalstreik wurde in der Führung der deutschen Sozialdemokratie dagegen als „Generalunsinn“ betrachtet. Die Parteiführer ließen nur eine Ausnahme gelten, in der ihnen dieses Kampfmittel angemessen erschien: nämlich bei einem „Anschlag auf das allgemeine, gleiche direkte und geheime Wahlrecht oder Koalitionsrecht“. Diese Ausnahme war ein Zugeständnis an die Erfahrungen der russischen Revolution von 1905. Im Gegensatz dazu hatten die Gewerkschaften allerdings auf ihrem Kongress 1905 den politischen Massenstreik als anarchistisch abgelehnt.

Die französischen Sozialisten unter Jean Jauré forderten in Stuttgart: „Die Verhütung und Verhinderung des Krieges ist durch nationale und internationale sozialistische Aktionen der Arbeiterklasse mit allen Mitteln, von der parlamentarischen Intervention, der öffentlichen Agitation bis zum Massenstreik und zum Aufstand zu bewirken.“

Der stattdessen vom deutschen Parteiführer August Bebel vorgelegte Resolutionsentwurf verurteilte zwar den Krieg in deutlichen Worten, sah allerdings keinerlei praktische Schritte oder Konsequenzen zu seiner Verhinderung oder Beendigung vor. Die Waffe, mit der der August Bebel seine „Todfeindschaft“ zum herrschenden System ausdrücken wollte, war die Ablehnung des Haushaltsplans und insbesondere des Militäretats durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Der drohende Krieg sei, so Bebel, der letzte Krieg der bürgerlichen Gesellschaft vor ihrem als unvermeidlich angesehenen Zusammenbruch. „Bis dahin können wir nichts tun als aufklären und Licht in die Köpfe zu bringen und organisieren.“ Ein Generalstreik dagegen gefährde die gesamte Parteiexistenz. Der französische Sozialist Hervé warf den deutschen Sozialdemokraten daher vor, dass sie nur noch „Wahl- und Zahlmaschinen“ sind, eine „Partei mit Mandaten und Kassen“, die mit dem Stimmzettel die Welt erobern wolle.

Im vom Kongress schließlich verabschiedeten Kompromissvorschlag zwischen Deutschen und Franzosen wurden die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften aufgefordert, „alles aufzubieten, um die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern“. Die russischen Sozialisten Lenin und Martow sowie Rosa Luxemburg hatten zudem eine Ergänzung durchgesetzt, die lautete: „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind [die sozialistischen Parteien] verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

In dieser Form war die Resolution ein wichtiger Sieg der Linken auf dem Stuttgarter Kongress. Ihr Manko blieb freilich, dass keine konkreten Kampfformen genannt wurden. Auch blieb die Resolution so wie alle Beschlüsse des Kongresses letztlich eine unverbindliche Prinzipienklärung. Dies zeigte die Zustimmung der Mehrheit der europäischen Sozialisten zu den Kriegskrediten nach Ausbruch des Weltkrieges 1914 überdeutlich.

Sozialistische Jugendinternationale

Konsequenter blieb in ihrem Kampf gegen den Krieg die sozialistische Arbeiterjugend. Während des Stuttgarter Sozialistenkongresses riefen 20 Jugendvertreter aus 13 Ländern die Sozialistische Jugendinternationale ins Leben. Die Jugendinternationale hatte den Kampf gegen Krieg und Kriegsgefahr zu ihrem Schwerpunkt gemacht. Daneben setzte sie sich für würdige Arbeitsverhältnisse und gegen die Diskriminierung der arbeitenden Jugend ein. Mit der Wahl Karl Liebknechts zu ihrem Präsidenten stellte sich die Jugendinternationale bewusst hinter dessen antimilitaristisches Programm. Als die sozialdemokratischen Parteien während des ersten Weltkrieges auf die Seite der Vaterlandsverteidigung übergingen, waren es vor allem Aktivistinnen und Aktivisten der Jugendinternationale, die sich weiter um das Banner des proletarischen Internationalismus scharrten und den Grundstein für eine neue, nunmehr kommunistische Internationale legten. Ich meine, dass sich heute die Internationale Union der sozialistischen Jugend IUSY, der unter anderem die deutschen Jusos angehören, zu Unrecht in die Tradition der Sozialistischen Jugendinternationale stellt. Wenn die Mitglieder der IUSY, die demnächst in Berlin zu einer Feier ihres angeblich 100. Geburtstages zusammenkommen, es mit dieser Tradition ernst meinen, müssten sie sofort mit den neoliberalen Kriegstreibern ihrer sozialdemokratischen Mutterparteien brechen.

Verhältnis von Parteien und Gewerkschaften

Schon die Diskussion über Sinn- und Unsinn eines Generalstreiks hatte die Frage nach dem Verhältnis der sozialistischen Parteien zu den Gewerkschaften aufgeworfen. Wer sollte nun im Namen des Proletariats sprechen? Die politische Vertretung der Arbeiterinnen und Arbeiter, oder deren gewerkschaftliche Selbstorganisation? Insbesondere der rechte Flügel der sozialistischen Bewegung, in dem Gewerkschaftsfunktionäre stark vertreten waren, machte sich für die Neutralität der Gewerkschaften stark. Die Hälfte der deutschen Delegation bestand aus Gewerkschaftsvertretern, was sich in ihrem Abstimmungsverhalten auch in anderen Fragen deutlich machte. Diese Funktionäre wollten sich nicht politisch in ihre reformistische Tagesarbeit reinreden lassen. Das andere Extrem einer Verschmelzung von Partei und Gewerkschaft wurde unter anderem von einer Minderheit der belgischen Sozialisten vertreten. Die Kongressresolution verwarf eine angebliche Neutralität der Gewerkschaften und stellte im Allgemeinen und für alle Länder die Notwendigkeit dauerhafter und enger Beziehungen zwischen Gewerkschaften und sozialistischen Parteien fest. Dabei geht es nicht um Befehlen und Unterordnen. Vielmehr sollten sich Sozialistische Parteien und Gewerkschaften untereinander abstimmen und gegenseitig moralisch fördern. Dabei wurde zugleich deutlich gemacht, dass Parteien und Gewerkschaften gleichberechtigte Aufgaben im Emanzipationskampf des Proletariats zu erfüllen haben. In der vom österreichischen Sozialisten Heinrich Beer zur Abstimmung gebrachte Kompromissresolution heißt es: „Zur vollständigen Befreiung des Proletariats aus den Fesseln geistiger, politischer und ökonomischer Knechtschaft ist der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse im gleichen Maße notwendig. Obliegt die Organisation und Führung des politischen Kampfes des Proletariats der Sozialdemokratie, so ist es Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation, den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse zu organisieren und zu leiten.“ Die Gewerkschaften würden ihre Pflichten im proletarischen Emanzipationskampf nur erfüllen können, wenn sie sich im sozialistischen Geiste leiten ließen, heißt es weiter.

Kolonialfrage

Die Kolonialfrage stand nicht zum ersten Mal auf der Agenda eines Sozialistenkongresses. In der Vergangenheit hatten die Beschlüsse der Internationale stets darin bestanden, Kolonialpolitik als Ausplünderungs- und Gewaltpolitik auf das Schärfste zu verurteilen. In Stuttgart dagegen war die entsprechende Kommission von Vertretern des rechten Flügels der sozialistischen Parteien um den Niederländer van Kol dominiert. Van Kol führte aus, dass man sich nicht auf bloße Proteste gegen die Greuel und Ausplünderung der Kolonien beschränken dürfe, sondern ein positives Reformprogramm für die Kolonien haben müsse. Die Kolonien seien für die gegenwärtige Gesellschaftsordnung wegen der unentbehrlichen Rohstoffe, als Auswanderungsgebiet für die Überbevölkerung Europas sowie Absatzgebiet der europäischen Industrie notwendig. Den vorliegenden Resolutionsentwurf ergänzte die rechte Kommissionsmehrheit um den Satz: Der Kongress „verwirft nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken können.“

Für eine „sozialistische Kolonialpolitik“ sprachen sich im Namen der deutschen Delegation auch die bekannten Vertreter des revisionistischen Parteiflügels David und Bernstein aus. Sie bezeichneten die ablehnende Haltung der Linken gegenüber jeglichem Kolonialismus als unfruchtbaren negativen Standpunkt. Die Linksradiكالen hätten kein Verständnis für die Bedeutung von Reformen und könnten daher kein praktisches Kolonialprogramm vorweisen. Bernstein erklärte eine gewisse Vormundschaft der Kulturvölker gegenüber den angeblichen Nichtkulturvölkern für eine Notwendigkeit und David sprach sich für eine Kulturmission der kapitalistischen Länder aus, um die Kolonien vor dem Rückfall in die Barbarei zu schützen. In der Kommission stieß diese Haltung – die wir heute bei vielen ehemaligen Linken, Grünen oder Sozialdemokraten gegenüber Iran, Irak oder Afghanistan finden - unter anderem auf den scharfen Widerspruch des deutschen Delegierten Georg Ledebour sowie der polnischen und russischen Sozialdemokraten.

Karl Kautsky, der Cheftheoretiker der deutschen Sozialdemokratie, appellierte an den Kongress, sich gegen die Mehrheit der deutschen Delegation auszusprechen. Kautsky machte deutlich, dass die heutige Kolonialpolitik zur Diskussion stände. Diese aber fuße auf direkter Knechtung der Wilden. Die Bourgeoisie führe in den Kolonien faktisch die Sklaverei ein. Sie setze die Einheimischen Misshandlungen und Vergewaltigungen aus und „zivilisiere“ sie durch die Verbreitung von Schnaps und Syphilis. In dieser Situation von der prinzipiellen Möglichkeit der Ankerkennung von Kolonialpolitik zu sprechen, sei ein Übergang zum bürgerlichen Standpunkt. Dies sei ein Schritt zur Unterordnung des Proletariats unter die Ideologie des Imperialismus.

Der kolonialistische Resolutionsentwurf wurde auf dem Stuttgarter Kongress mit 128 gegen 108 Stimmen bei Enthaltung der Schweizer Delegierten zu Fall gebracht. Die Delegationen der kleineren Nationen, die entweder keine Kolonialpolitiktrieben oder sogar unter ihr litten, überwogen zahlenmäßig

diejenigen Staaten, die sogar das Proletariat mit der Sucht nach kolonialen Eroberungen angesteckt hatten. Doch die vergleichsweise knappe Abstimmung zeigte, wieweit das Gift des Opportunismus schon in die sozialistische Internationale eingedrungen war. Die Kolonialpolitik der Großmächte hatte dazu geführt, dass Teile der Arbeiterklasse mit Extraprofiten aus den Kolonien bestochen werden konnten. Dies war die materielle Basis für den Kolonialchauvinismus auch unter Arbeiterinnen und Arbeiter.

Heute erleben wir einen neuen Kolonialismus insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, auf dem Balkan und in Teilen Afrikas. Wieder geht es angeblich um die Verbreitung der Zivilisation. Und wieder knicken Teile der Linken ein, wenn es etwa um angeblich friedensstiftende UN-Blauhelmeinsätze geht. Wer solche Einsätze – wie die Mehrheit der Partei Die Linke – klar ablehnt, muss sich selbst in dieser Partei von einigen Genossen einen unfruchtbaren negativen Standpunkt vorwerfen lassen. Ein führender Vertreter der Linkspartei lobte gar die gute Arbeit der Bundeswehr in Afghanistan. Auch heute sollten Sozialistinnen und Sozialisten die rassistische Anmaßung zurückweisen, dass am deutschen, europäischen oder US-amerikanischen Wesen die Welt genesen wird.

Migrationsfrage

Die Haltung der Arbeiterbewegung zur Arbeitsmigration war und ist die Kehrseite ihrer Haltung gegenüber dem Kolonialismus. Darauf hatte Clara Zetkin nach dem Stuttgarter Kongress hingewiesen. So kam es in Stuttgart auch in der Migrationsfrage zu Auseinandersetzungen zwischen Revolutionären und Reformisten.

Insbesondere Vertreter der Gewerkschaften wollten die Ein- und Auswanderung einer „weisen Beschränkung“ unterworfen sehen. Man sei zwar gerne bereit, fremde Einwanderer aufzunehmen und mit „unserer Kultur“ zu erfüllen erklärte der deutsche Delegierte Päprow. Doch es bestehe die Gefahr des Massenimports und der Kuli-Einfuhr insbesondere in der Schifffahrt, der Landwirtschaft und dem Bergbau. „Unmöglich können wir zugeben, dass in Ländern mit hoch entwickelter Arbeiterbewegung die Errungenschaften jahrzehntelanger politischer und gewerkschaftlicher Organisation mit einem Schlage illusorisch gemacht werden durch Masseneinwanderung fast völlig bedürfnisloser Arbeiter“, warnte der deutsche Delegierte vor einem Zustrom von Billiglohnarbeitern.

„Das ist durchaus unsozialistisch“, kritisierte Julius Hammer von der Sozialistischen Arbeiterpartei der USA einen Resolutionsentwurf zur Beschränkung der Einwanderung japanischer und chinesischer Arbeitern. „Eine gesetzliche Beschränkung der Einwanderung muss verworfen werden. Auf gesetzgeberischem Wege durch Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien kann für den Sozialismus nichts erreicht werden.“ Auch Japaner und Chinesen lernten den Kapitalismus sehr wohl kennen und bekämpfen und können sehr gut organisiert werden. „Ich bitte Sie, in keine gesetzlichen Beschränkungen der Ein- und Auswanderung einzuwilligen. Wir müssen eine große Nation der Ausgebeuteten bilden“, appellierte der US-Sozialist an den Kongress.

Bei der Beschlussfassung konnte sich die rechte Minderheit noch nicht durchsetzen. Stattdessen sprach sich der Kongress für die Abschaffung aller Beschränkungen aus, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt in einem Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen. Als Zugeständnis an die reformistische Forderung vom »Schutz der heimischen Arbeiter« wurde dagegen ein Verbot für die Aus- und Einreise von Arbeitern verlangt, die einen Kontrakt geschlossen hatten, der ihnen die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft und ihre Löhne nahm. Dies betraf beispielsweise Hunderttausende damals in der deutschen Landwirtschaft beschäftigte polnische Arbeiter, die vor ihrer Einreise einen für einen bestimmten Unternehmer geltenden Vertrag mit festgelegten Löhnen unterschreiben mussten.

»Das ist derselbe Geist des Aristokratismus unter Proletariern einiger ›zivilisierter‹ Länder, die aus ihrer privilegierten Lage gewisse Vorteile ziehen und daher geneigt sind, die Forderungen internationaler Klassensolidarität zu vergessen«, geißelte Lenin in seinem Bericht über den Sozialistenkongress anschließend die »zünftlerische und spießbürgerliche Beschränktheit« des noch einmal zurückgewiesenen Rufes nach Zuwanderungsbeschränkungen.

Die Aktualität dieser Debatte liegt auf der Hand. Für parteiübergreifenden Wirbel sorgte so im Juni 2005 eine Rede Oskar Lafontaines auf einer Arbeitslosenkundgebung in Chemnitz. »Der Staat ist verpflichtet, seine Bürger und Bürgerinnen zu schützen, er ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen.« Die Kritik von Lafontaines Gegnern drehte sich vor allem um den auch von den Nazis verwendeten Ausdruck »Fremdarbeiter«. Seine Forderung nach Schutz einheimischer Arbeit durch staatliche Reglementierungen blieb weitgehend unwidersprochen. Die Frage »offene Grenze« oder »staatliche Einwanderungskontrollen« spaltet auch im Zeitalter der Globalisierung weiterhin die Linke und die Gewerkschaftsbewegung in Internationalisten und Anhänger eines nationalen Reformismus.

Dass die Forderung nach rechtlicher Gleichstellung von Zugewanderten und Einheimischen eine Notwendigkeit des Klassenkampfes ist, verdeutlichte Karl Liebknecht wenige Wochen nach dem Stuttgarter Sozialistenkongress auf dem Essener Parteikongress der deutschen Sozialdemokraten: »Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung! Das ist die erste Voraussetzung dafür, dass die Ausländer aufhören, die prädestinierten Lohndrücker und Streikbrecher zu sein.« Daran sollten wir uns auch heute orientieren. Das bedeutet, gleiche Rechte für alle, die hier leben zu fordern und für Mindestlöhne auf europäischer Ebene einzutreten.

Frauenwahlrecht

Bereits einen Tag vor Beginn des Sozialistenkongresses hatten sich 58 Delegierte aus 15 Ländern in der Stuttgarter Liederhalle zur I. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz versammelt. Prominente Teilnehmerinnen waren Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und die Russin Alexandra Kollontai. Diese Konferenz wurde von Clara Zetkin stark geprägt. Sie war zu dieser Zeit bereits eine anerkannte Theoretikerin in der deutschen und internationalen Arbeiter- und Frauenbewegung. Ein Schwerpunkt des Kongresses war der Kampf um das Frauenwahlrecht. Die Frauen forderten politische Partizipation, doch das Wahlrecht sollte kein Selbstzweck sein. Hierzu machte Clara Zetkin deutlich: „Durch das Wahlrecht werden nicht all die sozialen Hemmnisse beseitigt, welche für die freie, harmonische Lebensentwicklung und Lebensbestätigung des weiblichen Geschlechts bestehen. Denn es rührt nicht an die tiefsten Ursachen desselben: an das Privateigentum, in welchem die Ausbeutung und Unterdrückung eines Menschen durch einen anderen Menschen wurzelt. Für uns Sozialistinnen kann daher das Frauenwahlrecht nicht das Endziel sein.“

Auch auf dem Sozialistenkongress selber stand das Frauenwahlrecht zur Diskussion. Die Delegierten sprachen sich dafür aus, dass die Frauen den Wahlrechtskampf nicht gemeinsam mit bürgerlichen Frauenrechtlerinnen sondern zusammen mit den Klassenparteien des Proletariats führen sollten. Der Kongress erkannte an, dass es in der Kampagne für das Frauenwahlrecht notwendig sei, die sozialistischen Prinzipien und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in vollem Umfang zu vertreten. Diese Prinzipien dürften nicht durch irgendwelche Zweckmäßigkeiten verwässert werden. Letzterer Punkt zielte insbesondere auf die österreichischen Sozialdemokraten. Deren Vertreter Victor Adler und Adelheid Popp hatte erklärt, aus taktischen Erwägungen zuerst nur für das allgemeine und gleiche Wahlrecht der Männer zu kämpfen und das Frauenwahlrecht bei der Agitation nicht in den Fordergrund zurücken. Dagegen hatte sich die deutsche Sozialistin Luise Zietz auf der Frauenkonferenz deutlich ausgesprochen: „Wir müssen prinzipiell alles fordern, was wir für richtig halten“, sagte sie, „und nur, wenn unsere Macht nicht weiter reicht, nehmen wir das, was wir bekommen können. So ist die Taktik der Sozialdemokratie gewesen. Je bescheidener unsere Forderungen sind, desto bescheidener wird die Regierung in ihrer Bewilligung sein.“

Das auf dem Stuttgarter Sozialistenkongress ein starker linker Flügel vertreten war, lag insbesondere auch an kämpferischen Sozialistinnen wie Luise Zietz.

Resümee

Noch einmal war es dem marxistischen linken Flügel in Stuttgart gelungen, in allen wesentlichen Fragen die Mehrheit zu erringen. Doch insbesondere in der Kolonial- und Migrationsfrage zeigte sich bereits ein starker opportunistischer Block, der in den folgenden Jahren endgültig dominant werden sollte. Deutlich wurde in der Debatte über den Kampf gegen die Kriegsgefahr das Einknicken vormals linksstehender Sozialdemokraten wie August Bebel, denen Parlamentssitze nun mehr bedeuteten, wie der außerparlamentarische Kampf. Die weitere Entwicklung der internationalen Sozialdemokratie zu einer zunehmend verbürgerlichten Arbeiterpartei, die am Ende dem Krieg zustimmen sollte, zeichnete sich bereits deutlich ab. Doch ebenso deutlich wurde die Existenz einer Minderheit konsequenter Revolutionärinnen und Revolutionäre wie Clara Zetkin, Rosa Luxemburg oder Lenin, die nicht bereit waren, in den entscheidenden Fragen von Krieg und Frieden Zugeständnisse zu machen. Diese revolutionäre Minderheit nahm im Gegensatz zur Mehrheit der Sozialdemokraten die Stuttgarter Resolution ernst, im Kriegsfall die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen. Davon zeugt die sich in diesem Jahr zum 90. Mal jährende russische Oktoberrevolution ebenso wie die deutsche Novemberrevolution.

Die meisten der vor 100 Jahren in Stuttgart aufgeworfenen und lebhaft diskutierten Fragen haben nichts von ihrer Aktualität verloren. Die Probleme – Krieg und Imperialismus, Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der Werktätigen, Entrechtung von Frauen und Migranten – beschäftigen uns weiterhin. Die in Stuttgart gefundenen Antworten sind es wert, 100 Jahre später von Sozialistinnen und Sozialisten und Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern kritisch auf ihre Brauchbarkeit überprüft zu werden. Die geschichtliche Erfahrung ist dafür hilfreich. Während für August Bebel Generalstreik noch Generalunsinn war, hat sich Oskar Lafontaine bei der Gründung der LINKEN ausdrücklich für das Recht auf ein solches Kampfmittel ausgesprochen. Daran sollten wir anknüpfen.

II.b) Streik – Massenstreik

1.a) Einfluss der demokratischen Rechte auf Kampffähigkeit der Gewerkschaften

Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete der Linken, Journalistin

Seit dem Sozialistenkongress 1907 sind zweifellos viele wichtige Fortschritte gemacht worden, was soziale und politische Freiheitsrechte in Deutschland angeht. Wir erleben allerdings seit 1990 ein ständiges Zurückdrängen der Grundrechte, oder anders ausgedrückt: eine Daueroffensive der Reaktion.

In aller Regel – und das ist das Gefährlichste an der Entwicklung – gibt es keinen entschiedenen Widerstand dagegen. Dabei ist das keine Angelegenheit, die nur eine kleine Minderheit betrifft. Buchstäblich alle sind von dieser Entwicklung betroffen.

Wir haben beim G8-Gipfel einen kleinen Hinweis darauf bekommen, wie der Sicherheits- und Kontrollstaat aussieht, den die Herrschenden anstreben. Demonstrationen werden kurzerhand verboten, wer dennoch demonstrieren will, der bekommt es mit der geballten Staatsmacht in Form von Geheimdiensten, Polizei und Militär zu tun. Dass Luftwaffen-Tornados auf Linke losgelassen wurden, ist nur die Spitze des Eisbergs. Über 1000 Menschen wurden in Käfigen gehalten, die Justiz war größtenteils ausgeschaltet; viel zu wenige Richter waren im Einsatz, Anwälte hatten kaum Zugang zu den Festgenommenen.

Ich kann hier nicht auf alle Aspekte eingehen. Deswegen beschränke ich mich darauf, anhand dreier zentraler Bereiche einen Überblick zu geben: den Abbau von Grundrechten, die rassistische Sondergesetzgebung, und die Militarisierung der Innenpolitik.

Vor knapp drei Monaten hat Innenminister Schäuble angekündigt, bis zum Herbst sogenannte Sicherheitspolitische Leitlinien vorzulegen. Eine Art Weißbuch der Polizei, nachdem das Militär ja auch ein Weißbuch hat. Schäuble will darin alle Vorschläge bündeln, die er in den letzten Jahren zum Demokratieabbau vorgelegt hat. Er steht damit in direkter Tradition zu seinem Vorgänger Otto Schily, der ab 2001 im sogenannten Kampf gegen den Terror die Unterdrückung von Grundrechten forderte.

Um folgende Punkte geht es Schäuble: Das Mithören in Wohnungen (also den Großen Lauschangriff), den Zugriff auf Kontodaten: wer hat wann an wen und wie viel Geld für welchen Zweck überwiesen; er will das Abhören von Telefongesprächen weiter erleichtern, er will Datenbanken mit Fingerabdrücken aller Bürgerinnen und Bürger anlegen, und er verfolgt sein Lieblingsthema: den Einsatz der Bundeswehr im Inland.

Ich kann hier nicht auf jedes dieser Projekte eingehen, und eine reine Aufzählung würde uns auch nicht weiter bringen. Ich beschränke mich darauf, bei einigen dieser Punkte näher herauszuarbeiten, inwiefern die von Schäuble gewollten Gesetzesverschärfungen uns alle angehen.

Nehmen wir zum Beispiel die Fingerabdrücke. Ab dem 1. November bekommt nur derjenige einen neuen Reisepass, der seine Fingerabdrücke bei der Meldebehörde abgibt. Es muss also praktisch die komplette Bevölkerung zum Abgeben des Fingerabdrucks antreten. Es ist uns versprochen worden, dass die Fingerabdrücke nicht in einer zentralen Datei landen, sondern nach Eingabe in den Pass bei den Meldebehörden vernichtet werden.

Das ist uns allerdings schon einmal versprochen worden, als es um die digitalen Passbilder ging. Otto Schily hatte damals angekündigt, die Bilder würden nicht gespeichert. Die Wahrheit sah anders aus, und erst Mitte Juni wurde das Passgesetz dahingehend geändert, dass bei Ordnungswidrigkeiten und leichten Straftaten die Polizei bei den Meldebehörden einen online-Abgleich der Bilder durchführen kann.

Es ist natürlich ein Witz, wenn die Bundesregierung ankündigt, auf eine zentrale Speicherung der Daten zu verzichten. Im Zeitalter des Internets braucht es keinen Zentralspeicher, es genügt schließlich, dass die Computer miteinander vernetzt sind. Sieht man sich den Eifer an, mit dem die Bundesregierung die biometrischen Daten erfasst, wäre man naiv, wenn man daran glaubt, dass sie von sämtlichen Einwohnern Fingerabdrücke nimmt, ohne damit auch präventiv arbeiten zu wollen.

Naiv wäre man schon deswegen, weil diejenigen Experten, die sich mit Computersicherheit auskennen, immer wieder darauf hinweisen, dass es eine solche Sicherheit praktisch gar nicht gibt. Der Chaos-Computer-Club hat schon selbst die Daten aus dem elektronischen Pass ausgelesen, und das wäre auch anderen Unbefugten möglich. Soll man wirklich glauben, dass zum Beispiel der US-amerikanische Zoll nicht die Gelegenheit nutzen wird, von allen Touristen mal eben die Fingerabdrücke aus den Pässen herauszulesen? Vor allem, wenn das so praktisch geht, indem die Touristen einfach durch die Schleuse gehen und gar nicht merken, dass die Daten geklaut werden?

Die präventive Speicherung von Fingerabdrücken ist ein Ermittlungsinstrument, auf das Polizeien und Geheimdienste nicht freiwillig verzichten werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach darauf hingewiesen, dass es einen grundgesetzlich geschützten sog. „Kernbereich der privaten Lebensgestaltung“ gibt, der von staatlichen Maßnahmen verschont bleiben muss. Jeder Mensch hat ein Recht auf Privatsphäre, in die der Staat nicht eindringen darf. Daraus ergibt sich der Grundsatz, dass private Telefongespräche nicht abgehört werden dürfen, dass die Wohnung nicht verwandt werden darf usw.

Das gilt, wie die meisten Grundrechte, nicht absolut. Bei schweren Straftaten sind Eingriffe in dieses Grundrecht möglich. Die Praxis sieht allerdings so aus: Im Jahr 2005 ergingen 35.000 neue Anordnungen zur Telefonüberwachung, und es werden von Jahr zu Jahr mehr. Innerhalb von zehn Jahren hat es eine Steigerungsrate von 600 Prozent gegeben. Von einer Anordnung sind im Regelfall mehrere Dutzend Menschen betroffen sind, deren Gespräche abgehört werden, ohne dass sie mit dem vermuteten Kriminaldelikt irgendetwas zu tun haben, also alle, die den gleichen Anschluss nutzen oder ihn anrufen. Außerdem können Telefongespräche keineswegs nur bei schweren Delikten abgehört werden. Das könnte man ja in Ordnung finden, wenn es gegen Kinderpornographie oder Waffenhändler ginge, aber nach der geltenden Rechtslage genügt auch schon der Verdacht auf Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz.

Abgesehen davon kommen die Richter, die eigentlich jede einzelne Anordnung prüfen müssten, mit der Arbeit gar nicht mehr hinterher. Nach Untersuchungen des Max-Planck-Instituts für Strafrecht übernehmen die meisten Richter einfach die Begründungen der Staatsanwälte, ohne genauer hinzusehen. Es werden einfach Textbausteine aus dem Antrag der Staatsanwälte kopiert und in die Begründung des Richters eingefügt; man merkt das daran, dass die sachlichen und Rechtschreibfehler mit übernommen werden.

Besonders im Visier der sogenannten Sicherheitspolitiker ist das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Es bedeutet: Ich muss selbst entscheiden können, was mit meinen Daten geschieht, wer sie lesen darf, und wenn sie jemand anders lesen will, dann nur mit meiner ausdrücklichen Zustimmung.

Nun hat, wer einen präventiven Sicherheitsstaat will, natürlich Interesse daran, alles zu erfahren, was mutmaßlich oppositionelle Menschen machen, lesen, ja was sie denken.

Ich komme damit zum Stichwort Online-Durchsuchung. Bisher kann der Staat praktisch erst dann gegen politische Oppositionelle vorgehen, wenn sie ein Flugblatt verteilen oder eine Demo durchführen, die kriminalisiert wird. Die Online-Durchsuchung würde dagegen ganz neue Möglichkeiten bieten. Polizeien und Geheimdienste könnten ein Flugblatt schon kennen, bevor es überhaupt ausgedruckt ist. Sie könnten die verschiedenen Entwürfe miteinander vergleichen, die ein politischer Aktivist auf seinem Computer abspeichert, sie könnten den Diskussionsprozess nachvollziehen. Für eine präventive politische Verfolgung würde das bislang ungeahnte Möglichkeiten bieten, auch für die Geheimdienste.

Auch von dieser Entwicklung sind bei weitem nicht nur radikale Linke betroffen. Praktisch jeder, der einen Computer nutzt, speichert darin höchstpersönliche, private Dinge. Seien es Fotos, Briefe oder geschäftliche Vorgänge – vor den staatlichen Hackern wäre nichts und niemand mehr geschützt.

Wir wissen heute, dass bereits seit zwei Jahren sogenannte Bundestrojaner auf „verdächtige“ Festplatten geschleust werden. Der Chef des Bundesverfassungsschutzes, Heinz Fromm, erklärte vor einigen Wochen im Innenausschuss des Bundestages, dass unter der früheren SPD-Grünen-Regierung eine entsprechende Dienstvorschrift erlassen worden ist.

Für den Bereich der Strafverfolgung, also nicht der Geheimdienste, sondern nur der Polizei, hat der Bundesgerichtshof im Februar geurteilt, dass online-Durchsuchungen rechtswidrig sind. Er hat sie praktisch mit Hausdurchsuchungen gleichgestellt und gefordert, dass es eine eindeutige Rechtsgrundlage geben muss. Seither fordert Schäuble ein neues Gesetz, die Sozialdemokraten sperren sich vorläufig noch. Es wäre schön, wenn sie aus ihren früheren Fehlern gelernt hätten, aber offen gesagt fehlt mir dazu der Glaube.

Der präventive Sicherheitsstaat gipfelt in der Zusammenführung der verschiedenen Sicherheitsbehörden. Polizei und Geheimdienste haben völlig verschiedene Kompetenzen und Techniken. Sie sind seit 1945 aus gutem Grund voneinander getrennt. Doch vor zwei Jahren hat das Gemeinsame Terrorabwehr-Zentrum in Berlin seinen Dienst aufgenommen. Darin sind sämtliche Geheimdienste, Landeskriminalämter, Landesämter für Verfassungsschutz, die entsprechenden Bundesbehörden, das Zollkriminalamt und die Bundespolizei vertreten, um ihre „Erkenntnisse“ über den Terrorismus auszutauschen. Auch das war eine Hinterlassenschaft von Otto Schily, die von Wolfgang Schäuble nur allzu begierig weiterentwickelt wurde.

Die Geheime Staatspolizei des Dritten Reiches war eine Behörde, die sowohl Geheimdienst als auch Polizei war. Sie hat durch geheimdienstliche Ermittlungen und durch die Anwendung von Zwangsmitteln – sprich: willkürliche Festnahmen und Folter – unzählige Verbrechen begangen. Damit sich so etwas nicht wiederholt, sieht das Grundgesetz zum einen den föderalen Aufbau der Polizei vor und zum anderen strikte Trennung der Kompetenzen.

So darf die Polizei nur gegen Verdächtige ermitteln, und sie muss im Prinzip über jeden Ermittlungsschritt Rechenschaft ablegen. Will sie eine Wohnung durchsuchen oder eine Festnahme vornehmen, muss sie eine richterliche Genehmigung einholen.

Die Geheimdienste dagegen können ohne jeden Anfangsverdacht ermitteln, sie können explizit Unverdächtige beobachten, sie sind, wie wir alle wissen, nicht kontrollierbar, noch nicht einmal durch das Parlament – aber sie dürfen niemanden festnehmen und auch sonst keine Zwangsmittel einsetzen.

Das Gemeinsame Terror-Abwehrzentrum hebt die Trennung dieser Behörden mit verschiedenen Aufgabenbereichen und Kompetenzen faktisch auf. Die Handlungskompetenzen von Polizei und Geheimdiensten bleiben getrennt, aber wenn der Informationsfluss keine Grenzen mehr kennt, dann wird das Trennungsgebot elegant umgangen.

Zum Anti-Terror-Zentrum gehört nun seit Anfang dieses Jahres auch die sog. Anti-Terror-Datei. Die 37 Sicherheitsbehörden aus Bund und Ländern tragen die Daten verdächtiger Personen zusammen. Als Kriterium gilt: internationaler Terrorismus mit Bezug zu Deutschland. Es soll also – noch! – nicht um den reinen inländischen Terrorismus gehen. Wenn aber jemand in Deutschland wohnt und Kontakte zu international operierenden Terrorvereinen unterhält, die in Deutschland Anschläge vorbereiten, dann würde das zur Aufnahme in die Datei genügen.

Das ist jedenfalls die Regierungsamtliche Darstellung.

Wenn man sich allerdings den Gesetzestext ansieht, dann sieht man, dass hier die reine Willkür herrscht. Nicht nur Datenschützer lehnen diese Datei ab. Eine Vertreterin des Berliner Verfassungsschutzes warnte bei einer Anhörung im Bundestag davor, eine unkontrollierte Datenflut würde ihre Arbeit eher lähmen als ihr nützen. Da hat sie Recht: Das Gesetz erlaubt eine aberwitzige Datensammlung.

Es gibt überhaupt keine klaren Kriterien dafür, wer in die Antiterrordatei aufgenommen werden kann und wer nicht.

In die Datei kommt, wer verdächtigt wird, entweder Terrorist zu sein, Terrorismus zu unterstützen, zu befürworten oder hervorzurufen, oder wer Kontakt hat zu ebensolchen Verdächtigen.

Niemand kann wissen, ab welcher Stufe eines politischen Engagements er vom Staat in die Anti-Terror-Datei aufgenommen wird. Welche Äußerungen und Handlungen werden noch als legitim betrachtet, welche nicht? Zu wem darf man noch Kontakt haben, zu wem nicht mehr? Die studentische Wohngemeinschaft, in der jemand wohnt, der im islamischen Ausland – vielleicht – eine Terrorausbildung gemacht hat – ein Fall für den Kontaktschuld-Paragrafen?

Der verfassungsrechtliche Grundmangel der Anti-Terror-Datei besteht darin, dass sie keine präzisen Definitionen enthält. Ich behaupte, dass dieser Mangel politisch gewollt ist.

Wer, zum Beispiel, ist ein Terrorist?

Ist es terroristisch, ganze Landstriche mit Bombenteppichen zu überziehen, oder ist es terroristisch, sich gegen die Bombardements zu wehren?

Im Sinne der Nato war die UCK im Jahr 1999 eine Befreiungsbewegung, nicht eine Terrorbande. Terroristisch waren die jugoslawischen Soldaten und serbische Milizen. Heute wiederum gilt die gleiche UCK den Nato-Besatzungssoldaten im Kosovo sehr wohl als terroristisch. Dabei hat sich nicht die UCK geändert, sondern nur ihre politische Bewertung durch die Nato.

Was soll das bedeuten, Terrorismus „zu unterstützen, zu befürworten, oder hervorzurufen“? Wenn ich meine Meinung kundtue, dass die Besetzung Afghanistans rechtswidrig ist, befürworte ich dann damit den Terror der Taliban? Rufe ich Terror hervor, wenn ich Missstände in der Besatzungspolitik aufzeige? All das bleibt undefiniert.

Mit Razzien bei Globalisierungskritikern und in linken Wohn- und Kulturprojekten wegen angeblicher Bildung einer terroristischen Vereinigung sollte auch die breite Protestbewegung im Vorfeld des Heiligendammer G8-Gipfels eingeschüchtert, kriminalisiert und gespalten werden. Der Paragraph 129a „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ ist ein Relikt der RAF-Hysterie aus dem deutschen Herbst. Damals wurde der Paragraph 129 „Bildung einer kriminellen Vereinigung“, der bereits gegen die illegale KPD der 50er und 60er Jahre zur Anwendung kam, auf angeblich terroristische Gruppierungen ausgeweitet. Während seiner 30-jährigen Geschichte fand dieser Paragraph 129a unter anderem Anwendung gegen Aktivisten der Anti-Atom-Bewegung, der kurdischen PKK, der Antifa und zuletzt

gegen Globalisierungskritiker. Der 129a gibt den Staatsanwaltschaften zahlreiche Sondervollmachten. Untersuchungshaft, die fast obligatorische umfassende Überwachung des Telekommunikationsverkehrs und der Ausschluss unliebsamer Verteidiger aus den Verfahren können problemlos angeordnet werden. Die Beteiligung an einer konkreten Straftat muss nicht nachgewiesen werden. Es reicht, wenn jemand in einem angeblich organisatorischen Zusammenhang mit den Tätern steht. Mit dem Paragraphen 129a wurde im Bereich des polizeilichen Staatsschutzes der Weg vom Tat- zum Gesinnungsstrafrecht und zum Feindstrafrecht mit erheblichen verfahrensrechtlichen Folgen für die Betroffenen begangen. Weit über 90 Prozent der 129a-Ermittlungsverfahren gelangten jedoch niemals zu einer Anklage geschweige denn zu einer Verurteilung wegen Terrorismus. Ziel des Paragraphen 129a ist neben der Kriminalisierung und Einschüchterung oppositioneller Bewegungen die umfassende Datensammlung vor allem über linke Strukturen und Aktivisten.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 fand die Bundesregierung ein günstiges Klima zur Einführung des schon lange in der Schublade liegenden §129b zur Verfolgung von im Ausland aktiven terroristischen Vereinigungen. Außenpolitische Interessen der Bundesregierung und die Einschätzungen der verbündeten Staaten bestimmen darüber, ob eine im Ausland bewaffnet kämpfende Oppositionsgruppe als Terroristen oder Freiheitskämpfer definiert wird. Bei Al Quaida dürfte die Definition noch relativ unumstritten sein, ebenso bei der irakische Islamisten-Gruppierung Ansar al Islam, gegen die sich bisher die Mehrzahl der rund 60 Ermittlungsverfahren nach §129b richtete. Beide Gruppierungen werden auch vom UN-Sicherheitsrat als terroristisch eingestuft. Doch 13 Ermittlungsverfahren richten sich gegen die marxistisch-leninistische Revolutionäre Volksbefreiungspartei/Front DHKP/C aus der Türkei, die auf türkischen Wunsch in die EU-Antiterrorliste aufgenommen wurde. Und auch gegen die Hamas wurde ein Verfahren eingeleitet. Sicherlich haben wir aus sozialistischer Sicht erhebliche Kritik an der Politik und Ideologie der Hamas, doch diese Partei hatte immerhin die Mehrheit der Palästinenser bei den Parlamentswahlen hinter sich. Es ist zu befürchten, dass der §129b zukünftig verstärkt gegen antiimperialistische und sozialistische Bewegungen zur Anwendung kommen wird, die über Unterstützer in Deutschland verfügen.

Die Bundesregierung hat auf eine Anfrage der Linkspartei zugegeben, dass sie momentan an einer Ausweitung der Anti-Terror-Gesetze um die Paragraphen 129 c und d arbeitet. Bisher waren mindestens drei Personen notwendig, um von einer terroristischen Vereinigung zu sprechen. Mit dem geplanten Paragraphen 129 c sollen zukünftig auch Einzeltäter mit den selben umfassenden Sondervollmachten wie terroristische Vereinigungen verfolgt werden können. Begründet wird die Notwendigkeit neuer Anti-Terror-Paragraphen mit den zwei Kofferbomben, die im Sommer letzten Jahres Anschläge auf zwei Personenzüge vorbereitet haben sollen. Da kein dritter Täter gefunden wurde, konnten nur Anklagen wegen Mordversuchs vorbereitet werden, nicht jedoch wegen Terrorismus. Auch die angebliche Planung terroristischer Taten soll zukünftig bereits als Terrorismus verfolgt werden. Gemeint ist das Herunterladen von Bombenbastelanleitungen aus dem Internet oder das Beschaffen von Waffen, das bislang lediglich wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz verfolgt wurde. Wann die angebliche Vorbereitung eines Anschlages beginnt, ist reine Auslegungssache der Staatsanwaltschaften. Einschlägige Erfahrungen mit der Willkür der Justiz gibt es genug. Bekanntlich horten Neonazis Maschinengewehre nur zur Erinnerung an Opas Stalingradfeldzug, während bei Linken schon ein leerer Bierkasten und ein Reservekanister als Bombenlabor ausgelegt werden.

Welche Gewaltanwendung als Terror gilt und welche nicht, ist eine politische Frage, und das Gesetz der Antiterrordatei ist ein politisches Gesetz, das politische Folgen haben wird, in Form von politischen Strafverfahren und außergerichtlicher Verfolgung bis hinein nach Guantánamo. Ich will hier nur darauf hinweisen, dass selbst der Berichterstatter des Europarates, der Schweizer Liberale Dick Marty, keinen Zweifel daran hat, dass die Bundesregierung von der Existenz der geheimen, illegalen CIA-Gefangenenlager gewusst hat und die Aufklärung nach Kräften hintertrieben hat.

Diese Entwicklungen bedrohen uns potentiell alle. Real betroffen sind derzeit vor allem noch Migrantinnen und Migranten, Stichwort: Hassprediger. Aber dabei wird es nicht bleiben. Das gleiche Gesetz kann, nur geringfügig geändert, dazu dienen, politisch unliebsame Oppositionsbewegungen in Deutschland zu bekämpfen, und ich gehe davon aus, dass langfristig auch genau das beabsichtigt ist.

Hier will ich mal eine Parallele zum Jahr 1907 ziehen: das deutsche Kaiserreich hat an seinen Untertanen in den Kolonien Maßnahmen durchexerziert, die an deutschen Staatsbürgern damals noch undenkbar erschienen.

Unmittelbarer Anlass war der Aufstand der Herero und Nama im damaligen Südwestafrika. Die Aufstandsbekämpfung ging über rein militärische Handlungen weit hinaus, wir müssen von einem regelrechten Völkermord reden. Die „feindliche Bevölkerung“ – also nicht nur Kämpfer, sondern auch Frauen und Kinder – wurde in Konzentrationslager gepfercht, die für Tausende zu Vernichtungslagern wurden.

Nach dem Krieg – der übrigens 1907 endete - wurde eine Passpflicht eingeführt – im Land reisen durfte nur, wer einen Pass hatte. Es wurden an die schwarze Bevölkerung Arbeitsdienstbücher ausgehändigt – in aller Regel gab es die Pflicht zur Arbeit, die häufig reinste Zwangsarbeit war. Es wurde eine rassistische, biologistische Rassenpolitik eingeführt, die z. B. Eheschließungen zwischen Deutschen und „Ureinwohnern“ verbot bzw. für ungültig erklärte.

Das waren Maßnahmen, die zum damaligen Zeitpunkt in Deutschland noch nicht denkbar gewesen wären. Maßnahmen, die an Afrikanern sozusagen getestet worden sind. Dreißig Jahre später waren sie dann auch mitten in Europa gang und gäbe: Passpflicht, Arbeitszwang, der Anspruch totaler Kontrolle über die Untertanen, das Reden von „Rassenschande“, KZ, Völkermord.

Es geht mir nicht darum, den Teufel an die Wand zu malen. Ich will nur darauf hinweisen: Wenn jetzt Gesetze eingeführt werden, die wir als rassistische Sondergesetzgebung begreifen müssen, dann dürfen wir uns nicht damit beruhigen, dass wir ja gar nicht gemeint sind. Das sind wir sehr wohl.

Die ganze Ausländergesetzgebung basiert auf einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber allen Nichtdeutschen. Migrantinnen und Migranten gehören zu den schwächsten Gliedern der Gesellschaft, die sich am schlechtesten wehren können.

Beispielhaft kommt dieses Misstrauen zum Ausdruck in der Rede von „Gefährdern“. Auch das ist kein juristisch präzisierter, sondern ein rein politischer Begriff, der zudem ausschließlich auf Nichtdeutsche angewendet wird und Einreiseverbote bzw. Ausweisung zur Folge haben kann.

Die offizielle Definition spricht bei einem Gefährder von einer Person, bei der „bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen“, dass sie „Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen wird.“

Ein solcher „Gefährder“ war beispielsweise Murat Kurnaz – und an seinem Schicksal zeigt sich die ganze, brutale Willkürlichkeit der real existierenden Demokratie. Außenminister Steinmeier hat übrigens erklärt, er würde sich im Fall Kurnaz heute noch genau so verhalten wie damals – das sagt er heute, wo jeder weiß, dass Kurnaz jahrelang unter unerträglichen Bedingungen eingesperrt war und schließlich sogar von seinen Folterern für unschuldig gehalten wurde.

Das einzig Gute an diesem Fall ist, dass er uns jede Illusion nimmt, wozu der Imperialismus fähig ist, wenn er sich bedroht fühlt.

Der Umgang mit Verschleppungsoptionen wie Khaled al Masri oder Murat Kurnaz, verdeutlicht den tief sitzenden Rassismus in diesem Staat. Menschen aus islamischen Ländern gelten – selbst wenn sie einen deutschen Pass besitzen oder seit langem hier leben – als Sicherheitsrisiko. Sicherheitserwägungen und die Frage nach der wirtschaftlichen Nützlichkeit waren auch federführend bei der Mitte Juni verabschiedeten Novelle zum Zuwanderungsgesetz.

Mit der Gesetzesnovelle sollte das deutsche Zuwanderungsrecht an die aufenthalts- und asylrechtlichen EU-Richtlinien angepasst werden. Anstatt die Chance zu einer umfassenden Bleiberechtsregelung zu nutzen, beinhaltet das Gesetz im Wesentlichen Verschlechterungen für die Betroffenen. Es handelt sich um ein Flüchtlingsabwehrgesetz, um Menschen ohne deutschen Pass zu schikanieren und abzuschieben.

Fast 200 000 Menschen leben seit Jahren als sogenannte Geduldete in Deutschland. Ihnen hat Schäuble vergangenen Herbst eine Bleiberechtsregelung versprochen, doch heraus kam eine Mogelpackung. Zuerst hat man den Geduldeten ein Arbeitsverbot erteilt. Nun sollen sie abgeschoben werden, wenn sie keine Arbeit haben. Der Druck auf diese Menschen, wirklich jede noch so schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen, ist immens.

Wer keinen Pass hat, weil er ihn zum Beispiel auf seiner Flucht vernichten musste, bekommt in Zukunft kein Bleiberecht. Wenn ein einziges Familienmitglied die vorgesehenen Kriterien nicht erfüllt, wird gleich die ganze Familie in Sippenhaft genommen.

Anstatt Flüchtlingen zu helfen, wird ihnen der Flüchtlingsstatus genommen. Zum Beispiel sind 2 Millionen Iraker vor den Folgen des Krieges auf der Flucht. Die Bundesregierung hat durch die Bereitstellung von Logistik für die US-Besatzer eine Mitschuld daran. In dieser Situation beginnt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Widerrufsverfahren gegen irakische Asylberechtigte. Tausende haben in den letzten Jahren ihren Asylstatus verloren. Ihnen drohen nun Kettenduldungen. Daran zeigt sich die inhumane Systematik dieses Flüchtlingsabwehrgesetzes.

Zum Thema Ausweisungen: Es werden neue Ausweisungsgründe eingeführt. Eltern, die ihre Kinder angeblich an der Integration hindern, sollen ausgewiesen werden. Hier wird Denunziation und

Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Deutlich wird vor allem das abgrundtiefe Misstrauen der Bundesregierung gegenüber Einwanderern, vor allem gegenüber Menschen aus dem Nahen Osten. Das ist Stammtischpopulismus in Gesetzesform gegossen.

Mit dem Gesetz hebt die Bundesregierung das Asylrecht weiter aus. In Zukunft genügt der bloße Verdacht der Einreise über einen sicheren Drittstaat, um Flüchtlinge sofort zurückzuweisen. Rechtsmittel gegen die Rückführung sollen ausgeschlossen werden. Das verstößt massiv gegen den Geist der Genfer Flüchtlingskonvention und hat mit Rechtsstaatlichkeit nichts mehr zu tun. Ausländerbehörden können nun Ausreisepflichtige ohne richterlichen Beschluss und ohne Vorwarnung einsperren. Zukünftig müssen Geduldete bei jedem Gang zur Ausländerbehörde zittern.

Der Roll Back im Ausländer- und Zuwanderungsrecht trägt zur weiteren Entrechtung von Hunderttausenden Kolleginnen und Kollegen bei, die in Billiglohnbereiche abgedrängt und bei der geringsten politischen oder kulturellen Auffälligkeit von Abschiebung bedroht sind. Hier sind gerade auch die Gewerkschaften gefordert, die Betroffenen zu unterstützen und einer Spaltung in Deutsche und Nichtdeutsche zu Lasten beider entgegenzutreten.

Ich will abschließend auf die Militarisierung der Innenpolitik eingehen.

Die Bundesregierung, vor allem die Union, fordert seit ihrem Amtsantritt, die Bundeswehr auch im Inland einzusetzen. Die Grünen tun heute so, als seien sie strikt dagegen, aber das Luftsicherheitsgesetz aus dem Jahr 2005 trägt auch die Unterschrift der Grünen.

Die SPD versucht ebenfalls, den Eindruck zu erwecken, als sei sie gegen die Unionspläne. Tatsächlich gibt es Unterschiede zwischen den Regierungsparteien. Die CDU würde Soldaten am liebsten mit Objektschutz und anderen Polizeiaufgaben betrauen, wogegen sich die SPD noch sperrt. Einig sind sich aber beide darin, einen Weg finden zu wollen, das Luftsicherheitsgesetz doch noch einzuführen.

Es waren vor allem zwei Gründe, warum das Bundesverfassungsgericht im Februar vorigen Jahres das Gesetz verworfen hat:

Zum einen, weil nach geltender Rechtslage die Bundeswehr im Inland keine „militärtypischen“ Waffen einsetzen darf. Das lässt sich ändern und soll nach dem Willen der Regierung auch geändert werden. Gestritten wird nur noch, ob man dafür Artikel 87a des Grundgesetzes ändert, in dem vom Verteidigungsfall die Rede ist, oder Artikel 35, der die Inlandseinsätze regelt. Herauskommen soll am Ende jedenfalls, dass die Bundeswehr präventiv tätig werden kann, um zur „Abwehr eines besonders schweren Unglücksfalls“ beizutragen.

Was von der Bundesregierung dabei nicht thematisiert wird, ist der Aspekt der Menschenwürde. Das zentrale Motiv der Karlsruher Entscheidung war nämlich die Aussage, dass man nicht Leben gegen Leben aufrechnen könne. Es sei „schlechterdings unvorstellbar“, hatten die Richter erklärt, dass der Staat unschuldige Menschen vorsätzlich töten dürfe. Die Menschenwürde gehört zum Garantiebestand des Grundgesetzes, da hilft der Regierung also keine Verfassungsänderung. Das Gericht hat auch darauf hingewiesen, dass die Irrtumswahrscheinlichkeit in dieser Sache extrem hoch ist. Vom Boden aus kann niemals mit Sicherheit beurteilt werden, was an Bord eines Flugzeuges eigentlich los ist. Es kann auch nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, ob ausschließlich Terroristen an Bord sind oder auch unschuldige Passagiere. Wer trotzdem ein Flugzeug-Abschussgesetz einführen will, zeigt damit ganz deutlich, wie wenig er vom Grundgesetz und dem Grundrecht auf Leben und Menschenwürde hält.

Beim G8-Gipfel haben wir jetzt gesehen, wohin die Entwicklung geht. Die Bundeswehr war schon häufig im Einsatz, sei es bei der Fußball-WM oder beim Bush-Besuch. Schon diese Einsätze hielten wir für sachlich überflüssig und rechtlich fragwürdig. Aber die Bundeswehr hatte sich da doch weitgehend noch im Hintergrund gehalten und sich vor allem darauf konzentriert, der Polizei einfachere Hilfestellung zu geben, wie etwa Betten in Kasernen bereitzustellen oder die Verpflegung zu organisieren.

Was jetzt beim Gipfel geschehen ist, ist eine ganz klare Eskalation. Monatelang hat die Bundesregierung den wirklichen Umfang des Bundeswehreinsetzes verschleiert und versichert, es gehe nur um einfache Amtshilfe. Tatsächlich war die Bundeswehr noch nie derart intensiv mit polizeilichen Arbeiten beschäftigt wie jetzt rund um Heiligendamm.

Die Bundeswehr hat direkt polizeiliche und einsatzbezogene Maßnahmen durchgeführt. Spähpanzer haben die Verkehrsströme nach Demonstranten ausgeforscht, Tornados der Luftwaffe sind mehrfach über die Protestcamps gerast und haben dabei Hunderte von Bildern geschossen. So dumm, zu glauben, auf diesen Bildern könne man allenfalls die Umrisse von Personen erkennen, aber sie nicht identifizieren, sind wir nicht.

Scheinbar eindeutig hatte die Bundesregierung beteuert, die Bundeswehr werde keine polizeilichen oder einsatzbezogenen Maßnahmen durchführen. Aber die Fähigkeiten von Spähpanzern und

Tornados sind eine direkte Zuarbeit an die Polizei. Die Bundeswehr hat durch ihre Leistungen gezielt dazu beigetragen, polizeiliche Maßnahmen zu unterstützen. Die Fotos der Tornados wurden der Polizei ausgehändigt, neben den Fennek-Panzern standen Polizisten, die sofort benachrichtigt werden konnten, um polizeiliche Maßnahmen einzuleiten.

Die Qualität dieses Einsatzes noch mit Gulaschkanonen zu vergleichen, wie das die Bundesregierung versucht, ist absurd. Die Bundeswehr hat obrigkeitliche Aufgaben der Polizei unterstützt und dadurch selbst an der Ausübung hoheitlicher Gewalt im Inland teilgenommen.

Mit „Amtshilfe“ hat das nichts mehr zu tun.

Der Protest gegen diese Einsätze zeigt, dass diese Entwicklung nicht unwiderruflich ist. Entlarvend ist allerdings das Verhalten der SPD. Nach außen hin spielt sie den großen Bedenkenträger und wirft der Regierung sogar leichtfertigen Umgang mit der Verfassung vor. Im Innenausschuss des Bundestages, wo keine Fernsehkameras zugeschaltet sind, beschränkt sich die SPD dann darauf, den Tornado-Einsatz nur noch als „einsatzpsychologisch unklug“ zu bewerten. Verfassungsrechtlich sei das aber kein Problem.

Man muss sich bei dieser ganzen Entwicklung fragen, was die Herrschenden eigentlich bezwecken. Es scheint ja im Moment überhaupt keine Notwendigkeit zu geben, die Opposition quasi unter Kriegsrechtsbedingungen zu stellen. Es gibt niemanden, den die Herrschenden ernsthaft als „Gefährder“ einstufen müssten, es gibt nicht die Spur einer ernsthaft systemüberwindenden Opposition.

Aber gab es denn einen „richtigen“ Grund für die Einführung der Notstandsgesetze in den 1960er Jahren? Die Regierenden zögern nicht, die Basis ihrer Herrschaft zu verbreitern, wenn sie die Gelegenheit dazu sehen.

Das ist aus Herrschaftssicht, nur allzu verständlich. Wer will ausschließen, dass es auch in Deutschland in Zukunft größere soziale Kämpfe geben wird, in denen der Kapitalismus angegriffen wird? Schon jetzt soll Kapitalismus-Kritik in die Nähe des Terrorismus gerückt werden. Ich erinnere hier an die hysterischen Reaktionen auf das Grußwort des ehemaligen RAF-Aktivisten Christian Klar zur Rosa-Luxemburg-Konferenz Anfang des Jahres. Rechte Politiker wie Bayerns scheidender Ministerpräsident Edmund Stoiber wollten Christian Klar deswegen bis zu seinem Tode hinter Gittern wissen. Der baden-württembergische Justizminister strich bereits genehmigte Haft erleichterungen und Bundespräsident Horst Köhler lehnte schließlich das von Klar gestellte Gnadengesuch ab. Wer – wie Christian Klar – auf eine Zukunft jenseits von Ausbeutung und Profitsystem hofft, muss mit Sanktionen rechnen. Das zumindest soll in der Öffentlichkeit suggeriert werden.

Die Herrschenden denken bei der Vorbereitung der präventiven Konterrevolution weiter als viele der Beherrschten, und es wäre ein großer Erfolg dieser Konferenz, wenn sich an diesem Zustand etwas ändern würden.

1.b) Repression im Betrieb und gewerkschaftliche Gegenwehr

Matthias Fritz, Betriebsrat, VK-Leiter Mahle, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Repression im Betrieb und bei Gewerkschaftlichen Aktionen

Ein viel zitierten Spruch lautet: „Am Werkstor endet die Demokratie.“ In Anspielung an die Propagandatafeln an der Sektorengrenze in Berlin gab es auch früher die Karikatur, die ein Werkstor abbildete, mit dem Schild: „Hier endet der demokratische Sektor der Bundesrepublik Deutschland“.

Nach dem, was wir in Heiligendamm erlebt haben, könnten wir fragen. „Wo fängt er denn bitte an?“ Diese Sätze signalisieren aber, dass es zumindest in der Vergangenheit in der Wahrnehmung der Menschen und der Gewerkschafter einen Unterschied gab, zwischen dem, was im Betrieb möglich war, und dem, was wir in der Gesellschaft an Rechten und Freiheiten hatten.

Ich möchte in meinem Beitrag einmal die Erfahrungen im Betrieb betrachten und dann zweitens die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen betrachten, wo dann die Staatsmacht, der Staatsapparat dazukommt. In einem dritten Punkt wäre zu überlegen, wo bewegen wir uns hin, was sind die Konsequenzen, die wir ziehen müssen und welche Aufgaben müssen wir uns für die Zukunft stellen.

Für jede Diskussion über die Betriebsarbeit sollte klar sein, dass es im kapitalistischen Betrieb Repression als Herrschaftssicherung geben muss. Die Kollegen erleben dies ganz einfach in der

täglichen Willkür. Wenn Kollegen kommen und sich beschweren und fragen: „Wieso kriegt der Kollegen X, der das gleiche macht wie ich, wieso kriegt der mehr Geld?“ „Wenn ich kurzfristig frei haben möchte, geht nichts, der andere bekommt frei.“ Es ist diese tägliche Ungerechtigkeit.

Zu diesen Kollegen sage ich immer: „Wenn du hundert Leute ausbeuten willst – und wir werden hier ausgebeutet, wir alle erhalten nicht das zurück, was wir hier an Werten schaffen – behandelst du alle hundert gleich schlecht? Nein! Zehn behandelst du besser, zehn behandelst du richtig dreckig und dann sind die 80 in der Mitte erstmal ruhig. Sie hoffen dann darauf auch einmal zu den 10 gut behandelten zu gehören und auf keinen Fall wollen sie zu den anderen 10 gehören.“

Diese Willkür im Betrieb ist ein ganz wichtiges Element der Repression im Betrieb: Wann wird jemand befördert, welche Arbeit erhält er, an der natürlich auch der Lohn hängt, wer muss welche Schichten machen, wer kriegt die unangenehmen Aufgaben....

Das gehört im Betrieb zum täglichen Leben dazu und ist aus dem Kapitalismus nicht wegzudenken.

Auf der anderen Seite gibt es den völlig klaren und aus unserer Empfindung heraus logischen Punkt, dass der Unternehmer dort einschreitet, wenn Aktivisten „zu weit“ gehen. Worin aber besteht dieses „Zuweitgehen?“

Wenn wir die Erfahrungen untersuchen, die wir in den Betrieben machen, müssen wir als erstes feststellen, dass es Unterschiede gibt. Während in organisierten Großbetrieben relativ größerer Spielraum herrscht, sind die Grenzen in Kleinbetrieben enger gesteckt. Ich erinnere nur an den Fall der Kollegin Widschinzki, der BR-Vorsitzenden der Volksbank Ludwigsburg, der mit der Behauptung, sie habe einen Chef mit Honecker verglichen, gekündigt werden sollte.

Aber jenseits diesen „quantitativen“ Unterschieden zwischen den Betrieben, also die Frage, wie schnell und wie hart vorgegangen wird, lässt sich klar belegen, auf welche Arten des „Zuweitgehens“ am empfindlichsten reagiert wird.

Erstens darf das Eigentum und zweitens das Machtgefüge nicht in Frage gestellt werden.

Es war für mich eine fast schockierende Erfahrung, was passierte, als einige Kolleginnen und Kollegen ihre Vorgesetzten in Frage gestellt haben. Es war vor allem auch schockierend, wie eindeutig sich führende Betriebsräte damals auf die Seite der Vorgesetzten gestellt haben, und die Leute, die sich beschwert hatten, komplett haben hängen lassen. Obwohl diese KollegInnen nicht nur die gewerkschaftlichen Stützen in ihrem Bereich waren, sondern – bis zu diesem Zeitpunkt jedenfalls – auch privat gute Kumpels mit den betreffenden Betriebsräten waren.

Dabei sind wir nebenbei auch schon an dem Punkt, dass Betriebsräte in Deutschland sich oft diesen Zielen der Eigentumssicherung und dem Schutz der Hierarchie verschreiben. Aber dies unterstreicht umso mehr das Dogma, dass die Exekutiv-Hierarchie nicht angegriffen werden darf.

Der dritte Punkt in diesem Zusammenhang ist, wenn Leute sich „tätlich“ werden. Es ist erlaubt, dass Menschen in die soziale Existenz zerstört wird, es erlaubt sie auszubeuten und krank zu machen, es ist nicht erlaubt, dass diese Menschen eine Ohrfeige austeilen.

Dass die Ausübung von physischer Gewalt in den Betrieben wird so hart beurteilt wird, sollte uns zu Denken geben. Ich will mal so sagen: Wenn in einem Betrieb mit 1000 oder mehr Menschen begonnen wird, den Interessenkonflikt physisch auszutragen, dann hätte das Management samt allen Personalern und Meistern ganz schlechte Karten.

Was das Eigentum betrifft, lohnt sich die Gegenüberstellung zwischen Betrieb und dem Rest der Gesellschaft. Gesellschaftlich gesehen wird ein Diebstahl als eine Bagatelle behandelt. Es gibt Leute, die haben ihren Arbeitsplatz verloren, weil sie im Wert von ein paar Euros gestohlen haben. Die Maßlosigkeit dieser Bestrafung ist empörend, aber sie macht auch klar: Es geht in solchen Fällen nicht um die Tat an sich, sondern um die potenzielle Gefährdung der Macht im Betrieb:

In die Hierarchie eingreifen, physische Gewalt anwenden, das Eigentum angreifen.

Gewerkschaftliche Aktivitäten, Streiks, Blockaden, die mit dem Staatsapparat zusammen stoßen

Wir haben erlebt, dass man einerseits Blockaden machen kann, wo fasst nichts geschehen ist.

Kollegen von Daimler sind über die B10 marschiert und ein Verfahren wurde eingeleitet, es kam aber nichts dabei raus.

Bei MAHLE wurde für eine Viertelstunde die Pragstrasse komplett blockiert und anschließend die halbe Seite für eine weitere Stunde lahm gelegt. Der Versammlungsleiter hat eine Bagatellstrafe bekommen, weil bei der Aktion keine weißen Ordnerbinden verteilt worden waren. Also eine Ordnungswidrigkeit.

Eigentlich sind solche Blockaden aber ein wesentlicher heftiger Eingriff in den Straßenverkehr als die Blockade eines Streikbrecherbusses. Aber das wird als Nötigung verfolgt, wesentlich heftiger verfolgt

und bestraft, obwohl der Schaden für die Allgemeinheit deutlich geringer ist. In Stuttgart haben wir harte Auseinandersetzungen dieser Art bei der Trafo-Union gehabt, im Druckerstreik, bei Programma. Das Problem an dieser „Nötigung“ ist offensichtlich nicht, dass Verkehrsteilnehmer oder Streikbrecher genötigt werden, sondern die Kapitalisten.

Bei diesen Streiks wurde von der Staatsmacht eingegriffen, da es dort nicht nur um Meinungsäußerung ging, sondern man wollte etwas durchsetzen. Man hat sozusagen in die Entscheidungsmacht des Unternehmers eingegriffen. Wir wollten etwas gegen seinen Willen erzwingen, sei es die Blockade von Streikbrechern oder Abtransport von Maschinen oder die Auslieferung von Zeitungen.

Auch im Streik für die 35 Stunden Wochen im Osten, ging die härteste Schlacht um den Kolbenringhersteller Federal Mogul, wo mit Hubschraubern und Polizei die Ringe ausgeliefert wurden.

Ich möchte also die These aufstellen, dass es dann sofort heftig wird, wenn in die Entscheidungs- und Verfügungsgewalt des Kapitals eingegriffen wird. Solange es um Meinungsäußerung geht, ist viel erlaubt.

Ich möchte nur an Rheinhausen erinnern, als die Metall- und Stahlarbeiter das Ruhrgebiet für einen Tag stillgelegt hatten, ohne dass es eine einzige Anzeige danach gab.

Allerdings müssen wir damit rechnen, dass in Zukunft auch eine Meinungsbekundung dieser Dimension nicht unbehelligt bleibt.

Justiz

Die Justiz korrigiert auch immer mal wieder die Übergriffe des Staatsapparats oder der Unternehmer. So gibt es die erfreuliche Geschichte, dass Porschevertrauensmann Schirmer nach rund 20 Verhandlungen gegen die Firma gewonnen hat und Porsche ihn hat wieder einstellen müssen.

Trotz dieser erfreulichen Erscheinungen, bei denen Gerichte auch Arbeitnehmern und Gewerkschaftern Recht geben, müssen wir uns heute kritisch mit dem auseinandersetzen, was wir als den „Rechtsstaat“ begriffen haben.

Ohne zu beschönigen, dass es auch in der Vergangenheit Übergriffe dieses Staates gegen die gewerkschaftlichen Rechte gegeben hat, existierten doch auch große Freiräume innerhalb und außerhalb der Betriebe.

Wir müssen diesen Rechtsstaat als zeitlich begrenzter Klassenkompromiss verstehen, den es in Deutschland vorher nicht gegeben hat und den es auch nicht mehr geben wird, und den es in nicht in anderen kapitalistischen Ländern auch nie gegeben hat. In der Mehrzahl der kapitalistischen Länder.

Diese Phase des Rechtsstaates ist vergleichbar mit der des Sozialstaates.

Einerseits gab es Errungenschaften, demokratische wie soziale, und die Bereitschaft des Kapitals für einen bestimmten Bereich den Leuten auch Sicherheit zu geben, ebenso wieder soziale und rechtliche. Typischerweise genau die Qualität, die man mit der Sozialdemokratie vereinbaren kann: Rechte werden gewährt, die Leute sind in den Staat integriert und die Rechte haben dort ihre Grenze, wo das System in Frage gestellt wird.

So wie der Sozialstaat gekündigt wurde, kündigen sie heute mit dem G8 und den Sicherheitsmassnahmen, die Ulla dargestellt hat den Rechtsstaats-Kompromiss auf. Das ist noch nicht endgültig, aber darauf müssen wir uns einstellen.

Es wird in Zukunft z.B. keine Garantie auf Meinungsfreiheit und Demonstrationenfreiheit geben. In Rostock wurde allen klargemacht, ihr habt kein Recht auf Demonstration, Demo gibt's nur, wenn wir es wollen. Damit werden wir auch als Gewerkschafter konfrontiert werden.

Die Frage ist, warum machen die das?

Ulla hat vorher in etwa gesagt, die bereiten sich auf die Konterrevolution vor, aber es gibt noch gar keine Revolution. Ich möchte die These aufstellen, die brauchen das, auch wenn es keine Revolution gibt. Wenn der Kapitalismus weitermachen will, dann kann er dies nicht so tun, wie zuletzt in Deutschland. Auf sozialem Gebiet sowenig wie auf juristischem Gebiet.

Die Fortsetzung dieses Systems – und da darf man sich von 30 % Kapitalrendite nicht täuschen lassen – verlangt durch die verschärfte Konkurrenz heute 50 000 Leute auszugliedern und den Lohn um 30 % zu senken. Das ist ja nicht nur, weil die heute mit so was durchkommen, sondern auch, weil sie solche Angriffe brauchen, um dieses kapitalistische System fortzusetzen. Über Kriege wurde hier schon geredet, ein dritter Aspekt der Krise des Systems ist die Klimakatastrophe.

Bei der Entwicklung, vor der wir heute stehen, werden wir bald ganz viele kleine New Orleans erleben. Da wird dann als erstes die Nationalgarde geschickt statt Hilfspaketen.

Die brauchen die Repression im gesellschaftlichen und betrieblichen Bereich, selbst wenn wir unfähig sein sollten, „eine Revolution“ zu machen, um den Widerstand nieder zu halten, den sie mit ihren Maßnahmen provozieren und noch stärker provozieren werden?

Wie stellen wir uns drauf ein? Die Frage der demokratischen Rechte bzw. ihrer Verteidigung wird in der Zukunft sehr wichtig sein.

An der Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass es einen guten Antrag zum Gewerkschaftstag der IG Metall von den Kollegen der VKL Daimler Bremen gibt, gegen den fortschreitenden Demokratieabbau und gegen weitere Militarisierung von Staat und Gesellschaft.

Die Repressionsmaßnahmen im Betrieb werden also zunehmen und es wird eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaftslinken sein, dagegen vorzugehen. Die Kollegen von Daimler Berlin werden dazu noch was Konkretes sagen.

Aber es wird nicht reichen, nur Anträge zu schreiben und wieder nur verbal zu handeln.

Wir werden das Streik- und Demonstrationsrecht auch in der Praxis durchsetzen müssen. Es gibt da ja in solchen Zusammenhängen den schönen Begriff „robust“. Wir werden das „robust“ tun müssen.

Kollege Dieter Wegner hat am Schluss seines Artikels „Wer fürchtet sich vorm schwarzen Block?“ geschrieben: „Im Widerstandskonzert wäre Platz für autonome Töne. Sie müssten sich an der demonstrierten Kraft orientieren, zusammen mit den Belegschaften oder anderen Widerständigen könnten sie Schutztrupps organisieren, die die ganze Demonstration schützen, an denen auch Erwerbslose und Migranten teilnehmen können, warum auch nicht Rentner und Kranke.“ Der Verfasser hat das als

Perspektive für die Autonomen beschrieben. Ich meine die hören auf Autonome zu sein, wenn sie am organisierten Konzert teilnehmen, wichtig ist diese Perspektive von Dieter aber auch für uns. Das müssen wir in Zukunft beachten, dass das Demonstrationsrecht in Frage gestellt werden wird und wir das Recht auf Demonstration verteidigen müssen, vor Ort, im Konzert, also organisiert.

Also letzten Punkt in diesem Zusammenhang möchte ich sagen: Wir müssen uns von den Distanzierern distanzieren!

2.) Politischer Streik in der BRD nach 1945

Tom Adler, Betriebsrat bei DaimlerChrysler Untertürkheim / Mettingen, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Die Diskussion über „politischen Streik“ oder gar „Generalstreik“ hat seit der Agenda 2010 wieder zugenommen, mit der Auseinandersetzung um die Rente mit 67 hat sie sich noch einmal intensiviert: Lafontaines Positionierung pro Generalstreik und die Aufforderung an die Gewerkschaften, da nicht so zögerlich zu sein, ist überall noch präsent. Sogar in der großen Tarifkommission der Baden-Württembergischen IG Metall war die Debatte durch einen Beitrag des Esslinger Bevollmächtigten kurz aufgeblitzt, wurde aber nicht mit der Suche nach praktischen Konsequenzen aufgegriffen, was die meisten von uns auch ziemlich überrascht hätte.

Über 300 000 KollegInnen haben Ende Januar an den Aktionen der IG Metall gegen die Rente mit 67 teilgenommen. Und mindestens ein Teil von ihnen war während der Arbeitszeit auf der Strasse und hat sich damit zweifellos das Recht zum politischen Streik genommen, was hierzulande als illegal gilt und allein schon deshalb hohe Aufmerksamkeit bekommt – von Gegnern wie Befürwortern.

So unübersehbar wie der politische Charakter dieser Arbeitsniederlegungen ist aber auch eins: die gesamte Gegenwehr gegen die Rente mit 67 war von Anfang an so angelegt, dass sie die Rente mit 67 nicht verhindern konnte. Kein Mensch hat geglaubt, dass so eine begrenzte Aktion in der allerletzten Phase der Behandlung im Parlament irgendetwas verhindern kann. Das hat kein Protestierender geglaubt, keiner von denen, die deshalb gar nicht erst mit raus gegangen sind, und die die dazu aufgerufen hatten, erst recht nicht. Die IG Metall-Spitze z. B. hatte sich ja schon sehr frühzeitig von der Perspektive abgesetzt, die Rente mit 67 kampfwise zu verhindern. Längst vor den großen DGB-Demonstrationen am 21. Oktober 2006 wurde stattdessen auf die Verlängerung der Altersteilzeitregelungen gesetzt und dieser Deal der Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsspitze mit den Sozialdemokraten in der Grossen Koalition so oder so ähnlich verabredet.

Unübersehbar ist weiter: mit *diesem* Deal, dem Verzicht, die Rente mit 67 durch eine breite, kämpferische Mobilisierung zu kippen, ist die große Masse der lohnabhängig Beschäftigten der Rente mit 67 ausgeliefert worden und damit der Altersarmut. Denn Altersteilzeit ist eben nur für einen beschränkten Teil der Klasse in noch relativ anständig bezahlten Jobs eine machbare Alternative. Und so betrachtet, relativiert sich der Erfolg der Mobilisierungen im Januar, es sei denn, man will sich selbst und anderen was in die Tasche lügen.

Ich soll mit diesem Einleitungsbeitrag zu unserer Diskussion über den politischen Streik seit 1945 einen historischen Rückblick geben und daraus ein paar Schlussfolgerungen ziehen. Eine Schlussfolgerung gleich am Anfang:

Ich glaube, *gerade wir Gewerkschaftslinke* sollten aufpassen, dass wir den *politischen* Streik nicht in falschem Gegensatz zu *ökonomischen* Streiks setzen, den politischen Streik als den *eigentlichen*, den klassenpolitisch *bedeutenden* überhöhen. Das wäre gewissermaßen nur ein Reflex darauf, dass er in der BRD, anders als in den meisten andern europäischen Ländern, als illegal behandelt und von den Spitzen der Gewerkschaften auch so akzeptiert wird.

Man braucht da gar keine Klassiker wie Rosa und Wladimir Ilijtsch zu zitieren, die vor 100 Jahren auch hier in Stuttgart beim Sozialistenkongress von solchen schematischen Trennungen abgeraten haben. Sie haben immer darauf hingewiesen, dass es zwischen beiden Wechselwirkungen gibt, und dass es eine Dynamik gibt, die aus einer ursprünglich scheinbar rein ökonomischen Auseinandersetzung schnell eine mit politischer Qualität und Zielsetzung werden lässt.

Wir Gewerkschaftslinke sollten also vielmehr darüber diskutieren, wie Kämpfe geführt werden müssen, mit denen die Kräfteverhältnisse gegen das Kapital wirklich verschoben werden können, wie man Teilkämpfe zu Auseinandersetzungen mit höherer Durchschlagskraft zusammenführen kann – um die bitter nötigen Erfolgserfahrungen vermitteln, bestenfalls sie gewinnen zu können, statt getrennt zu marschieren und getrennt geschlagen zu werden.

Das alles heißt uns also: genauer hinzuschauen. Denn die schlichte Tatsache, ob ein geführter Kampf nach deutscher Arbeitsrechtsprechung als „politischer Streik“ einzuordnen ist oder nicht, sagt noch nicht all zu viel über seinen Beitrag zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse.

Definitorisches – oder: Rechtsfragen sind Machtfragen

Politische Streiks gelten in Deutschland als „unerlaubte Einflussnahme auf die Organe der parlamentarischen Demokratie“ – und damit als verboten, weil die Damen und Herren Abgeordneten ja ihre Entscheidung angeblich nur beeinflusst vom eigenen Gewissen fällen sollen.

Dem Otto Normalgewerkschafter und der Anna Normal- oder Prekärarbeiterin erscheint das so: das war schon immer so in unserer ach so demokratischen Republik, weil das in der Verfassung steht. Schließlich sagen das alle von Dieter Hundt über Franz Müntefering bis zum DGB-Chef Michael Sommer.

Stimmt aber gar nicht! Es gibt dazu keine Gesetzgebung, die politische Streiks verbieten würde. Das Grundgesetz, Art. 9 Abs. 3, schützt neben Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie auch ausdrücklich "Arbeitskämpfe, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen" geführt werden. Das Streikrecht hat in den Verfassungstexten definitiv nicht die Einschränkungen, die heute als „Verbot politischer Streiks“ im öffentlichen Bewusstsein sind. Nein, die wurden erst einige Jahre später durch Arbeitsgerichtsentscheidungen, also durch das sogenannte „Richter-Recht“ vorgenommen, nachdem sich nach der Befreiung vom Faschismus die kapitalistische Ordnung wieder stabilisiert und durchgesetzt hatte. Die Urteile dieser Arbeitsgerichte spiegeln gewissermaßen die für's Kapital Anfang der 50er Jahre wieder verbesserten Kräfteverhältnisse.

Diese herrschende arbeitsrechtliche Diskussion sagt also: Politisch und damit illegal ist ein Streik, wenn *Kampfzieladressat* und *Kampfmitteladressat* nicht dieselben sind, – d.h. wenn ein Streik sich z.B. gegen die Regierung richten, aber den Arbeitgeber treffen und schädigen würde. Ein Arbeitsrechtler namens Nipperdey, der natürlich auch schon unter den Nazis „Recht“ gesprochen hatte, formulierte diesen bis heute dominierenden Rechtsstandpunkt, dass politische Streiks „Eingriffe in das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb“ und deshalb rechtswidrig seien. Das wäre also z.B. der Fall bei Streiks gegen die Agenda 2010. Diese Logik stellt offensichtlich ausdrücklich das Recht, unbehindert Geschäfte machen zu dürfen, über das Recht der großen Mehrheit, für ihre sozialen Bedürfnisse wirkungsvoll zu kämpfen.

Wolfgang Abendroth, der renommierte Politologe aus der Arbeiterbewegung, hielt seinerzeit dagegen: „Politisch“ sei nur ein Streik, der überhaupt keinen Bezug zur Arbeitswelt hätte. Denn im Kapitalismus enthalte jeder Streik ein politisches Moment und eine klare Abgrenzung zwischen politischen und ökonomischen sei oft nicht möglich.

Nach seiner Definition wären Streiks gegen die Agenda 2010 und die Rente mit 67 keine letztlich politischen, sondern legale „arbeitsrechtliche“ Streiks, da sie Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen betreffen, und nicht den Staat als Ganzes, wie z.B. Streiks gegen einen Krieg. Aber, Kolleginnen und Kollegen, ist da nicht sogar der große Wolfgang Abendroth, unter dem Druck der kapitalistischen Restauration, nicht etwas zu kurz gesprungen?

Sind nicht die ersten Opfer jeder Militarisierung, bevor der erste Schuss gefallen ist, immer unsere demokratischen Rechte, unsere Rechte als lohnabhängig Beschäftigte!

Wir sollten es da mit dem Staats-Verständnis des alten Marx halten: der Staat ist „ideeller Gesamtkapitalist“, der geschäftsführende Ausschuss des Gesamt-Kapitals, der Politik in dessen Interesse macht. Oder mit Tucholsky, der über die Sozialdemokraten gespottet hat: „Sie dachten, sie seien an der Macht – dabei waren sie nur an der Regierung!“

Die Tatsache jedenfalls, dass Gegenwehr gegen massivste Eingriffe in die kollektive Daseinsvorsorge – wie die Agenda 2010 oder die Rente mit 67 – mit gravierenden direkten und indirekten Auswirkungen auf die Arbeitskraft, als illegal bezeichnet und mit Verfolgung bedroht werden, und zwar egal ob unter schwarz-gelben, rot-gelben oder rot-grünen Regierungen, zeigt, wie wenig „neutral“ dieser Staat ist.

Vorneweg: von den wenigen Streiks, die im Allgemeinen als politische definiert werden, waren alle bis auf einen (nämlich den Zeitungsstreik in der Auseinandersetzung um die Betriebsverfassung 1952) so genannte Demonstrationstreiks, *keine* Erzwingungstreiks.

D.h. sie waren Aktionen mit relativ enger zeitlicher Begrenzung, Demonstrationen der Mobilisierungsfähigkeit, ein Schlaglicht auf die bestehenden Kräfteverhältnisse. Die Frage nach Sieg oder Niederlage bei der kampfweisen Durchsetzung der Streikziele wird damit zunächst gar nicht direkt aufgeworfen, und je nachdem wie groß der Basis-Druck ist, bieten Demonstrationstreiks sich natürlich auch an als Ventile zum Dampf ablassen. Die „Generalstreiks“ in andern europäischen Ländern, auf die wir uns in der Diskussion immer gerne beziehen, sind übrigens meistens Demonstrationstreiks.

Der Generalstreik 1948

In den ersten Jahren nach der Befreiung von der faschistischen Diktatur gab es einen breiten antikapitalistischen Konsens in der Bevölkerung: der Kapitalismus und seine Repräsentanten waren wegen der Förderung und Verflechtung mit dem Nazi-System und den katastrophalen Folgen diskreditiert. Antifaschisten und Parteien der Arbeiterbewegung hatten im Alltag des Wiederaufbaus eine starke Position, selbst die CDU musste mit ihrem Ahlener Programm dieser Situation Rechnung tragen. Welches Wirtschaftssystem sich letztlich durchsetzen würde, war noch nicht entschieden.

Programme wie das Ahlener der CDU sind das eine, die reale Politik das andere:

Im „Wirtschaftsrats der Bi-Zone“, geleitet von Ludwig Erhard, forcierte dieselbe CDU mit Marshallplan und Währungsreform eine Politik, die Marktwirtschaft und Kapitalistische Restauration möglichst schnell festigen sollte. SPD und Gewerkschaften wollten dagegen demokratisch kontrollierte Lenkungsorgane für die Wirtschaft. Auf der „Interzonen-Konferenz“ der Gewerkschaften forderten sie den „Aufbau eines Systems geplanter und gelenkter Wirtschaft und die Vergesellschaftung der für die Lenkung der Gesamtwirtschaft wichtigen Schlüsselindustrien, Kredit- und Versicherungsinstitute“. Gemeint war damit nicht die direkte demokratische Kontrolle durch die Produzenten, sondern Konzepte wie die „Wirtschaftsdemokratie“, die schon in der Weimarer Zeit formuliert worden waren: paritätische Vertretung der Gewerkschaften in diesen Lenkungsorganen für die Wirtschaft - nicht Vergesellschaftung durch Gemeineigentum, demokratische Planung der gesellschaftlichen Prioritäten und Arbeiterkontrolle über die Produktion.

Für ihre wirtschaftsdemokratischen Forderungen traten die Gewerkschaftsführungen zunächst durchaus kämpferisch auf. Mit zunehmenden parlamentarischen Illusionen reduzierten sich die Forderungen aber immer mehr auf die paritätische Mitbestimmung – in der irrigen Hoffnung auf Mehrheiten der SPD im Parlament.

Tatsächlich war einer der wichtigsten Gründe für diese Zurückhaltung der Gewerkschaftsführungen ihre Angst, dass große Massenmobilisierungen eine Radikalisierung beschleunigen und den kommunistischen Einfluss vergrößern könnten.

Dazu kommt: 1947 ist schon das dritte Jahr mit einer furchtbaren Ernährungskrise, mit Massendemonstrationen im Ruhrgebiet, mit politischen Streiks gegen die Demontagepolitik der Alliierten und für die „Entflechtung“ der Großkonzerne. „Die Gruben in des Volkes Hand!“ hieß die Parole der 300.000 streikenden Kumpels im Bergarbeiterstreik im April 1947. Im Juni 1948 wird dann das sog. „Bewirtschaftungsgesetz“ gegen die Stimmen von SPD und KPD im Wirtschaftsrat der britisch-amerikanischen Zone durchgesetzt. Im selben Monat wird noch die Währungsreform beschlossen mit zwei Folgen. Erstens ist damit die Durchsetzung der Marktwirtschaft einen entscheidenden Schritt weiter. Zweitens führt das zu drastischen Preissteigerungen bei anhaltendem Lohnstopp, was die miserable Versorgungslage der Masse der Bevölkerung weiter verschlechtert. Mit einer Welle von Demonstrationen und Massenstreiks hatte sich bereits im Januar und Februar 1948 der Protest geäußert: In Bayern und Baden-Württemberg waren über eine Million an Streiks und einem 24-stündigen Generalstreik beteiligt.

Die vor diesem Hintergrund zunehmenden Forderungen an der Gewerkschafts-Basis nach einem republikweiten Generalstreik setzten die DGB-Führung derart unter Druck, dass sie einem flächendeckendem Generalstreik zustimmen musste, um die Kontrolle nicht zu verlieren.

Wie wir alle schon erlebt haben, fehlt den Herrschenden mitunter die Fähigkeit, Stimmungslagen richtig einzuschätzen – so auch damals in dieser angespannten Situation: mit seinen scharfen Angriffen auf die Gewerkschaften („seelenlose Bonzokratie“) goss Ludwig Erhard weiter Benzin ins Feuer und zwang den DGB damit weiter nach vorn.

Als Streikforderung wurde ein 10-Punkte-Forderungskatalog verabschiedet, eine Kombination aus ökonomischen und politischen Forderungen an Unternehmer, Militärregierung und Wirtschaftsrat. Dabei stand im Zentrum: Erlass eines Preisstopps, Produktion von preiswerten Massenkonsumgütern, Korrektur der Währungsreform, Erhalt und Ausbau von Plan-Elementen bis zur Überführung der Banken und Grundstoffindustrie in Gemeineigentum und die Einführung der paritätischen Mitbestimmung durch die Gewerkschaften.

Bereits vor dem Generalstreik kam es beim Stuttgarter Streik und den Demonstrationen am 28.10.1948 zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei denen die US-Militärpolizei Tränengas und Panzer einsetzte. Das schüchtern die Gewerkschaftsführungen so ein, dass sie für den Tag des Generalstreiks alle Kundgebungen und Demonstrationen untersagte, der Generalstreik wurde zur „Arbeitsruhe“ umbenannt.

Trotzdem beteiligten sich an diesem 12. November 1948 9,2 Millionen von über 11 Millionen ArbeiterInnen und Angestellte – d.h. es gab 3 mal so viel Streikende wie in den nächsten 20 Jahren zusammen! Mehr als die Hälfte der Streikenden müssen bei damals rund 4 Millionen DGB-Mitgliedern Unorganisierte gewesen sein. Das bestätigt die Erfahrungen, auf die Rosa Luxemburg schon in ihrer Arbeit über die russische Revolution von 1905 hingewiesen hatte: wo auf Massenmobilisierung gesetzt wird, werden auch Massen von Unorganisierten mitgerissen, was eher in Organisierungserfolge umzumünzen ist, als jahrelange Sisyphusarbeit in Perioden von Ruhe und Stillstand.

Die Frage, ob Streik für politische Forderungen legal oder illegal sei, stellte sich angesichts der Breite der Massenaktion erst gar nicht – weder seitens der Militärregierung noch der „provisorischen“

Deutschen oder der Unternehmer. Auch hier zeigte sich: Rechtsfragen sind Machtfragen, und eine scharfe Trennung politischer und ökonomischer Momente ist weder möglich noch sinnvoll.

Im Rückblick bleibt festzuhalten: der schon widerwillig ausgerufenen Generalstreik, der zum Schluss sogar zum „Demonstrationsstreik ohne Demonstrationen“ degradiert wurde, war nicht Teil einer Strategie, die ernsthaft die Machtfrage aufwerfen wollte i. S. einer Überwindung des Kapitalismus. Das Ziel der SPD-Mehrheiten in der DGB-Spitze blieb beschränkt darauf, „aufeinander abgestimmte Lohn, Preis und Produktionspolitik“ von Kapitaleignern gemeinsam mit den Gewerkschaften durch Mitbestimmung durchzusetzen.

Der Generalstreik vom November 1948 *konnte* also nicht mehr als eindrucksvoll die potentielle Macht der Arbeiterklasse zeigen, er *sollte* aber offensichtlich die wachsende Wut kanalisieren und Dampf ablassen, er war damit nicht einmal ein Versuch, die Restauration der kapitalistischen Verhältnisse zu verhindern.

Der Kampf um Montan-Mitbestimmung und Betriebsverfassung 1950 -1953

Zur Gründungszeit der Bundesrepublik stand noch, wie bereits gesagt, die Eigentumsverfassung der Wirtschaft im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Diskussion. Das Münchner DGB-Programm forderte noch die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in allen wirtschaftlichen, personellen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung, d.h. konkret: Organe der Selbstverwaltung in den Betrieben und gleichberechtigte Mitbestimmung von Kapitalbesitzern und Gewerkschaften in den Aufsichts- und Verwaltungsräten, weil aus Sicht des DGB, ein Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit grundsätzlich möglich sei.

In der Praxis haben sich diese Forderungen immer weiter auf die paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten reduziert, die dann 1947 in der Montanindustrie eingeführt wurde, übrigens mit ausdrücklicher Zustimmung der noch aus der Faschismus-Zeit kompromittierten und deshalb geschwächten Unternehmer.

Diese Kompromissbereitschaft aus einer Position der Unsicherheit und Schwäche heraus änderte sich aber rasant mit der Veränderung der wirtschaftlichen Lage ab 1950, dem sog Korea-Boom. Die Adenauer-Regierung wollte die Montanmitbestimmung wieder rückgängig machen, und für dieselben Industriellen, die 3 Jahre vorher „*aufrichtige Bereitschaft den Belegschaften und Gewerkschaften volle Mitwirkungsrechte einzuräumen*“ beteuert hatten, waren das plötzlich schon wieder „bolschewistische Ideen“.

Nach ergebnislosen Verhandlungen wurde von IG Metall und IG Bergbau für den 1. Februar 1951 ein flächendeckender Streik für den gesamten Montanbereich angekündigt. Und hier, Ende 1950, tauchte in der Gegenoffensive von Kapital und Regierung, konkret von Adenauer in einem Brief an DGB-Vorsitzenden Böckler, zum ersten mal die Behauptung auf, ein derartiger Streik sei verfassungswidrig.

Letztlich lenkte Adenauer trotzdem ein, die Montanmitbestimmung blieb erhalten, sogar noch auf den Bergbau ausgeweitet. Die Gewerkschaften werteten dies als vollen Erfolg, kritische Historiker eher als Preis, den die Regierung bereit war, für die positive Haltung des DGB zu einem deutschen „Wehrbeitrag“ und der diskutierten Wiederbewaffnung Deutschlands zu bezahlen. Der Massenstreik wurde also abgesagt. Die Erwartung, dass die verteidigte Montanmitbestimmung den Durchbruch der paritätischen Mitbestimmung für die übrige Wirtschaft bringen würde, sollte sich schnell als Illusion erweisen. Mehr noch: dass die erhaltene Montanmitbestimmung eher Ergebnis eines politischen Tauschgeschäfts als das Resultat eines Massenkampfs war, kann man als einen *der* Gründe für die Niederlage der Gewerkschaften im Kampf um die Betriebsverfassung ein Jahr später sehen. Die erhaltene Montanmitbestimmung *konnte* eben, weil an der Basis *nicht* als Kampferfolg erlebt, nicht zur Verschiebung von Kräfteverhältnissen gegen das Kapital führen.

Ein Jahr später wurde nach gescheiterten Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften ein Betriebsverfassungsgesetz in den Bundestag eingebracht, das die Forderungen der Gewerkschaften nicht berücksichtigte, es war sogar schlechter als die auf Länderebene geltenden Gesetze. Der Öffentliche Dienst wurde durch ein „Personalvertretungsgesetz“ mit noch beschränkteren Arbeitnehmerrechten abgespalten.

Daraufhin kündigte der DGB Kampfmaßnahmen an unter dem Motto „Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden“. Trotz der Angriffe von Adenauer, der das jetzt wieder als grundgesetzwidrig attackierte, muss die Resonanz in den Betrieben enorm gewesen sein: hunderttausende beteiligten sich an Demonstrationen und Warnstreiks. Höhepunkt und gleichzeitig Wendepunkt war der Zeitungsstreik vom 27. bis 29. Mai 1952, der die Produktion aller Zeitungen lahmgelegt hat.

Als sich zu diesem Zeitpunkt neue Verhandlungsmöglichkeiten mit der Regierung abzeichneten, wurden – trotz aller Dynamik in den Betrieben – die Kämpfe abgebrochen, obwohl von Adenauer nicht mehr als eine „Prüfung der DGB-Forderungen“ zugesagt wurde. Im Rückblick wenig überraschend kam dabei nichts heraus, die Kämpfe wurden aber trotzdem nicht wieder aufgenommen, so dass der Bundestag das Gesetz wie geplant ungehindert verabschieden konnte.

Die Niederlage der Gewerkschaften wegen dieser Kapitulation der DGB-Spitze und ihrer positiven Haltung zur Remilitarisierung hat zwar in den Gewerkschaften zu scharfen Auseinandersetzungen geführt, so musste z.B. der Vorsitzende Fette zurücktreten. Gegen die laufende Entwicklung hin zu einer Gewerkschaft, die Marktwirtschaft und Kapitalherrschaft grundsätzlich befürwortet, konnte diese Debatte aber nichts mehr ausrichten. Der Boden für ein gesellschaftliches Klima, in dem die Arbeitsrechtsprechung es dann wagen konnte, die politischen Zeitungsstreiks vom Mai 52 für illegal zu erklären, war bereits vorbereitet. Das bestimmt die herrschende Rechtsauffassung bis heute, und nachdem die „*Meinung der Herrschenden die herrschende Meinung*“ ist, nimmt das zunächst von Anna Normal- oder Prekär-Arbeiterin bis Michael Sommer DGB-Chef jeder als gegebene Größe an.

Mit einem entscheidenden, schönen Unterschied zwischen den Millionen Annas an der Basis und den Michels an der Spitze der Gewerkschaftsapparate übrigens: dass unsere KollegInnen dann, wenn sie erst mal in Bewegung sind, wenn es um wirkungsvolle Kampfformen geht, überhaupt nicht besonders legalistisch sind und einen sicheren Instinkt dafür haben, wie sehr Rechtsfragen Machtfragen sind. Das haben die Schweinfurter Metaller mehrmals gezeigt mit ihren Arbeitsniederlegungen gegen die Agenda 2010, die Stahl- und die Bauarbeiter 1996 und schon Jahre früher (Rheinhausen) mit ihren Strassenblockaden, die Daimler-Belegschaften im Streik gegen Kohls Kürzung der Lohnfortzahlung, und noch nicht lange her die Mahle-Kollegen auf der Stuttgarter Pragstrasse, die Bochumer Opelaner, die Alstom-Kollegen in Mannheim und die Freudenbergler in Weinheim. Das wird sich in Zukunft immer wieder beweisen, bis wir in der gelebten, in der gestreikten Praxis einfach durchgesetzt haben werden, dass politische Streiks in der Bundesrepublik genauso normal und legal sind wie in anderen Ländern auch!

Wiederbewaffnung, Notstandsgesetze, Brandt-Misstrauensvotum, Mittelstreckenraketenstationierung, Anti-Streik-§116 AFG

Zu den als „politisch“ bezeichneten Streiks gehören auch die Arbeitsniederlegungen, die es von 1954 bis 1958 in den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik gegeben hat, um die Notstandsgesetze 1968, um das Misstrauensvotum gegen die Brandt-Regierung 1972, gegen die Mittelstreckenraketenstationierung 1983 und gegen den §116 AFG 1985/86 im Gefolge der Streiks für die 35-Stunden-Woche. Ich kann aus Zeitgründen jetzt nicht mehr im Einzelnen auf alles eingehen, vielleicht können das historisch Beschlagene noch in der Diskussion. Deshalb nur kurz soviel:

- In der Debatte um Wiederaufrüstung und atomare Aufrüstung haben DGB- und Einzel-Gewerkschaften eine durchaus ambivalente Haltung an den Tag gelegt, die Positionierung gegen die Wiederaufrüstung musste von der Basis und unteren Gliederungen gegen die DGB-Führung erst durchgesetzt werden.

Die Arbeitsniederlegungen, die es anlässlich der Bundestagsdebatte gegeben hat, mit Schwerpunkte in den VW-Werken und den Häfen Hamburg und Bremerhaven, waren nicht von den Apparaten initiiert, obwohl sich laut Allensbach-Umfragen seinerzeit über 50% der Bevölkerung für einen Streik gegen die Atombewaffnung ausgesprochen hatten. Im Schulterchluss mit der SPD lehnte die DGB-Spitze trotzdem bundesweite Arbeitsniederlegungen ab.

- Gegen die Notstandsgesetze der großen Koalition waren die Gewerkschaften, gemeinsam mit Wissenschaftlern und Studentenbewegung, von Anfang an entscheidend an der Organisation von Protest beteiligt. Anfänglich hatten sich IGM, GHK, und GTB für Streiks zur Verhinderung der Notstandsgesetze ausgesprochen. Die Demonstrations-Streiks im Mai 68 in Frankfurt, Mannheim, Bochum und anderen Städten waren aber wieder nicht von den Gewerkschaftsvorständen initiiert, und eine Ausweitung wurde sogar ausdrücklich abgelehnt – auch von Otto Brenner für die IG Metall: „Wir streiken nicht gegen eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Parlaments“. Auf dem Höhepunkt der Bewegung im Mai 1968 beschloss der DGB-Bundesvorstand eine Resolution, die den Landesbezirken untersagte, Streiks zur Verhinderung der Notstandsgesetze zu organisieren. Das wurde zurecht von der APO heftig kritisiert, und es wäre sicher eine Untersuchung wert, ob dieses Einknicken der Gewerkschaftsführungen vor den Regierungs-Sozialdemokraten nicht die ultralinke, antigewerkschaftliche Wendung mancher aus der APO entstandenen linken Organisation mitverursacht hat.

- Im Kampf der Friedensbewegung gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen hat sich dieses Verbot als Farce wiederholt, als der DGB-Bundesvorstand zunächst der gewerkschaftlichen Basis per Beschluss die Beteiligung an den Demonstrationen der Friedensbewegung verbieten wollte,

was für ihn aber zur grandiosen Bauchlandung wurde. Erst nachdem die SPD aus der Regierung geflogen und seit Frühjahr 1982 wieder Opposition war und die vorher selber eingefädelt Zustimmung zur Raketenstationierung kritisierte, wurden auf Druck der durchaus friedensbewegten Gewerkschaftsbasis 5 Mahnminuten für den Frieden beschlossen, von einem ernsthaften Kampfversuch konnte aber auch hier keine Rede sein.

KollegInnen, Kollegen, nach dieser ganz kurzen Übersicht über die Politischen Streiks in Deutschland seit 1945 zurück zum Ausgangspunkt und zu einer Schlussfolgerung:

Unumstritten unter uns ist sicher:

- dort, wo auf Grund der Entwicklung von Belegschafts-, Betriebs- und Industriestrukturen die tarifpolitische, also ökonomische Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften untergraben wird, wird politischer Streik zum nötigen Instrument, um flankierend auf der politischen Ebene Mindestbedingungen für den Verkauf der Arbeitskraft überhaupt noch durchsetzen zu können. Dasselbe gilt, wenn wie bei der Rente mit 67, per Gesetz die in 30 Jahren in tarifvertraglich durchgesetzten Arbeitszeitverkürzungen quasi annulliert werden.

Das Recht auf politischen Streik muss wieder im Öffentlichen Bewusstsein als selbstverständliches Recht verankert werden, wenigstens die europäische Normalität muss auch bei uns wieder normal werden. Und das wird nicht über juristische Fachdiskussionen passieren, sondern indem die Gewerkschaftsbewegung dieses Recht offensiv für sich reklamiert und in der Praxis nimmt, statt ständig desorientierende Eiertänze aufzuführen, wie es vor allem die DGB-Spitze ständig tut.

Allerdings wirkt das Thema „politischer Streik“ in der deutschen Diskussion auch nur deshalb derartig „Überlebensgroß“, weil er immer noch für illegal erklärt und akzeptiert wird. Und für uns Gewerkschaftslinke sollte das heißen: definitorische Fragen dürfen für uns nicht im Vordergrund stehen, denn das hieße vergessen, dass Rechtsfragen Machtfragen sind.

Die zentrale Frage für politische wie ökonomische Streiks ist vielmehr:

Wie können die Kräfteverhältnisse deutlich zu unsren Gunsten verschoben werden?

Wie müssen Kämpfe geführt werden, damit sie Erfolg haben und Machterfahrung vermitteln?

Welches politische Grundverständnis von der Dynamik von Massenbewegungen und von Wechselwirkung zwischen ökonomischen Auseinandersetzungen und Politik ist nötig, um im richtigen Moment richtige Entscheidungen treffen zu können, die uns Kräfte zuwachsen lassen?

Mit diesem Maßstab gemessen war z.B. der 16 Wochen lange Streik der 30.000 Metallarbeiter 1957 in Schleswig-Holstein um die Lohnfortzahlung politischer als die meisten der besprochenen „politischen Streiks“: die Streikenden führten ihren Streik in dem Bewusstsein, einen Kampf für die gesamte Klasse zu führen, und tatsächlich wurde kurz nach dem Erfolg des Streiks das Lohnfortzahlungsgesetz, orientiert am erstreikten Tarifvertrag, beschlossen. Auch die spontanen Proteststreiks zur Verteidigung der Lohnfortzahlung 1996 haben schnell politischen Charakter bekommen, es war von Bremen bis Stuttgart überall spürbar, dass wir die Macht entwickeln können, die Herrschenden in die Schranken zu weisen.

Mit diesem Maßstab gemessen war auch die erfolgreichste Auseinandersetzung der letzten 25 Jahre, der Streik um die 35-Stunden-Woche, ein hochpolitischer Streik. Das Kapital hat in dieser Auseinandersetzung bedrohliche Sprengkraft gesehen– Klassenbewusst wie Kapitalisten sind, war ihnen sehr deutlich, dass der Kampf um die Arbeitszeit nicht irgendeine austauschbare ökonomische Forderung ist, sondern eine besondere politische Qualität hat. Die Regierung war offen und scharf positioniert gegen die Streikenden und hat (wie dann wieder 2003 im Metall-Streik um die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland) massiv Polizei vor die Tore geschickt, um Streikbrechern den Weg frei zu räumen. Dieser Streik wurde von vornherein als gesellschaftliche Bewegung angelegt, der mehr als die Kräfte verschiedener DGB-Gewerkschaften gebündelt hat. Man muss also einen Kampf eben auch *gewinnen wollen* – das war für die Kämpfenden 1984 7 Streik-Wochen lang spürbar, und das schmälert auch der damals sehr kontrovers diskutierte Abschluss nicht, der sog. „Leber-Kompromiss“, gegen den übrigens seinerzeit Bertolt Huber als Tarifkommissionsmitglied engagiert aufgetreten war.

Zum Schluss:

Die politische Qualität von Kämpfen entscheidet sich m. E. nicht an der Frage, ob der Ausgangspunkt, die Forderungen politische sind, sondern daran, ob sie überhaupt noch mit der Zielsetzung geführt werden, sie wirklich zu gewinnen, ob sie so geführt werden, dass eine Verbreiterungsdynamik entstehen kann, die zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse beiträgt und so zum Bestandteil eines Wegs aus der Defensive werden! Was uns die meisten Gewerkschaftsführer nämlich schuldig bleiben, wenn sie nach Mitgliederfrustrierenden Abschlüssen mit Leichenbittermiene auf die schlechten

Kräfteverhältnisse hinweisen, das ist die Antwort auf diese Frage: was müssen wir tun, um diese Kräfteverhältnisse zu verändern?

Ein aktuelles Beispiel, das nachher in einem Beitrag auch noch ausführlich dargestellt werden wird: im Frühjahr 2006 waren die Stuttgarter Kollegen von verdi im Öffentlichen Dienst in einem 9 wöchigen Abwehrkampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Das war ein ausgesprochen demokratisch geführter Streik, bei dem verdi in Stuttgart mobilisiert hat, was die Kräfte hergegeben haben. Die öffentlichen Arbeitgeber, also die Politik, hatten damals, übrigens zum wiederholten mal, die Rolle des Vorreiters für Arbeitszeitverlängerung übernommen. Grund genug eigentlich für die anderen Gewerkschaften, die Kollegen von verdi zu unterstützen.

Gleichzeitig war die IG Metall in der Tarifrunde: die Erholzeitpausen – die bekannte Steinkühlerpause – stand im Forderungskatalog der Unternehmer, also eine Arbeitszeitfrage, die auch im Metallbereich hoch emotional besetzt und mobilisierungsfähig ist. Die IG Metall hat aber den Teufel getan, sich mit den verdi-Kollegen zusammenzutun!

Sie war nicht bereit, eine gemeinsame Mobilisierungsstrategie zu diskutieren mit der Zielsetzung eine breite Bewegung zu schaffen, die nicht nur den verdi-Kollegen geholfen hätte, sondern die auch eine viel breitere Gegenwehr-Dynamik gegen die Übergriffe des Kapitals hätte entfalten und damit zu Verschiebungen in gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen führen können. Nein, die IG Metall-Verantwortlichen haben deutlich Abstand gehalten, von der Bezirksleitung bis zu den Ortsbevollmächtigten, so deutlichen Abstand, dass die Stuttgarter Presse das genüsslich veröffentlichen konnte.

Eine derartige, auf Massenmobilisierung setzende Politik dagegen, die hätte das Potential in sich, das politische Koordinatensystem gegen Kapital und Regierungen zu verschieben und hätte das Label politischer Streik mehr verdient als die Mehrzahl der Aktionen in der Nachkriegsgeschichte einschließlich der Aktionen gegen die Rente mit 67 im Januar 2007, die nach herrschender Definition politische Streiks gewesen wären.



Buch von Lucy Redler: "Politischer Streik in Deutschland nach 1945"

Mit einem Vorwort von Tom Adler und einer Einleitung von Daniel Behruzi.

14,- Euro - bestellbar über die Bundeszentrale der SAV, Littenstr. 106 / 107, 10179 Berlin, Fax: 030 / 247 238 04 oder per Mail: info@sav-online.de

Aus der Buchbeschreibung: "*Die Protestaktionen der IG Metall Anfang 2007 gegen die Rente mit 67 und die Forderungen von Oskar Lafontaine nach einem gesetzlichen Recht auf politischen Streik haben die Debatte um ein politisches Streikrecht über linke Gewerkschafterkreise hinaus angeschoben. [...] Lucy Redlers Buch ist die erste zusammenhängende Chronik politischer Streiks in Deutschland nach 1945. Wichtiger Bezugspunkt ist dabei die Debatte über politischen Massenstreik um Rosa Luxemburg und Karl Kautsky innerhalb der Zweiten Internationale. Ausgehend vom Entwicklungsverlauf der ersten politischen Streiks und der Debatte vor hundert Jahren ordnet Lucy Redler die Streiks nach 1945 ein und nimmt am Ende eine vergleichende Bewertung vor.*"

3.) Streikerfahrungen heute

➤ **Länderstreik im Öffentlichen Dienst 2006**

Günther Klein - Personalrat Uni Stuttgart, Fachbereichsvorstand Bildung, Wissenschaft und Forschung

Vorweg - Der ÖD-Streik im vergangenen Jahr hat sich gelohnt, sowohl was das materielle Ergebnis betrifft, als auch bezüglich der Erfahrungen die wir als Organisation gemacht haben. Ich sage das bewusst, trotz der ½ Stunde Mehrarbeit bei den Kommunen, im Länderbereich durchschnittlich 0,83 Std. mehr. Das Entscheidende - die 40 bzw. 41 Stunden konnten verhindert werden. Es ist zwar kein Schultersieg, aber ein 2:1 Sieg und das entspricht durchaus dem Kräfteverhältnis. Außerdem wurden organisatorische und strukturelle Schwächen deutlich und dies ist für künftige Auseinandersetzungen von größter Bedeutung ebenso die Erfahrungen, die die einzelnen KollegInnen gemacht haben (Solidarität, Bedeutung der Gewerkschaft, Vertrauen in die eigene Kraft).

Was oft bezweifelt wurde: das Thema Arbeitszeit war mobilisierungs- und streikfähig. Der Bezirk Stuttgart hatte im Vorfeld eine Kampagne mit den Aktiven wichtiger Streikbetriebe entwickelt und durchgeführt, die 4 Slogans beinhaltete. Kern war die Bedeutung der Arbeitszeit, auch für andere Bereiche:

- 38,5 bleibt - sonst streikt's
 - Damit nicht noch mehr Menschen arbeitslos werden!
 - Damit Arbeitsüberlastung nicht Gesundheit und Familie kaputt macht!
 - Damit die Qualität der öffentlichen Dienstleistung nicht leidet!
 - Damit die Jugend eine Zukunft hat!

Obwohl das Thema Arbeitszeitverkürzung schon länger innerhalb der Gewerkschaften keine Rolle mehr spielte, war es mobilisierungsfähig, vor allem, weil es angesichts von Massenarbeitslosigkeit von gesellschaftlicher Bedeutung ist.

Schwerpunkt war der Streik der kommunalen Beschäftigten, aber es gab eigentlich 2 Streiks, die Länderbeschäftigten waren ja bereits 2¹/₂ Jahre im Streik um einen Tarifvertrag und gegen die Arbeitszeitverlängerung und das gestaltete sich äußerst schwierig bei einem Organisationsgrad von nur ca. 5%. Trotzdem ist es gelungen, auch dort die KollegInnen wieder zu motivieren, sie wurden durch die Masse der kommunalen Beschäftigten gestärkt. Beide Streiks waren eng miteinander verwoben und die gemeinsamen Erfahrungen haben dazu geführt, dass nach dem kommunalen Abschluss die KollegInnen der Länder weitermachten, nach dem Motto: jetzt erst Recht - auch wir wollen einen Abschluss erreichen. Und das ist ganz offensichtlich gelungen. Aber dazu später detaillierter.

Das Thema Erhalt der Arbeitsplätze, gegen weiteren Stellenabbau, war sowohl bei den Streikenden als auch in der Bevölkerung von zentraler Bedeutung. Es gibt also ein soziales Verantwortungsgefühl auch für künftige Generationen.

Nach mehreren Wochen Streik wurde auch deutlich, dass dies keine normale Tarifaussensetzung mehr war sondern, dass es da um Grundlegendes ging, dass dies eine politische Dimension hatte.

Die Arbeitgeber wollten lieber keinen Tarifvertrag als einen, in dem sie ihre Forderungen, ihr Diktat nicht durchsetzen konnten. Es ging um die Stellung von ver.di, von Gewerkschaften im Lande überhaupt. Dies trug wesentlich zur Politisierung der KollegInnen bei.

Es ist weiterhin gelungen neue Bereiche mit einzubeziehen neben den traditionellen Streikbetrieben wie Müllabfuhr und Stadtreinigung z. B. die Erzieherinnen der Kita's, Beschäftigte der städtischen Altersheime, städtische Ämter etc.

Eine große Schwäche war, dass die Verkehrs- und Versorgungsbetriebe noch unter der Alt-ÖTV in eigene Spartentarifverträge abgespalten wurden. Die Einbeziehung des Verkehrs in den Streik hätte mit Sicherheit zu einem wesentlich schnelleren Streikerfolg geführt. Der Weg in die sog. Spartentarifverträge (in Wirklichkeit sind es ja keine Sparten- sondern Absenkungstarifverträge) schwächt sowohl die Kampfkraft im ÖD als auch in den einzelnen Sparten.

Obwohl der Verkehrsbereich sehr gut organisiert und kampferprobt ist, ist er als Defizitbereich hoch erpressbar (vor allem bei europaweiten Ausschreibungen und Ausgliederungen). Es ist eigentlich im Interesse der Beschäftigten in diesem Bereich wieder in die Tarifverträge des ÖD integriert zu werden. Alleine könnte dieser Bereich eine solche Auseinandersetzung nicht führen. Eine Fortsetzung oder gar Erweiterung der Spartenpolitik von ver.di wäre verheerend.

Es hätte eine Chance gegeben, gewerkschaftsübergreifend mit der IGM gemeinsam zu kämpfen. Dass dies nicht gelang, lag nicht an ver.di, sondern an der IGM, die ganz offensichtlich dieses nicht wollte. Obwohl es klar war, dass seitens der Arbeitgeber eine erfolgreich durchgesetzte Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst auch die KollegInnen in der Privatwirtschaft unter Druck

setzt. Auch ver.di intern ist es leider nicht gelungen, über die Fachbereiche hinweg solidarisch den Kampf zu führen. Das lag weniger an den Hauptamtlichen (zumindest in Stuttgart), als an dem noch fehlenden Bewusstsein, dass die heutigen Kämpfe in der Regel politische Kämpfe sind, die alle betreffen. Es gilt, in ver.di die Diskussion zu führen, ob die Matrixstruktur die für die heutigen Auseinandersetzungen geeignete Struktur ist.

Die Sympathie für den Streik in der Öffentlichkeit blieb im Unterschied zur veröffentlichten Meinung relativ stabil. Dies lag mit Sicherheit daran, wie eingangs erwähnt, dass es gelungen ist, die gesellschaftliche Bedeutung als Kampf gegen weiteren Arbeitsplatzabbau zu vermitteln. Allerdings blieb die praktische Unterstützung der Öffentlichkeit oder auch der sog. sozialen Bewegungen weitgehend aus. Für künftige Auseinandersetzungen müssten im Vorfeld Strukturen (Gruppen, Personen des öffentlichen Lebens) aufgebaut werden, die diesen Teil der Arbeit organisieren. Während des Streikes ist das nicht mehr möglich, da alle gewerkschaftlichen Kräfte so stark in den aktuellen Kampf einbezogen sind, dass das nicht zusätzlich geleistet werden kann. Es gilt aber auch die Frage zu stellen, weshalb die Gruppen und Organisationen der sozialen Bewegungen diesen hochpolitischen und gesellschaftlich bedeutenden Tarifkonflikt so wenig beachtet und praktisch unterstützt haben.

Deutlich machte dieser Streik auch die Schwäche von ver.di in der Fläche. Ist es in den großen Städten recht gut gelungen, den Streik zu organisieren, so muss für künftige Auseinandersetzungen in den kleineren Städten und Landkreisen von ver.di noch vieles getan werden. Gleichzeitig saßen hier im Arbeitgeberlager die größten Hardliner.

Zum Streik selber - unsere Streikerfahrungen!

Der Auftakt in Stuttgart war, kurz nach Kündigung des Tarifvertrages, am 5. Dezember 2005: ein Streiktag mit einer großen Demonstration mit über 10.000 KollegInnen, dies gelang auch Branchenübergreifend (Allianz und Einzelhandel). Im Januar dann die Urabstimmung mit einem sehr guten Ergebnis.

Die Strategie in Stuttgart war die Müllabfuhr als Kern und darum herum die anderen Betriebe und Einrichtungen mit einer flexiblen Streikstrategie je nach Stärke und Organisationsgrad ein Tag, oder mehrere, eine Woche o. ä.

Entscheidend war, dass auf Bezirksebene eine Streikleitung gebildet wurde, in die alle Betriebe ein oder mehrere Delegierte entsandten. Dort wurde mehrmals die Woche immer die Situation und das weitere Vorgehen diskutiert. Bei den täglichen Streikversammlungen im Gewerkschaftshaus wurde das Ergebnis zur Diskussion gestellt. Hier wurde auch die Bedeutung von Gewerkschaftshäusern deutlich und für viele KollegInnen erfahrbar. Diese gemeinsamen Streikversammlungen waren für die Streikkultur von entscheidender Bedeutung. Sowohl die gemeinsame demokratische Diskussion und Beschlussfassung von mehreren hundert bis zu mehreren tausend KollegInnen als auch die meist anschließende Diskussion der KollegInnen aus den einzelnen Betrieben. Dort wurde gemeinsam eingeschätzt und neue Aktionsformen entwickelt. Gemeinsames malen von Transparenten, Infostände, verteilen von Bürgerinfo's, kulturelle Beiträge etc. organisiert. Es gab jede Woche mindestens eine gemeinsame Demonstration mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten.

Als die Stadt nach 3 oder 4 Wochen dann Private Müllentsorgungsunternehmen als Streikbrecher bei der Müllabfuhr holte, wurde sehr schnell die Müllverbrennungsanlage blockiert als Ergebnis einer gemeinsamen Diskussion mit dem Tenor, das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Die Privaten mussten unverrichteter Dinge wieder abziehen, der Müll zwischengelagert werden. Das war ein großer Erfolg und blieb so auch bei den KollegInnen im Bewusstsein haften, für die Stadt war es eine Niederlage, sie konnte auch keine einstweilige Verfügung erzielen.

Trotz des Erfolgs führte der Einsatz der Privaten zu einer Verunsicherung bei verschiedenen KollegInnen der Müllabfuhr, vor allem aber bei den Betriebsräten. In der Streikleitung wurde dann beschlossen, dass der Streik fortgeführt wird, aber auch, dass wir unsere KollegInnen von der Müllabfuhr im unbefristeten Streik nicht alleine lassen dürfen. Im Ergebnis streikten dann nahezu alle Arbeiterbereiche flexibel mit und bei den anderen Einrichtungen wurde ebenfalls die flexible Streiktaktik weiterentwickelt, dass immer verschiedene Bereiche die KollegInnen der Müllabfuhr mit begleiteten.

Der Streik war ein reiner Abwehrkampf, aber weitergehende Forderungen hätten sicher nicht zu einem anderen Ergebnis beigetragen, das wurde auch im Vorfeld in der Streikleitung diskutiert und mehrheitlich verworfen. Aber künftig müssen wir wieder mit eigenen Forderungen in Auseinandersetzungen gehen.

Die erheblich schwächer organisierten Beschäftigten der Länder befanden sich im Bereich der Sonderzahlungen und der Arbeitszeit bereits seit zweieinhalb Jahren im tariflosen Zustand. In Baden-Württemberg wurden seit dieser Zeit alle Beschäftigten mit 41 Wochenstunden, gestrichenem Urlaubsgeld und abgesenktem Weihnachtsgeld eingestellt. Die Zahl der so schlechter gestellten KollegInnen bewegte sich auf ca. 25 % der Beschäftigten zu. Die Arbeitgeber agierten unter dem Motto

„entweder ihr akzeptiert ein Tarifdiktat zu unseren Bedingungen oder wir machen euch vor, dass es auch ohne Tarifverträge geht“. Der bayrische Ministerpräsident Stoiber hatte offen gesagt, dass so die Arbeitgeber der Länder eine Vorbildfunktion für die private Wirtschaft einnehmen wollen. Trotz einem flächendeckenden Organisationsgrad von lediglich 5 % und einem schwierigen Umfeld regte sich gegen diese Politik Widerstand. Während der ganzen zweieinhalbjährigen Phase des tariflosen Zustandes gab es in unregelmäßigen Abständen Warnstreiks oder sogar Mehrtagesstreiks. Träger dieses Streiks waren in erster Linie die Beschäftigten des Staatstheaters, des Statistischen Landesamtes, der Universitäten, der Staatlichen Münze und später der Wilhelma. Auch die Beschäftigten des Zentrums für Psychiatrie in Winnenden wurden zu einem wichtigen Streikbetrieb. Es gab jedoch auch kleinere Gruppen verschiedener Ämter und Einrichtungen, die immer wieder bei den Streikaktionen mitmachten. Diese sog. Nadelstichtaktik hatte sich langsam aber sicher erschöpft. Zunächst schien es, als ob „die Luft raus“ wäre. Nach über 2 Jahren, mit zahlreichen durchaus auch bunten und ideenreichen Aktionen ohne Erfolg, waren die Beschäftigten nicht mehr zu motivieren. Dies hing auch damit zusammen, dass die Medien keinerlei Notiz von unseren Aktivitäten mehr nahmen. Als dann die Streiks im kommunalen Bereich begannen war die Stimmung die, „jetzt müssen wir dabei sein, wir haben Unterstützung und sind nicht mehr alleine“. Bei der Uni hatten wir zunächst die Einschätzung, wir begleiten den kommunalen Streik mit einzelnen Aktionstagen, da wir selber kaum ökonomischen Druck ausüben können. Im Nachhinein muss gesagt werden, diese Einschätzung war falsch, auch im Uni-Bereich – im Länderbereich – kann Druck aufgebaut werden.

Als dann der kommunale Abschluss kam, gab es eine kurze Phase des „was soll jetzt aus uns werden“, dann aber überwog die Meinung, jetzt erst recht, auch wir wollen wieder einen Tarifvertrag und auf der Streikversammlung wurde der unbefristete Erzwingungsstreik beschlossen. In dieser Phase gab es dann erstaunliche Entwicklungen. Und auch hier muss man sagen, die täglichen Streikversammlungen mit der demokratischen Diskussion waren ein ganz wichtiges Element. Es war zwar auch an der Uni Stuttgart nur eine Minderheit, die streikte, aber mit viel Phantasie, Elan und Schwung. Es kamen Elemente des zivilen Ungehorsams hinzu wie das Überschreiten der Bannmeile, um mit dem Finanzminister zu diskutieren und die Unterschriften zu übergeben. Aktives „Straßenqueren“, was größere Verkehrs-Staus verursachte. Wir gingen beim SWR vorbei und diskutierten mit den Journalisten über unsere mangelnde Medienpräsenz. Öffentlichkeitsarbeit in eigener Sache mit Mahnwachen, Unterschriftensammlungen, Infoständen. Es gab gemeinsame Aktionen mit Kolleginnen bei der Uni Tübingen, und wir fuhren nach Saarbrücken zur gemeinsamen Demo mit KollegInnen aus anderen Bundesländern.

Bei der Einweihung des neuen Daimler Museums stellten wir die inhaltliche Verbindung zu politischen Entscheidungen her – kein Geld in den öffentlichen Kassen durch einseitige Steuergeschenke zu Gunsten der großen Konzerne.

Hier wurde deutlich wie nervös bei solchen politischen Aktionen die Staatsgewalt zugunsten des größten Konzerns reagiert. Zahlreiche KollegInnen lernte man im Streik ganz neu kennen, sie wurden offensiver und bei den Aktionen kreativ und engagiert.

Es gilt diese gemeinsamen Erfahrungen bei kommenden Auseinandersetzungen zu nutzen.



➤ **Telekom-Streik 2007**

Daniel Behruzi - Redakteur der Tageszeitung junge Welt und aktiv im Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di

Es ist gut, dass der Arbeitsausschuss das Thema Telekom noch kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt hat. Diese Auseinandersetzung und insbesondere ihr Ergebnis sind von enormer Bedeutung für andere Branchen und Belegschaften.

Zum ersten Mal ist es einem Konzern in diesem Ausmaß gelungen, durch Ausgliederungen bestehende Tarifverträge auszuhebeln – und das in einer gewerkschaftlich hervorragend organisierten Belegschaft. Dieses Vorgehen wird zum Modell werden bei Post, Bahn und in anderen Unternehmen.

Diese Gefahr haben auch die ver.di-Funktionäre während des Streiks immer wieder hervorgehoben. Der Kollege Günther hat in seinem Referat über den Arbeitskampf im Öffentlichen Dienst gesagt, die politische Dimension des Angriffs sei nicht erkannt worden. Ich weiß nicht, ob das für den Öffentlichen Dienst tatsächlich gilt, im Falle der Telekom aber wurde sie zumindest den Worten nach erkannt – nur gehandelt wurde nicht entsprechend.

Die Telekom hat sich im Ergebnis fast vollständig durchgesetzt. Der vom Management anvisierte Korridor von 500 bis 900 Millionen Euro Personalkostenreduzierung pro Jahr wird bis 2010 erreicht. Für die Gewerkschaft ist dies eine eindeutige Niederlage – auch wenn die ver.di-Spitze jetzt versucht, das Resultat schönzurechnen. Und in diesem Fall hat das nichts damit zu tun, dass man auch Teilerfolge würdigen muss, wie das in einer vorangegangenen Diskussion auf diesem Kongress gesagt wurde. Hier wird „Scheiße als Gold verkauft“, und auch das hat in diesem Konflikt eine neue Qualität gewonnen.

Das Hochjubeln schlechter Ergebnisse kennen wir zwar schon von TVÖD und ERA, die die ver.di- bzw. IG-Metall-Spitze als „Jahrhundertreformen“ preist, obwohl sie für eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen teils drastische Einkommensverluste zur Folge haben. Wenn ver.di-Verhandlungsführer Lothar Schröder aber für die rund 50.000 ausgegliederten Telekom-Beschäftigten erklärt, der Lohn werde „geradeaus laufen“, ist das schon eine neue Qualität an Dreistigkeit.

Fakt ist, dass eine Kürzung der Löhne und Gehälter um 6,5 Prozent vereinbart wurde, auch wenn diese in den ersten 18 Monaten zu 100, in den folgenden zwölf Monaten zu 66 und danach für ein Jahr zu 33 Prozent ausgeglichen werden. Das heißt: Ver.di muss ab 2009 jährliche Tarifierhöhungen von 2,2 Prozent durchsetzen, damit die absolute Lohnsumme gleich bleibt – was bei der derzeitigen Stimmung in der Belegschaft keineswegs sicher ist. Aber selbst wenn dies gelingt, sind Reallohnverluste über Jahre hinaus vorprogrammiert.

Hinzu kommt die Ausweitung der variablen Entgeltbestandteile von sieben auf 15 bis 20 Prozent. Perspektivisch ist nur die Auszahlung der Hälfte dieses Betrags garantiert. Das heißt: Zusätzliche vier bis 6,5 Prozent der Einkommen sind nicht gesichert. Weiteres Element der Einigung ist die unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit um vier Wochenstunden, was einem Lohnanteil von 11,76 Prozent entspricht. Man muss allerdings auch zugeben – ob uns Linken das gefällt oder nicht –, dass die Arbeitszeitverlängerung in der Wahrnehmung eines Großteils der Kolleginnen und Kollegen das geringste Problem war. Andere Elemente wie der Samstag als Regelarbeitstag sind ebenfalls Teil des Vertrags.

Auf der Haben-Seite steht lediglich der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis Ende 2012 – was gegenüber dem vorangegangenen Angebot des Telekom-Vorstands nur ein Jahr Unterschied ausmacht – und der Ausschluss eines Verkaufs der ausgelagerten Bereiche bis 2010. Die Telekom-Manager haben sicher nicht rein zufällig auf einen solch kurzen Zeitraum bestanden.

Trotz des katastrophalen Ergebnisses haben diesem in der Urabstimmung 72,6 Prozent der ver.di-Mitglieder zugestimmt. Ich halte das aber keinesfalls für ein Zeichen der Zufriedenheit, sondern eher für eines der Resignation. Die Kolleginnen und Kollegen hatten nicht das Gefühl, den Streik ohne und gegen den Gewerkschaftsapparat erfolgreich fortsetzen zu können.

Grund für das Urabstimmungsergebnis ist zum einen die Tatsache, dass die ver.di-Spitze alle Register gezogen hat, um ein entsprechendes Resultat zu erreichen. Die Urabstimmung fand entgegen üblicher Praktiken erst eine Woche nach Verkündung des Kompromisses statt. Der Streik wurde schon Tage vorher „ausgesetzt“, wodurch man Fakten geschaffen hat. Hinzu kam die Panikmache, was geschehen würde, sollte die Belegschaft die Vereinbarung ablehnen. Dann sei man „Verkaufsobjekt“, Kündigungen seien nicht ausgeschlossen. Im Gegensatz zu vorangegangenen Äußerungen behaupteten die ver.di-Verantwortlichen, man könne in den ausgelagerten Gesellschaften ohnehin nicht weiterstreiken.

Zum anderen zeigt die Entwicklung die geringe Erfahrung und eine gewisse Hilflosigkeit der Streikenden. Auch während des Ausstands war es nicht die Art der „Selbstermächtigung“, wie sie auf diesem Kongress aus Frankreich aber auch vom Arbeitskampf im Öffentlichen Dienst Baden-Württembergs berichtet wurde. Nur in ganz wenigen Fällen haben die Streikenden auch ohne die Unterstützung der hauptamtlichen Funktionäre Aktionen durchgeführt. Bei einer Versammlung in Berlin, auf der das Tarifergebnis „erklärt“ wurde, herrschte trotz großer Wut betretenes Schweigen, als der Landesfachbereichsleiter argumentierte, warum man nicht mit Nein stimmen dürfe. Eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen brachte zwar ihre Wut zum Ausdruck, die Argumente des ver.di-Funktionärs wurden aber nicht widerlegt. Hier fehlte das koordinierte und vorbereitete Eingreifen kritischer AktivistInnen, die entsprechende Gegenargumente hätten liefern können.

Welche Schlussfolgerungen müssen wir als linke Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus diesen Erfahrungen ziehen? Ich möchte hier vier Punkte nennen, die mir wichtig erscheinen.

1.) Zum einen müssen wir die Frage der undemokratischen oder nur formal demokratischen Methoden thematisieren. Jakob Schäfer aus Wiesbaden hat in einer der vorangegangenen Diskussionen darauf hingewiesen, dass die Tariffkommission innerhalb weniger Stunden über einen 70seitigen Tarifvertrag entscheiden sollte. Ähnliches und noch schlimmeres kennen wir ja bereits aus den Entscheidungsprozessen über den TVÖD. Auch hier hatte die Bundestariffkommission ein Vertragswerk beschlossen, das sie gar nicht vollständig kannte.

2.) Die zweite Frage, die wir diskutieren sollten, ist die des Umgangs mit Ausgliederungen. Die ver.di-Spitze hat von Beginn an argumentiert: „Das ist eine Unternehmensentscheidung, da können wir nichts machen und deshalb beschränken wir uns auf die Forderung nach einer sozialverträglichen Abfederung.“ Will man das in Frage stellen, muss man letztlich die private Verfügungsgewalt und das private Eigentum in Frage stellen. Bei einem ehemaligen Staatsunternehmen wie der Telekom dürfte es sogar leichter sein, solche Punkte aufzuwerfen, als in mach anderen Fällen. Die Gewerkschaftsspitze hat jedoch nicht einmal die Mehrheitsbeteiligung des Bundes und das Verhalten der SPD-Politiker im Aufsichtsrat – die die Entscheidung hätten verhindern können – offensiv thematisiert.

Selbstverständlich ist es möglich, Unternehmensentscheidungen zu verhindern – wenn die Beschäftigten genug Kraft entwickeln. Diese Diskussion müssen wir führen. Das gilt noch mehr für Betriebsschließungen wie BSH. Wenn wir hier das Privateigentum und die Verfügungsgewalt des Unternehmers über die Werke akzeptieren, haben wir von vornherein verloren und kämpfen nur noch um „Sozialtarifverträge“ zur Abfederung. Bei der Telekom hat eine Minderheit tatsächlich gegen die Ausgliederung an sich gekämpft. Die meisten hatten der juristischen Argumentation, dagegen dürfe man nicht streiken, allerdings nichts entgegensetzen und haben sie übernommen.

3.) Um diesen Kampf zu gewinnen, wäre die Ausweitung auf andere Bereiche notwendig gewesen. Zeitgleich mit dem Streik bei T-Com war (und ist) T-Systems mit dem Verkauf an Finanzinvestoren bedroht. Ein gemeinsamer Streik aller Konzernsparten wäre rechtlich durchaus möglich gewesen, zum Beispiel durch die Kündigung einzelner Tarifregelungen wie bei der VTS oder die Forderung nach einem konzernweiten Tarifvertrag. Das Urteil zur Rechtmäßigkeit von Solidaritätsstreiks wurde ja erst nach Abbruch des Ausstands bekannt. Eine Ausweitung auf alle Teile des Konzerns hätte den Druck noch einmal deutlich gesteigert. Ganz abgesehen von gemeinsamen Aktionen mit anderen Belegschaften. So fand der gemeinsame Aktionstag mit den Druckern erst kurz vor deren Tarifabschluss statt. Und auch zu den Warnstreiks der IG Metall wurden so gut wie keine Verbindungen hergestellt, obwohl den Metallern durchaus bewusst war, welche weitreichende Bedeutung der Telekom-Konflikt hatte – das kam bei den Warnstreiks immer wieder zur Sprache.

4.) Der vierte Punkt betrifft die Einbeziehung der BeamtInnen, die zu keinem Zeitpunkt ernsthaft versucht wurde. Bei einer Belegschaft, die zur Hälfte aus BeamtInnen besteht, ist das natürlich ein Problem. Diese KollegInnen wurden nicht einmal offensiv zum „Dienst nach Vorschrift“ aufgerufen. Dabei gibt es in einem privaten Unternehmen wie der Telekom schon mal überhaupt keine Rechtfertigung mehr für den Entzug des Streikrechts. In den 1980ern hat ein Gewerkschaftstag der DPG mal beschlossen, dass das Streikrecht der BeamtInnen in der Praxis durchgesetzt werden müsse. In diesem Arbeitskampf hätten wenigstens Schritte in diese Richtung gemacht werden müssen.

Insgesamt müssen wir bilanzieren, dass sich die ver.di-Spitze durch und durch legalistisch verhalten hat, während die Gegenseite so ziemlich jedes Gesetz gebrochen hat. So wurden Streikende abgemahnt, die „Notdienste“ – die keine waren – ablehnten. LeiharbeiterInnen wurden gesetzeswidrig zum Streikbruch eingesetzt. In Kassel wurden gar drei Beschäftigte von Zeitarbeitsfirmen entlassen, weil sie sich weigerten, Streikbrecherarbeiten auszuführen.

Zum Schluss zur Rolle der Gewerkschaftslinken. In Berlin, wo sich seit einigen Monaten wieder ein Kreis linker Gewerkschafter regelmäßig trifft, haben wir das recht kritisch bilanziert. Wir haben – das kann ich zumindest für Berlin sagen – keine Rolle als organisierte Kraft gespielt. Es sind zwar einzelne KollegInnen von uns zu den Aktionen hingegangen und die KollegInnen der Magentat habe einige guter Flugblätter herausgebracht. Aber als Gewerkschaftlinke insgesamt haben wir nicht eingegriffen. Dabei hätte das gerade bei den oben erwähnten Fragen eine wichtige Rolle spielen können.

Deshalb sollten wir die Diskussion nicht nur über die Einschätzung des Abschlusses führen, sondern auch darüber, welche Rolle wir als Gewerkschaftslinken bei derartigen Auseinandersetzungen in Zukunft spielen können und wollen.

➤ **Streik bei Bosch-Siemens-Hausgeräte /
Berlin Spandau 2006**
Andreas Hesse - Redakteur der BSH-Streikzeitung

Der Vortrag über den Streik bei BSH wurde frei gehalten und nicht mitgeschnitten. Der wesentliche Inhalt des Referats deckt sich mit dem Schlussartikel der BSH-Dokumentation, den wir deshalb in den Reader aufgenommen haben. Zu beziehen ist die Streikdokumentation über mail:

utopiarossa@nickname.berlin.de

Was bleibt?

Arbeitsplätze und nicht nur Abfindung

Die Beschäftigten der Berliner Wäschefabrik Bosch Siemens Hausgeräte haben neue Maßstäbe gesetzt. Ihr Kampf für den Erhalt des Standorts hat gezeigt, dass eine entschlossene Belegschaft durchaus in der Lage sein kann, Schließungspläne auch namhafter Konzerne und Unternehmen zu stoppen. Zweimal trat die BSH GmbH und ihre Gesellschafter Bosch und Siemens an, um die Berliner Fabrik zu schließen. Das erste Mal 2005 musste das Management die Schließungspläne in den Schubläden verschwinden lassen, weil ein Streik für die Unternehmensseite wirtschaftlich und politisch nicht durchzuhalten gewesen wäre. 2006 konnten sie erneut ihren Schließungsplan in einem Akt nicht durchsetzen. Sie verwirklichte aber „Plan B“ und schlossen einen Kompromiss, dessen Inhalt die Mehrheit der Arbeitnehmer als „faul“ und „Schließung auf Raten“ ablehnten. Trotz der Enttäuschung der Arbeitnehmer der Fabrik bleibt festzuhalten: Diese Belegschaft schaffte es erstmals, dass als Ergebnis einer Auseinandersetzung um einen Tarifsozialplan am Ende nicht allein Schließung, Massenentlassungen und höhere Abfindungen standen. Erstmals wurden Teile einer Fabrik und die Hälfte aller Arbeitsplätze – jedenfalls zunächst – gerettet. Insofern haben die Arbeiter und Angestellten der BSH-Fabrik – aufbauend auf den Erfahrungen ihrer Kollegen bei Otis, Heidelberger Druck, Infineon, AEG-Nürnberg und CNH – in der Tat für andere Belegschaften aufgezeigt, wie man Arbeitsplätze gegen einen Schließungsbeschluss erfolgreich verteidigen kann.

Frustration und Enttäuschung

Während die maßgeblichen Gewerkschaftsfunktionäre der IG Metall das Ergebnis als wichtigen Erfolg ansehen, war ein großer Teil der Arbeitnehmer des Betriebes mehr als unzufrieden. Die Unzufriedenheit speiste sich aus vielen Quellen. Den 200 Arbeitnehmern, die mittels Kündigungsdrohung zu Aufhebungsverträgen gezwungen wurden, den Arbeitsplatz zu räumen, wird man nicht verdenken können, dass sie schwer verstehen können, warum der von der IG-Metall-Bezirksleitung ausgehandelte Kompromiss gut sein soll. Gleiches gilt für die Angestellten der Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, die zum großen Teil nicht mitkämpften. Zum Dank sollten sie eine Arbeitszeiterhöhung um 5 Stunden ohne Lohnausgleich und den teilweisen Wegfall von Leistungszulagen akzeptieren. Aber auch die 370 BSH'ler, deren Arbeitsplatz verteidigt werden konnte, wissen, dass dies nicht von Dauer ist. Denn über eins sind sich alle ernsthaften Beobachter einig: Geschieht nicht etwas unvorhergesehenes, so wird der Standort nach Auslaufen der Beschäftigungssicherung 2010 abgewickelt. Für viele der noch im Werk befindlichen Beschäftigten bedeutet dies, dass auch ihr Lohn in den nächsten Jahren abgesenkt wird, mit der Gewissheit 2010/2011 geht es in Arbeitslosigkeit und Hartz IV: Fünf Jahre älter und noch schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt – ein Loch der Ungewissheit, Perspektivlosigkeit und möglicher sozialer Verelendung. Kein Wunder, dass sich von den Beteiligten niemand wirklich freut und viele sauer sind. Kein Wunder auch, dass zwei Drittel aller Streikenden in der Urabstimmung gegen das vorgelegte Ergebnis der IG-Metall-Bezirksleitung stimmten. Kein Wunder, dass alle das Zelt verließen als der Bezirksleiter versuchte, das Ergebnis schön zu reden. Auch das Drittel der Streikenden, die für das Ergebnis stimmten, war nicht wirklich davon überzeugt. Sie taten es zu meist, weil es keine genügend starke Kraft gab, die ihnen nicht nur in Worten, sondern in Taten eine ernstzunehmende Alternative zum Handeln der IG-Metall Verantwortlichen aufzeigen konnte.

Ein erfolgreiches Rezept – bis es gestoppt wurde

In verschiedener Hinsicht bedienten sich die Arbeitnehmer neuer Mittel und Methoden. Schon die Zutaten des Rezeptes waren teilweise neu, jedenfalls aber deren Mischung und Kombination: Der Rückgriff auf das Mittel des Streiks zur Verteidigung von Arbeitsplätzen, juristisch möglich durch die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte zum Tarifsozialplan. Die Durchführung einer drei Wochen andauernden Betriebsversammlung als Sammlungs- und Bestimmungsort, Ouvertüre und Generalprobe



zum nachfolgenden, vierwöchigen Streik. Die Verhinderung des Abtransports von Maschinen zur Aufrechterhaltung der während des Streiks nach Nauen ausgelagerten Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Die Kontrolle der Werkstore und des Fabrikgeländes und die damit verbundene zeitweise Aushebelung der Autorität der Werksführung. Der Streik selbst, der Marsch zur Konzernzentrale nach München und die Drohung, die Zentrale von BSH zu besetzen. Schließlich, dass der „Marsch der Solidarität“ nicht isoliert durchgeführt, sondern durch Kundgebungen, Belegschaftsversammlungen und Demos gespickt wurde mit und bei ebenfalls von Arbeitsplatzabbau bedrohten Belegschaften.

Bemerkenswert an all diesen Initiativen: Keine stammte von den IG-Metall-Offiziellen. Alle kamen von unten und wurden von der betrieblichen Führung um den Vertrauenskörperleiter des Betriebes Hüseyin Akyurt und dem Betriebsratsvorsitzenden Güngör Demirci wohlwollend aufgegriffen, popularisiert und organisiert. Der Vorschlag zum Streik für einen Tarifsozialplan wurde erstmals auf einer Klausurtagung in den Reihen des Betriebsrats diskutiert. Die Idee einer länger währenden Betriebsversammlung war im Betriebsrat bereits da. Die Initiative, der zunächst täglichen, später wöchentlichen, bis zum Beginn des Streiks verlängerten, Betriebsversammlung fand ihre Nahrung und ihre Kraft in den Sozialecken der kämpferischen Teile der Belegschaft. Die Idee des Marsches nach München wurde von einem türkischen Kollegen eingebracht, der sich an den Marsch der Bergarbeiter von Zonguldak nach Ankara 1985 erinnerte. Die Anreicherung des Marsches durch Besuche anderer großer Betriebe und von Arbeitsplatzabbau bedrohter Standorte und die Drohung vor laufenden Kameras, die BSH Zentrale zu besetzen, war ebenfalls eine Eigenkreation des Kreises um Hüseyin Akyurt und Güngör Demirci.

Entscheidend sind jedoch nicht die Ideengeber, sondern der Druck der bewussten Teile der international gemischten, vor allem türkischen, polnischen, vietnamesischen, afrikanischen und deutschen Arbeitnehmerschaft, die nach solchen Vorschlägen dürsteten, sie herausforderten und provozierten. Und die, wenn ihre Vorstellungen von den eigenen Führern verstanden, aufgegriffen und formuliert waren, nicht mehr locker ließen, sondern hartnäckig deren Umsetzung verlangten.

Der Mut einer Belegschaft voranzugehen

Die Explosivität des Gemisches war jedem klar, der – gleich auf welcher Seite – aktiv an der Auseinandersetzung beteiligt war. Sie fand nur eine Zuspitzung als klar wurde, dass Siemens ihre Arbeitnehmer an BenQ verkauft hatte, um sie loszuwerden und abzuwickeln. Die gleichzeitige Ankündigung des damaligen Siemens-Vorstandsvorsitzenden Kleinfeld, die Gehälter der Manager um 30% zu erhöhen, verschärfte die Lage weiter. Die Herrschaften waren von der Steigerung der Aktienkurse so berauscht, dass ihnen wohl gar nicht klar war, dass sie nunmehr Piri-Piri und Tabasco in die ohnehin versalzene Suppe warfen.

Dass die allgemeine Stimmung im Land für die BSH-Kollegen sprach und dass der Marsch das Potential von hunderttausenden Teilnehmer hätte haben können, wurde von Güngör Demirci ausdrücklich auf der Betriebsversammlung ausgesprochen. Drohende Entlassungen, soziale Unsicherheit und der forcierte Abbau sozialer Rechte führte zu breiter Sympathie für eine Belegschaft, die aufstand und behauptete nicht nur für sich, sondern für alle in Deutschland bedrohten Belegschaften kämpfen zu wollen und alle anderen zum mitkämpfen aufforderte. So berichteten BSH-Kollegen, die mit ihren Bussen in andere Städte fuhren und Flugblätter verteilten, wie schnell die Unsicherheit dieser ungewohnten Tätigkeit der Gewissheit wich, das richtige zu tun und es sogar schaffen zu können, weil man auf den Zuspruch der Menschen auf den Straßen und in den Betrieben traf. Viele Arbeitnehmer warteten auf ein solches Signal und waren erfreut, dass es eine Belegschaft sich zutraute voranzugehen. Die besuchten Belegschaften – Stahlwerk Eisenhüttenstadt, AEG-Nürnberg, Miele-Bielefeld, BenQ Kamp-Lintfurt – dankten es mit Versammlungen, Solidaritäts- und Unterstützungszusagen und dem Versprechen, eigene Busse zur Abschlusskundgebung nach München zu schicken.

Die bislang längste Betriebsversammlung in Deutschland

Keiner wusste es zuvor, aber es wurde von Tag zu Tag klarer: Das Guinness Buch der Rekorde könnte einen neuen eigentümlichen Eintrag vertragen – die wohl bis heute längste Betriebsversammlung einer Belegschaft in Deutschland. Aber sie war nicht nur lang; sie war auch inhalts- und erfahrungsreich. Sie bildete ein Forum der Information, der Diskussion und der Organisation der Solidarität mit dem eigenen Anliegen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Mehrere hundert Arbeitnehmer sollen entlassen, eine Fabrik geschlossen werden. Kann man dieses Ereignis und die daraus resultierenden Probleme tatsächlich in wenigen Stunden, an einem Tag abhandeln? Wohl kaum. Die Belegschaft von ABB-Mannheim brauchte deshalb eine Woche. Die BSH Kollegen stellten fest, dass dies nicht genug sein dürfte.

Es braucht Zeit, darüber zu sprechen, ob es tatsächlich sinnvoll und notwendig ist, einen schwarze Zahlen schreibenden Standort zu schließen, nur weil man in Polen oder China noch größere Gewinne machen könnte. Es braucht Zeit, wenn der Wirtschaftsberater des Betriebsrats die schwerverständliche Logik des Unternehmens erklärt, das für 5 Millionen Euro mehr Gewinn im Jahr den Standort dicht zu machen und hunderte Menschen in Arbeitslosigkeit schicken will. Alternative Szenarien, auch die aus Sicht des Betriebsrats, wollen ebenfalls zu Sprache kommen. Sie sollen nicht nur von der Belegschaft, sondern auch von den Besuchern der Betriebsversammlung gehört und verstanden werden, die durch ihre Anwesenheit die Belegschaft stärken: Der CDU Bürgermeister von Spandau, die SPD Abgeordnete des Spandauer Wahlkreises, der Regierende Bürgermeister von Berlin, sein Wirtschaftssenator usw.

Neben den wirtschaftlichen müssen auch rechtliche Aspekte geklärt werden. Was ist ein Interessenausgleich, was ein Sozialplan? Warum wird solange verhandelt und worüber? Gibt es Fortschritte in den Verhandlungen? Wann dürfen Kündigungen ausgesprochen werden und mit welchen Fristen? Was ist eine Beschäftigungsgesellschaft und bringt sie was? Welche Nachteile haben Aufhebungsverträge, kann ich dann immer noch klagen? Steht mir eine Abfindung zu und wie hoch kann sie sein? Krieg ich eine Sperrfrist, wenn ich einen dreiseitigen Vertrag mit der Beschäftigungsgesellschaft und dem Unternehmen abschließe? Was bleibt von meiner Abfindung, wenn sie versteuert wurde?

So traten regelmäßig der Betriebsratsvorsitzende, der VK-Leiter, der Rechtsberater und der Wirtschaftsberater des Betriebsrats und viele Referenten auf, um all diese Fragen zu beantworten. Dabei wurde klar: Wenn man all diese Fragen seriös beantworten will, so dass sie auch verstanden werden, braucht man Zeit. Genau genommen dürften zweieinhalb Wochen fast etwas knapp bemessen sein. Jedenfalls hörten sich die Arbeiter und Angestellten geduldig und interessiert alles an und warfen neue Fragen auf oder wollten es noch etwas genauer wissen. Sie wiesen auch manchen darauf hin, dass er sich noch nicht so ganz verständlich ausgedrückt habe.

Je näher der Streik rückte, desto mehr drehten sich die behandelten Themen um den Streik. Kann man die Abfindung verlieren, wenn man streikt? Ist der Streik wirklich rechtmäßig? Wer darf streiken, nur Gewerkschaftsmitglieder oder alle? Sind wir während des Streiks versichert? Welche Forderung haben andere Belegschaften aufgestellt? Können auch wir drei Brutto-Monatsentgelte Abfindung für jedes Beschäftigungsjahr verlangen? Und wie ist es mit einer Beschäftigungsgesellschaft, die 24 Monate und nicht nur ein Jahr dauert? Kann man auch 100% Lohn für die Beschäftigungsgesellschaft fordern? Können auch wir verlängerte Kündigungsfristen, z.B. zwei oder drei Monate pro Beschäftigungsjahr fordern, wie dies die Arbeitnehmer von Heidelberger Druck in Kiel gemacht haben?

Die Gastfreundschaft der BSH-Belegschaft

Schließlich war auch vielen Gästen der Betriebsversammlung, Zeit einzuräumen, um das Wort an die Belegschaft zu richten: Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit kam früh und durfte, weil er richtig kämpferisch redete schon nach einer halben Stunde wieder gehen. Oskar Lafontaine nahm sich mehr Zeit über die Notwendigkeit der Zulassung eines politischen Generalstreiks in Deutschland so wie in Frankreich zu sprechen, aber auch über Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik. Um Zeit zu sparen, luden wir die Fraktionsvorsitzenden aller Parteien im Abgeordnetenhaus Berlin zu einer Podiumsdiskussion ein. Alle Parteien schickten jemanden und waren auch nicht überrascht, dass die Belegschaft gerade in Wahlkampfzeit nicht nur Worte, sondern Taten und Druck auf das BSH-Management wünschten. Mit Ausnahme der FDP gab es eine fraktionsübergreifende Resolution und die Zusage, dass einige Promis beim „Marsch der Solidarität“ mitgehen würden.

Mindestens genauso beeindruckend und wichtig waren die Delegationen aus anderen Betrieben Berlins: Da kamen mit Streikwesten und Plakaten die Kolleginnen und Kollegen der Charité, des größten Krankenhauses der Hauptstadt. Es kamen Betriebsratsmitglieder von BMW-Spandau, Otis Berlin, Osram-Spandau etc. Schließlich sahen wir auch Filme: Über den Streik bei AEG-Nürnberg, über die Auseinandersetzung bei Infineon in München und über die Arbeiter bei Continental in Mexiko, die nach dreijährigen Streik und Besetzung des Reifenwerks, das deutsche Unternehmen zur Übergabe der Fabrik und zur Wiedereröffnung zwang.

Die Gewissheit, dass mehr drin gewesen wäre

Was einen wohl am unzufriedensten macht, ist die Gewissheit, dass mehr drin gewesen wäre. Die Entscheidungsträger der IG Metall haben gegen unseren Willen den Streik und den Marsch abgebrochen. Die IG Metall Bezirksleitung rechtfertigte diesen Akt mit der Begründung, dass der Druck auf den Gegner vor der Kundgebung in München am größten gewesen sei, weil BSH diese Kundgebung unbedingt verhindern wollte. Deshalb sei dieser Zeitpunkt der beste zum Abschluss gewesen. Zu mehr als in diesem Kompromiss zugestanden, hätte man das Management auch zu einem späteren Zeitpunkt nicht bewegen können.

Die von der betrieblichen Leitung der Belegschaft nur als vorläufiger Höhepunkt der Auseinandersetzung auserkorene Kundgebung in München sollte nach Vorstellung der IG-Metall der Endpunkt der Bewegung sein, zu der es gar nicht mehr kommen durfte, weil man sein Pulver verschossen hätte. Für BSH käme danach nur noch die Schließung in Betracht. Eine ähnliche Argumentation hatte bereits die Berliner IG-Metall Verwaltungsstelle eingenommen, um den betrieblichen Entscheidungsträgern den Streik selbst und den Marsch nach München auszureden. Wenn es zum Streik käme, stände nur noch die Schließung auf der Tagesordnung, so die eindringlich und bedrohend vorgetragene Argumentation. Der nachfolgende Streik und dessen Ausgang widerlegten die Behauptung. Über die Argumentation, dass die Kundgebung das stärkste und letzte Druckmittel gegenüber BSH sei, wollte sich die IG-Metall Bezirksleitung nicht einmal einer Diskussion stellen.

Zu praktischen Schritten durfte es erst Recht nicht kommen. Wo kommen wir auch hin, wenn Arbeiter unterschiedlicher Standorte von Siemens, BSH, BenQ, SBS und auch von den „Konkurrenten“ AEG und Miele vor einer der Siemens-Zentralen gemeinsam gegen Arbeitsplatzabbau protestieren? Wo kommen wir hin, wenn Arbeiter auch noch diese Zentrale besetzen und in der Tagesschau davon Bilder gezeigt werden, während zur gleichen Zeit über die Erhöhung von Managergehältern und etwas später über Korruption, Bestechung und Verhaftung von zwei Siemens-Vorständen berichtet wird? Wo kommt die Gewerkschaftsbewegung hin, wenn die Idee aufgegriffen wird, dass jeder Beschäftigte bei BSH, SBS, BenQ und allen anderen Siemens-Standorten eine Aktie kaufen solle und alle zu einer machtvollen Demonstration zur Siemens-Hauptversammlung am 25. Januar 2007 nach München kommen, um Einlass und Rederecht zu begehren. Den Funktionären saß die Angst im Nacken. Das sind sie nicht gewohnt. Das stört ihre normalen Routinen. Das ist „out of control“.

Die Begründungslast, warum ausgerechnet der Tag vor München der beste Zeitpunkt zum Abschluss gewesen sein soll, verbleibt bei der IG-Metall-Bezirksleitung. Die Geduld, die Kraft, die Fantasie der Kolleginnen und Kollegen von BSH und aller, die diese aktiv unterstützten war auf jeden Fall da. Und die Zeit reif.

➤ **Freudenberg Bausysteme KG in Weinheim:**
Nach erfolgreicher Blockadeaktion soll der Betrieb nun wieder verkauft werden!
Helmut Schmitt - Stellv. BR-Vorsitzender der Freudenberg Bausysteme KG, Vorsitzender der Ortsgruppe Weinheim der IG BCE

Mit ihrer mit offenem Ende durchgeführten Betriebsversammlung ab dem 18. Januar 2007 und mit der 10-stündigen Blockade aller Tore des Industrieparks Freudenberg am 19. Januar 2007, haben die Beschäftigten der Freudenberg Bausysteme mit der Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen der anderen Freudenbergbetriebe in Weinheim erreicht, dass der beabsichtigte Verkauf des Betriebes an einen direkten Konkurrenten buchstäblich in letzter Minute verhindert worden ist.

Die Beschäftigten hatten und haben den berechtigten Grund zur Annahme, dass durch den Verkauf an einen direkten Konkurrenten, das Verkaufsgeschäft der Bausysteme KG nicht mehr zu gewährleisten gewesen wäre.

Dies hätte nicht nur die Arbeitsplätze von ca. 1000 Beschäftigten der Bausysteme KG, davon weit über 800 in Weinheim, unmittelbar gefährdet.

Dies hätte auch die Infrastruktur des gesamten Industrieparks Freudenberg in Mitleidenschaft gezogen und dadurch weitere Arbeitsplätze, über die Bausysteme hinaus, gekostet.

Dazu kam eine äußerst destruktive Informationspolitik der Freudenberg-Konzernleitung, durch welche sich die Belegschaft im wahrsten Sinne des Wortes „verarscht“ vorkommen musste.

Die Blockade hatte damit zwei Ziele:

1. Die Sicherung der Arbeitsplätze durch den sofortigen Stopp der Verkaufsgespräche mit dem Konkurrenten und
2. die Konzernleitung Freudenberg nachhaltig spüren lassen, dass sich die FBS-Belegschaft nicht an der Nase herumführen lässt.

Beide Ziele wurden erreicht!

In der fortgeführten Betriebsversammlung am 22. Januar hatte die Freudenberg-Konzernleitung der Belegschaft der Bausysteme KG schriftlich zugesichert, dass alle Verkaufsgespräche beendet worden sind.

Gleichzeitig hat sie schriftlich zugesichert, dass bei zukünftigen Verkaufsgesprächen die Berücksichtigung des strategischen Geschäftsinteresses der Bausysteme KG über die zukünftige

Einbeziehung der Geschäftsleitung der FBS KG gewährleistet werde. Außerdem werden, auch das wurde schriftlich zugesichert, die Belegschaft, der Betriebsrat und der Konzernbetriebsrat, zukünftig über die geplanten Verkaufsabsichten frühzeitig und ausführlich informiert.

Die Belegschaftsforderungen nach Arbeitsplatzsicherheit, Weiterführung der Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen und Sozialleistungen, sollen ebenfalls berücksichtigt werden.

Der Betriebsrat erhalte vor einem möglichen Verkauf die Gelegenheit, den potenziellen Erwerber und seine Zukunftsstrategie bezügl. der Bausysteme KG kennen zu lernen und einzuschätzen.

Der Verkauf geht weiter!

Vor einigen Wochen hat die Konzernleitung Belegschaft und Betriebsrat darüber informiert, dass sie nun wieder in einen neuen Verkaufsprozess einsteigen will, unter Einhaltung der gemachten Zusagen.

Da das Bodenbelagsgeschäft nicht mehr zum Kerngeschäft Freudenberg's gehöre, sei dies eine aus ihrer Sicht notwendige Entscheidung, um die Zukunftsfähigkeit der Bausysteme KG langfristig zu sichern. Bausysteme brauchen einen Investor, der langfristig und zielgerichtet das Geschäft ausbaue und die dafür notwendigen Investitionen tätige. Dies sei bei Freudenberg so nicht mehr gewährleistet.

Wenn Freudenberg die Produktion von Fußbodenbelägen, trotz einer sehr guten Ergebnissituation nicht mehr zum Kerngeschäft des Konzerns zählt, dann muss man das kritisieren und verurteilen, aber verbieten kann man das nicht.

Entscheidend ist jetzt vor allem:

- In welcher Form nimmt die Belegschaft und der Betriebsrat Einfluss auf den geplanten Verkauf und die zukünftige Geschäftspolitik der Bausysteme KG, ob mit oder ohne Freudenberg-Konzern?

- Gelingt es der Belegschaft und dem Betriebsrat die bisherigen Standards bei den Arbeitsbedingungen und den Sozialleistungen nachhaltig zu sichern, bzw. zu verbessern?

Die Chance dafür, den Einfluss der Belegschaft zukünftig verstärken zu können, dafür wurden mit den Aktionen im Januar entscheidende Voraussetzungen geschaffen.

An wen und ob überhaupt verkauft werden kann, ist nicht mehr nur allein von der Absicht der Konzernleitung oder den Eigentümern abhängig!

Die Bausysteme Belegschaft hat durchgesetzt, dass man den geplanten Verkauf nicht mehr gegen sie, über ihre Köpfe und Interessen hinweg, einfach so durchführen kann!

Es wurde durchgesetzt, dass die Interessen der Belegschaft bei den Plänen der Konzernleitung zukünftig mit einbezogen werden müssen!

Sollte dies alles ganz anders laufen, sollte die Konzernleitung Freudenberg den Fehler wiederholen und die Interessen der Belegschaft abermals mit Füßen treten, dann ist klar, was passieren wird. Dann wird das, was im Januar gelaufen ist, sich wieder wiederholen. Die Belegschaft der Bausysteme KG hat registriert, dass eine Belegschaft, die sich einigt, sich auch wirkungsvoll wehren kann. Und das weiß auch die Konzernleitung!

Nicht zu vergessen ist auch: Die Auseinandersetzung ist in der Öffentlichkeit wahrgenommen worden. Jeder potenzielle Käufer wird es sich dreimal überlegen, ob er die Bausysteme KG mitsamt dieser rebellischen Belegschaft kauft. Die Auseinandersetzung im Januar hat damit wichtige Fakten gesetzt, die einen willkürlichen Verkauf absolut erschwert.

Jetzt gilt es, die gestärkte Position der Belegschaft auch im neuen Verkaufsprozess einzubringen.

Die Konzernleitung wurde völlig überrascht! Sie wollte den Verkauf egal wie durchziehen und hat nicht mit diesem Widerstand gerechnet, jedenfalls nicht in dieser Form und mit diesem Engagement und auch nicht mit der Solidarität der Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Freudenbergbetrieben.

Die betriebsübergreifende Solidarität und weil sich fast die gesamte Belegschaft der Bausysteme, einschließlich der Angestellten an der Blockade beteiligt haben, hat bewirkt, dass die Konzernleitung einlenken musste.

Mitentscheidend war aber auch, dass die Betriebsrats- und Gewerkschaftsgremien konstruktiv zusammengearbeitet haben und sich nicht haben auseinanderdividieren lassen.

Im Gegensatz zu den Managern der Freudenbergkonzernleitung haben die Kolleginnen und Kollegen bei Freudenberg und besonders bei der Bausysteme KG, mit ihren Aktionen am 18. und 19. Januar, Verantwortung und Zivilcourage gezeigt, für die Zukunft der Bausysteme, für die Erhaltung der Arbeitsplätze, nicht nur für sich selbst sondern auch für die Stadt Weinheim und die Gesamtgesellschaft.

Sie haben vor allem auch beispielhaft gehandelt. Mit ihren Aktionen im Januar haben sie nicht nur bewiesen, dass auch in Zeiten des Neoliberalismus betrieblicher Widerstand machbar, sondern auch erfolgreich machbar ist.

Solche Kämpfe von Belegschaften gegen Unternehmerwillkür weisen hin auf neue Perspektiven gewerkschaftlichen Handelns. Sie zeigen auf, dass man den Angriffen von Kapital und Regierung nicht einfach nur hilflos ausgeliefert ist, sondern dass man sich erfolgreich wehren kann.

Die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen, die rigorose Zerstörung der Sozialsysteme, die Zerstörung unserer Umwelt als Ergebnis dieses profitorientierten Wirtschaftssystems, das alles verlangt betriebsübergreifende und gesellschaftliche Gegenwehr aller Betroffenen.

Die Gewerkschaften sind die Organisationen der Opfer dieses Systems. Ihre Aufgabe besteht darin, diese Gegenwehr zu fördern, zu unterstützen und selbst zu organisieren, gemeinsam mit anderen Gruppen und Initiativen.

Dies setzt allerdings voraus, dass sie sich aus der Abhängigkeit der SPD und ihrer Politik lösen und parteiunabhängig ausschließlich gewerkschaftspolitische Ziele verfolgen.

Nur im Wissen und Vertrauen auf unsere eigene Kraft und mit dem Willen dies auch umzusetzen, können wir die Lähmung überwinden und die heutigen und zukünftigen Herausforderungen meistern.

4.) Französisch kämpfen lernen

Willi Hajek – Mitarbeiter im TIE-Bildungswerk, Buchautor

Überall, auf den Straßen, in den Betrieben, in den linken Zeitungen und in den gewerkschaftskritischen Flugblättern, aber auch in den Parteietagen der Linkspartei und aus dem Munde von Oskar Lafontaine hören und lesen wir – *wir müssen französisch lernen* – was ist damit gemeint, welcher Geist, welche Vorstellung steht hinter diesem Satz:

Im rebellischen Bewusstsein der alltäglichen Auseinandersetzung am Arbeitsplatz, im Betrieb, aber auch bei den Demonstrationen gegen die Hartz-Gesetze verbindet sich oft mit diesem Satz die Aufforderung:

Wir müssen alle zusammen auf die Strasse gehen und Aktionsformen und soziale Fantasie entwickeln, die auch wirklich Wirkung zeigen und die kapitalistische Alltags-Produktionsmaschine blockieren so wie es in Frankreich passiert.

Nicht von ungefähr hatten auch die Opel–Arbeiter im sechstägigen wilden Streik im Oktober 2004 so ein Gefühl, endlich mal französisch anfangen zu reden mit dem Kapital. Auch die Daimler-Kollegen trugen ja auch 1996 bei den Aktionen gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall selbstgemalte Transparente mit der Aufschrift „ lieber französische Verhältnisse als amerikanische Zustände“. Rundum, dieser Satz drückt nichts anderes aus als den Wunsch, das Begehren nach mutiger kollektiver Selbstermächtigung, in dem jeder einzelne auch wirklich zum Akteur wird.

Die politische Linke und auch viele aus der Gewerkschaftslinken schauen immer ganz fasziniert nach Frankreich und Italien und bewundern die dortigen Generalstreiks. In Italien sind ja teilweise selbst die Basisgewerkschaften in der Lage, einen Generalstreik auszurufen. Viele dieser Generalstreiks sind aber oft auch sogenannte demonstrative Streiks, mit genau von oben festgelegten Streikzeiten und Streikabläufen. Sie dienen zumeist auch in den Ländern nur dazu, die Verhandlungsmacht der jeweiligen gewerkschaftlichen Repräsentanten zu stärken. Aber entscheidend für das wirkliche **französisch lernen** ist doch gerade die Frage „ **wie entsteht eine wirklich tiefgehende gesellschaftliche Streikdynamik, die getragen durch große Teile der Arbeiterklasse auch tiefe Auswirkungen in und auf die gesamte Gesellschaft hat.**“ Genau das prägt nämlich auch unsere Vorstellung vom französisch lernen:

Der letzte große Ausbruch einer solchen sozialen Dynamik war die mehrwöchige Streikbewegung Ende 1995 gegen die Verschlechterung der bestehenden Rentengesetze für die lohnabhängige Bevölkerung. Getragen wurde dieser Streik vor allem von den Eisenbahnern, die für drei Wochen den gesamten Schienenverkehr lahm legten und in einigen Regionen zum Zentrum einer wirklichen Massenstreikbewegung wurden, die breite Teile der Bevölkerung erfasste und ihren Alltag veränderte. Sie wurden einbezogen in diese Bewegung. Städte und Regionen wie Toulouse, Marseille und Paris gehörten dazu. Aber die Region um Rouen, einem Schwerpunkt der Chemie- und Autoindustrie und ein Eisenbahn- und Transportknotenpunkt machte am Deutlichsten diese soziale Dynamik einer wirklich die Massen ergreifenden Streikbewegung sichtbar.

I. Was passierte da?

Die Eisenbahner blockierten den gesamten Schienenverkehr, riefen alle gesellschaftlichen Bereiche - von den Schulen bis zu den Chemiewerkern - zu täglichen Streikversammlungen in die große Reparatur-Werkhalle am Bahnhof in Sotteville. Um 11 Uhr ertönten die Sirenen. Auf diesen Versammlungen wurde die Lage diskutiert, Aktionen beschlossen und die Fortsetzung des Streiks entschieden. Klar war, dass Verlauf und Entwicklung der Streikbewegung nicht von den Gewerkschafts-Zentralen entschieden wurden, sondern auf den Versammlungen. Die Dynamik einer solchen Bewegung veränderte das soziale Klima sowohl in Städten und Regionen wie in Rouen, aber auch in ganz Frankreich. Das Linksvolk, die aufbegehrenden Teile der Lohnabhängigen machten ganz neue solidarische Erfahrungen, Trennungen zwischen den Sektoren wurden wieder einmal aufgebrochen und die Bourgeoisie wie auch Teile der besitzenden Klasse bekamen es mit der Angst zu tun.

Die Streikbewegung, die Entstehung eines solidarischen gesellschaftlichen Klimas schufen gerade auch die Voraussetzungen für die *sans-papiers* – die Einwanderer ohne Papiere-Bewegung wie auch für die Bewegung der Arbeitslosen. Nur auf diesem Hintergrund kann auch verstanden werden, dass die Papierlosen von den Eisenbahnern ihre Gewerkschaftslokale als Schutzraum vor Polizeiübergriffen zur Verfügung gestellt bekamen.

All das bewirkte eine solche Massenstreikdynamik.

Genau diese Bewegung und ihr tiefer basisbezogener Charakter hatten auch seine Auswirkungen auf die GewerkschafterInnen weltweit, von Stuttgart bis Seoul. In Seoul demonstrierten die EisenbahnerInnen damals mit der Parole „ wir wollen alle Franzosen werden“.

II: Wollen wir französisch lernen, dann gilt es auch die wichtigsten Begriffe und Parolen aufzunehmen, die diesen französischen Geist ausmachen:

1. was wir für uns wollen, wollen wir für alle

Diese Parole ging aus von den streikenden Eisenbahnern, die während des Streiks alle ihre Ziele erreicht hatten. Die Regierung machte ihnen Zugeständnisse, um sie aus der Streikfront heraus zu brechen. Sie antworteten aber genau mit diesem Satz: Wir wollen gleiche Bedingungen für alle, nicht nur für uns. Sie setzten den Streik fort.

2. **Das egalitäre Empfinden**, das Eintreten für gleiche Rechte, das zur Verfügung stellen der Gewerkschaftslokale für die verfolgten und bedrohten „ sans papiers“ Migranten, die direkte Mitarbeit an den Unterstützungskomitees für Arbeitslose und rechtlose Migranten.

3. **greve reconductible** – ein neuer Ausdruck für Formen des Streiks, die von unten, in den Betrieben und Streikversammlungen entschieden werden. Selbst Chirac hat im letzten Jahr bei einer Fernsehansprache ausdrücklich betont, dass er die Legitimität dieser Streikform akzeptiert.

4. **Der Generationenkampf von jung und alt** wie beim Kampf der CPE-Bewegung gegen den Ersteinstellungsvertrag. Auch hier haben wir im Mittelpunkt der Solidarität das solidarisch-egalitäre Empfinden nach gleichen Bedingungen, nach der Verteidigung der sozialen Errungenschaften auch für die Jungen. Gleichzeitig aber auch die volle Unterstützung für unterschiedlichste Kampfformen, um den kapitalistischen Alltag zu blockieren / Schienenbesetzung – Autobahnblockaden usw./.

5. **Die allgemeine Empörung über die Rentabilität um jeden Preis.** Ein Buch wie der „Terror der Ökonomie“ wird sehr viel gelesen und die Ablehnung der menschenfeindlichen Kapitalökonomie ist sehr tief in der Gesellschaft verankert. Es gibt eine Radikalisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

6. Die Infragestellung der etablierten Repräsentationen – Parlament und Parteien, aber auch Teile der Gewerkschaften - und die **Förderung demokratischer Prozesse von unten**, der Autonomie und selbständigen Bewegungen – die Zunahme des allgemeinen Ungehorsams und der Radikalität der Aktionen und Streiks.

III: französisch lernen ist kein Bildungskonzept,

sondern ein Konzept des Entdeckens, des Wahrnehmens, des Blicks auf und in die Gesellschaft, in der die Betrachter selbst Teil sind – und des Aufgreifens von Initiativen, der Organisierung von Unterstützung, der Herstellung von Öffentlichkeit aus dem Innern des Motors - der kapitalistischen Lohnarbeit - und der Entfaltung solidarischer Gesellschaftlichkeit.

Nehmen wir das Beispiel der Ärztestreiks in der BRD – kaum ist es uns gelungen, in den verschiedensten Bereichen und Gewerkschaften diese Streikbewegung populär zu machen als wichtiger Teil unseres Alltagslebens – denn die Ärzte wie auch das Krankenhauspersonal kämpften nicht nur für ihre Arbeitsbedingungen, sondern auch für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung für jede/n von uns.

Genau dieser Gedanke des „tous ensemble – alle zusammen“ zu entwickeln in den sozialen Teilbewegungen ist eine der wichtigsten Inhalte des französisch Lernens.

Und kommen wir mit diesem **französischen Blick** zurück in unsere Gesellschaft.

Betrachten wir Vorgänge hier – nehmen wir Aktionen wie die Altenpflegerin in Berlin bei Vivantes, die aktiv wurde und die menschenunwürdigen Verhältnisse in ihrem Pflegeheim öffentlich machte, die alle angehen. Sie wurde fristlos entlassen. Wie schwer war es, Solidarität zu gewinnen für diese Frau und doch hätte diese mutige Aktion der Ausgangspunkt für eine breite Solidarisierung werden können, um die Verhältnisse in diesem Bereich sichtbar zu machen und Wege zu überlegen, wie diese würdelosen Zustände abgeschafft werden können.

Nehmen wir Erwin Bixler – wer kennt ihn von Euch? Kaum einer - Riester kennen alle, aber Erwin war ein wirklicher ungehorsamer Beamten-gewerkschafter, der sich engagierte in der Agentur für Arbeit für das tous ensemble, für das solidarische gesellschaftliche Handeln und die Aufdeckung von gefälschten Statistiken und Berichten aus dieser Behörde. Auch er fand wenig Unterstützung, ganz anders seine französische Kollegin Fabienne Brutus, die praktisch dieselben Schweinereien aufdeckte, sogar ein Buch über die Vorgänge in der dortigen Agentur für Arbeit schrieb und breit von Gewerkschaftsgruppen und Soli-Komitees unterstützt wurde bis hin zu einem landesweiten Streik aller Arbeitsamtsbeschäftigten.

Genauso auch der Betriebsrat bei der Berliner Bank, der die gemeinsamen Schulungen von Betriebsrat und Management öffentlich machte, wie Leute fertiggemacht werden sollten bis zur freiwilligen Selbstaufgabe und Kündigung.

Er gehörte auch zu einer Gruppe von BetriebskollegInnen, die sich zusammengeschlossen hatten, um gewerkschaftlich – solidarisch zu handeln. Er störte die etablierten Kreise, auch die der ver.di-Betriebsfunktionäre, die gleichzeitig Vorzugsaktien bekommen hatten. Es war schwer, auch unter den etablierten und noch nicht etablierten politischen Linken gehört zu werden, Solidarität nach seiner fristlosen Entlassung zu organisieren: Die kritischen KollegInnen hatten sich als freies ungebundenes basisgewerkschaftliches Netzwerk organisiert und passten deshalb nicht in bestimmte organisationspolitische Vorstellungen.

Aber dennoch es ist gelungen, er hat vor dem Bundesarbeitsgericht Recht bekommen und ist heute wieder im Betrieb.

Genauso auch die S-Bahner in Berlin, die ganz unberührt von der politischen-gewerkschaftlichen Linken mit dem engen deutschen Blick ebenfalls eigene Wege gehen und unabhängig von gewerkschaftlicher Zugehörigkeit oder auch Nicht-Zugehörigkeit, ihre eigenen transparenten demokratischen Praktiken entwickeln.

Und nehmen wir die selbständige Aktion der TW-Kollegen in Krefeld, die durch ihre spontane Verweigerung der alltäglichen Lohnarbeit die Rücknahme der Kündigung ihrer 10 KollegInnen erzwungen haben.

Das ist der französische Lernprozess in der BRD-Gesellschaft. Ich denke mir, dass der sich anbahnende Konflikt bei der Bahn vielleicht auch einige neue Erfahrungen und Lernprozesse für uns alle bringen wird.

Zum französisch lernen gehört nämlich der wache Blick, das Ablegen jeder engen organisations- und anderen politischen Voreingenommenheit, das Interesse, gesellschaftliche Selbsttätigkeit zu fördern und vor allem das solidarisch-kooperative Handeln hervorzuheben und das egalitäre Bedürfnis zuwecken.

IV: Französisch lernen heißt also gerade, die Selbstaktivität und die kollektive Selbstermächtigung in allen Bereichen zu fördern, zu entdecken, die soziale Fantasie und das solidarisch-gesellschaftliche Moment miteinzubeziehen, das tous ensemble, den gemeinsamen gesellschaftlichen Anspruch zu formulieren.

Französisch lernen heißt aber auch totalitäres Denken und Handeln offen anzugreifen und zu benennen:

wenn im Daimler-Werk in Marienfelde in Berlin, Vertrauensleute und alternative Betriebsräte die Unzufriedenheit vieler durch ERA herabgestuften Kollegen aufgreifen, Unterschriften organisieren, den wütenden Kollegen Mut machen, offen sich zu äußern und diese von etablierten Betriebsräten bekämpft werden mit dem Argument – *sie sind Spalter – wer den Tarifvertrag angreift, der greift die IG-Metall an* - dann ist dies genau der deutsche Geist, der totalitäre Geist, der Einheit sagt und damit meint: entweder ihr akzeptiert Kontrolle und Unterordnung, oder ihr seid Abweichler und Spalter und habt nichts in dieser Gewerkschaft zu suchen.

Die Lohnabhängigen, die Gesellschaftsindividuen in ihren betrieblichen und sozialen Zusammenhängen werden sich mehr und mehr Gruppen und Kreise selbst aufbauen, in denen sie sich frei entfalten können und auch offen und egalitär sich gegenseitig respektieren gegen jede Form von bürokratischer Bevormundung.

Ist nicht die Zusammenarbeit des Unterstützerkomitees bei Gate Gourmet ein solch gutes Beispiel und in Berlin ist so etwas auch im Entstehen in der Unterstützung der Mercedes Kollegen von Daimler.

Französisch lernen heißt auch egalitäres Empfinden durch praktisches Beispiel fördern, bekannt machen, öffentlich unterstützen - egalitär heißt, wenn Opel-Arbeiter Stimmung machen gegen Hartz IV, genauso aber auch wenn Arbeitsamtsmitarbeiter in der taz aus dem Innern der Arbeitsämter berichten und die würdelosen Praktiken und Machtfülle vieler Sachbearbeiter benennen, wenn Gewerkschaften dieses Handeln unterstützen.

Französisch lernen heißt aber grenzenlos zu werden und zu begreifen, dass gerade der Kampf um soziale Würde einschließt den Kampf gegen jegliche Form von Lohnabhängigkeit, von Subalternität – von Unterordnung, wie es Rudolf Bahro in seiner Alternative einmal ausgedrückt hat, gegen das Privateigentum und für eine kooperative und selbstbestimmte Gesellschaftlichkeit und die Möglichkeit zu diesem Erfahrungslernen liegt in den kleinen wie großen Ausbruchsmomenten aus der kapitalistischen Alltags-Normale, nicht nur im Betrieb!

Das ist der Geist von 68, das ist der Geist von 95 und das ist der Geist meines Vortrags zum französisch lernen.

5.) Rosa Luxemburg: Massenstreiks, Partei und Gewerkschaften

Theodor Bergmann, Autor und Herausgeber von vielen Büchern zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung

Marxistische
Studiertexte
Buchhandlung CLU
Bestellung über:
www.sperandio.net
Neuaufgabe 2007
des Originaltextes
von 1906
Preis: 5 Euro



Die Debatte um den Streik

Die Erinnerung an Rosa Luxemburgs Beiträge zu den Debatten um den Streik als Kampfmittel der Werktätigen passt gut zu unserer Konferenz, die sich kritisch und selbstkritisch mit der Lage der Gewerkschaften und den Aufgaben der Gewerkschaftslinken befasst. Unsere Tagung findet gerade jetzt statt auch zur Erinnerung an den 7. Internationalen Sozialistenkongress, auf dem Rosa Luxemburg eine sehr aktive Rolle gespielt hat und auf dem die Beziehungen zwischen den politischen Parteien (der Arbeiter) und den Gewerkschaften den 2. Tagungspunkt bildeten. Luxemburg hat sich nicht nur in ihrer ausführlichsten Arbeit zu Gewerkschaftsfragen (Massenstreik, Partei und Gewerkschaften) mit diesem und anderen Problemen des täglichen Klassenkampfes befasst, sondern auch in zahlreichen weiteren Beiträgen. Sie war eine aufmerksame Beobachterin des Klassenkampfes und seiner häufigsten Form, dem Streik in den Ländern Europas und analysierte ihre Bedeutung, um den Arbeitenden die Gründe für Siege und Niederlagen zu erklären.

Zuerst werde ich den historischen Kontext beschreiben, in dem die Arbeit von Rosa Luxemburg zu sehen ist, sodann den Inhalt ihres Essays darstellen. Danach wird das Verhältnis zwischen freien Gewerkschaften und Arbeiterparteien angesprochen. Zum Schluss werde ich die Frage zu beantworten versuchen, inwieweit die Massenstreik-Broschüre heute noch und für unsere Verhältnisse aktuell ist.

Rosa Luxemburg war im Dezember 1905 aus Deutschland nach Warschau gegangen, das damals noch zum Zarenreich gehörte, um an der Russischen Revolution teilzunehmen. Im März 1906 wurde sie in Warschau verhaftet. Nach Hinterlegung einer Kautions wurde sie entlassen und konnte nach Finnland fliehen. Dort schrieb sie die Arbeit über Massenstreik, über die jetzt zu reden ist. Auf dem Mannheimer Parteitag der SPD (23.-29.9.1906) nahm sie wieder zu dieser Frage Stellung. Soviel zur Vorgeschichte. Die Massenstreikbroschüre schildert einleitend sehr detailliert die vielen Streiks in allen Regionen des großen Zarenreiches am Beginn des 20. Jahrhunderts und analysiert dann die Faktoren, die gleichzeitig im ganzen Lande wirkten, die letzten Anlässe, die das Fass überlaufen ließen und – ganz ohne Direktive von irgendeinem Oben – die Massen in Bewegung brachten. Ein wichtiger Anlass war die von dem Popen Gapon, der einen gelben Arbeiterverein führte und zarentreu war, am 22. Januar 1905 organisierte Bittprozession zum Zaren, um die Wiedereinstellung zweier Arbeiter der großen Rüstungsfabrik Putilow-Werke, die Mitglieder der staatstreuen Subatowschen Gewerkschaft waren. Die kaiserlichen Truppen veranstalteten ein Blutbad unter den friedlichen unbewaffneten Demonstranten,

sodass dieser Tag zum „blutigen Sonntag“ wurde. Aus den folgenden Streiks, die trotz noch schwacher gewerkschaftlicher Organisationen überall aufflackerten, entwickelte sich der bewaffnete Kampf – vor allem in St. Petersburg und Moskau, in dem die SDAPR allmählich die politische Richtung vorgeben konnte. (Die Revolution von 1905/1906 war Vorspiel und Vorübung für die erfolgreiche Oktoberrevolution von 1917.)

Erster Tagesordnungspunkt auf dem Mannheimer SPD-Parteitag nach den Regularien war die Massenstreikdebatte. August Bebel und Carl Legien, die Führer der SDAP und der freien Gewerkschaften hielten die einleitenden Referate; Rosa Luxemburg entgegnete ihnen. Die Frage kam in den folgenden Jahren immer wieder auf, z.B. anlässlich der Kampagne um ein demokratisches Wahlrecht und war Debattengegenstand auch auf dem Januar Parteitag der SPD 1911.

Rosa Luxemburg, wichtigste Sprecherin der sich allmählich formierenden marxistischen Strömung in der Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg, befasste sich immer wieder mit den Problemen der freien Gewerkschaften aus zwei Gründen. Einmal sind die Gewerkschaften die wichtigsten und mitgliederstärksten potentiell demokratischen Organisationen der Werktätigen. Zum anderen setzte sich in ihrer wachsenden Bürokratie zuerst der Reformismus durch, der sich dann mit dem rechten Flügel der SPD zu gemeinsamer Aktivität verbündete.

Nun zum Inhalt der Massenstreikbroschüre. Luxemburg beginnt mit einer genauen kenntnisreichen Darstellung der großen Streikbewegung von 1905, die von Arbeitern und Arbeiterinnen der Metall- und Textilindustrie und Eisenbahnern ausging, die vermutlich auch die Nachrichten von den Streiks aus den Metropolen in die weite Provinz trugen:

„Die Januar und die Februar Generalstreiks brachen ... als einheitliche revolutionäre Aktion unter der Leitung der Sozialdemokratie aus.“ (RL, S. 425)

Später kam dazu die Niederlage im russisch-japanischen Krieg und die Meutereien der Matrosen in Odessa (Panzerkreuzer Potemkin) und St. Petersburg.

Die Revolution von 1905/1906 kann noch nicht den Zarismus stürzen, aber die Massenstreiks sind die Schulen des Klassenbewusstseins, das für den späteren Sieg in der Revolution unerlässlich ist. Rosa Luxemburg sagt darüber:

„In der Tat: Was konnte der Generalstreik im Januar (1905) weiter erreichen? Nur völlige Gedankenlosigkeit durfte eine Vernichtung des Absolutismus auf einen Schlag durch einen einzigen ausdauernden Generalstreik nach dem anarchistischen Schema erwarten. Der Absolutismus muss in Russland durch das Proletariat gestürzt werden. Aber das Proletariat bedarf dazu eines hohen Grades der politischen Schulung, des Klassenbewusstseins und der Organisation. Alle diese Bedingungen vermag es sich nicht aus Broschüren und Flugblättern, sondern bloß aus der lebendigen politischen Schule, aus dem Kampf und im Kampf, in dem fortschreitenden Verlauf der Revolution anzueignen.“ (S.427)

Klassenbewusstsein entsteht also in einem sozialen Prozess: in der Fabrik, beim Streik, bei der Demonstration lernen die Lohnabhängigen Solidarität und Klassenbewusstsein. Haben sie aber eine Führung, die auf lange Zeit Kämpfe verhindert, wird dieses wieder latent, wie Luxemburg erklärt.

Die Angst der Bourgeoisie vor einer Revolution führt zu politischen Konzessionen und ökonomischen Verbesserungen für die Kämpfenden, also nicht nur mehr Klassenbewusstsein, sondern eine Verbesserung des Lebensstandards und der Arbeitsbedingungen. Aber: Diese Konzessionen sind nicht auf Dauer gesichert. Im Abschwung der proletarischen Bewegung nimmt die Bourgeoisie die Konzessionen zurück:

„Voller Widersprüche und Kontraste bringt die Revolution zugleich überraschende ökonomische Siege und brutalste Racheakte des Kapitals: heute den Achtstundentag, morgen Massenaussperrungen und nackten Hunger für Hunderttausende. Das Kostbarste, weil bleibende, bei diesem scharfen revolutionären Auf und Ab der Welle ist ihr geistiger Niederschlag: das sprungweise, intellektuelle, kulturelle Wachstum des Proletariats, das eine unverbrüchliche Gewähr für sein weiteres unaufhaltsames Fortschreiten im wirtschaftlichen wie im politischen Kampf bietet.“ (S. 431)

Und aus dem Massenstreik wurden Gewerkschaften geboren und verstärkt. Aber dieser Streik lässt sich nicht in gewerkschaftlichen Statuten und Regeln darstellen und „planen“; er bedarf jedoch der politischen Richtung und Ausrichtung. Daher analysiert Luxemburg das Bewegungsgesetz, „den inneren Mechanismus, ... der auf der unaufhörlichen Wechselwirkung des politischen und ökonomischen Kampfes beruht.“ (S. 442)

„Der Massenstreik, wie ihn uns die russische Revolution zeigt, ist eine so wandelbare Erscheinung, dass er alle Phasen des politischen und ökonomischen Kampfes, alle Stadien und Momente der Revolution in sich spiegelt, seine Anwendbarkeit und seine Wirkungskraft, seine

Entstehungsmomente ändern sich fortwährend. Er eröffnet plötzlich neue, weite Perspektiven der Revolution, wo sie bereits in einen Engpass geraten schien, und er versagt, wo man auf ihn mit voller Sicherheit glaubt rechnen zu können. Er flutet bald wie eine breite Meereswoge über das ganze Reich, bald zerteilt er sich in ein Riesennetz dünner Ströme; bald sprudelt er aus dem Untergrunde wie ein frischer Quell, bald versickert er ganz im Boden..." (S. 437)

Luxemburg beschreibt dann den engen Zusammenhang zwischen politischem und wirtschaftlichem Kampf.

„Die Trennung zwischen dem politischen und ökonomischen Kampf und die Verselbstständigung beider ist nichts als ein künstliches, wenn auch geschichtlich bedingtes Produkt der parlamentarischen Periode. Einerseits wird hier, bei dem ruhigen, normalen Gang der bürgerlichen Gesellschaft, der ökonomische Kampf zersplittert, in eine Vielheit einzelner Kämpfe in jeder Unternehmung, in jedem Produktionszweig aufgelöst. Andererseits wird der politische Kampf nicht durch die Masse selbst in einer direkten Aktion geführt, sondern, den Formen des bürgerlichen Staates entsprechend, auf repräsentativem Wege, durch den Druck auf die gesetzgebenden Vertretungen. Sobald eine Periode revolutionärer Kämpfe eintritt, dass heißt, sobald die Masse auf dem Kampfplatz erscheint, fallen sowohl die Zersplitterung des ökonomischen Kampfes wie die indirekte parlamentarische Form des politischen Kampfes weg; in einer revolutionären Massenaktion sind politischer und ökonomischer Kampf eins, und die künstliche Schranke zwischen Gewerkschaft und Sozialdemokratie als zwei getrennte, ganz selbstständige Formen der Arbeiterbewegung wird einfach weggeschwemmt. Was aber in der revolutionären Massenbewegung augenfällig zum Ausdruck kommt, trifft auch für die parlamentarische Periode als wirkliche Sachlage zu. Es gibt nicht zwei verschiedene Klassenkämpfe der Arbeiterklasse, einen ökonomischen und einen politischen, sondern es gibt nur *einen* Klassenkampf, der gleichzeitig auf die Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und auf die Abschaffung der Ausbeutung mitsamt der bürgerlichen Gesellschaft gerichtet ist.“ (Luxemburg, GW 2, S. 155)

Das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft:

Die Debatte um den Massenstreik wird jahrelang offen und scharf geführt – mehr auf den Parteitag der SPD, kaum auf Gewerkschaftskongressen. Allmählich kommt es zu einem formalen Kompromiss, den Karl Kautsky in eine Resolution fasst, die 1906 in Mannheim von ihm wieder zurückgezogen wird, weil sie angeblich durch eine zustimmende Erklärung von Carl Legien gegenstandslos geworden ist.

„Es ist die Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken (d.h. die Gewerkschaften mit dem Sinn Geist des Sozialismus zu erfüllen) und sich bei der gewerkschaftlichen Betätigung an die Beschlüsse des Parteitages gebunden zu fühlen ... Dies ist geboten im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst, denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes.“ (zitiert nach Enderle....., S. 101)

Das wurde gesagt zu einer Zeit, als die Sozialdemokratie sich noch verbal zum Sozialismus als Ziel ihres Kampfes und zur Revolution als dem Weg bekannte. Rosa Luxemburg drückte schon 1906 in Briefen an Clara Zetkin Zweifel an den Worten aus. Aber in der Massenstreikdebatte und in ihrer Broschüre argumentiert sie auf der Basis der offiziellen Stellungnahmen der SPD, deren Apparat jedoch schon weitgehend reformistisch denkt – ähnlich der Mehrheit der Gewerkschaftsführung, zusammengefasst in dem Wort: „Massenstreik ist Massenunsinn“

Luxemburg plädiert nun in ihrer Broschüre mit guten Argumenten für die politische Führung der Arbeiterbewegung durch die Sozialdemokratie und die Nutzung der Streikwaffe auch zur Durchsetzung politischer Forderungen der Arbeiterklasse, z.B. eines demokratischen Wahlrechts oder der Abschaffung der Monarchie – ohne die Mehrheit im Reichstag. Dieser Teil ihrer Broschüre ist im historischen Kontext – einer immerhin noch klassenbewussten und klassenkämpferischen Arbeiterpartei zu sehen; daher ist dieser Teil des Essays nicht mehr aktuell. Das Verhältnis Partei und Gewerkschaft ist gegenwärtig – nach den großen Veränderungen in der politischen Organisation der Arbeiterklasse – ganz anders zu sehen als am Anfang des 20. Jahrhunderts. Darauf ist im gegenwartsbezogenen Teil meines Referats einzugehen.

Vom Reformismus zum Konsensus

Die Gründung der SDAP 1875 in Gotha war eine große kulturelle Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse: Endlich befreite sie sich aus der behütenden Umarmung und Bevormundung mehr oder weniger wohlwollender Kapitalisten, begann ihre Forderungen zu formulieren und für sie zu kämpfen. Die noch embryonalen Gewerkschaften wurden durch die politische Reifung der Werkstätigen wesentlich gefördert. Mit dem Wachstum der beiden wichtigsten Arme der Arbeiterbewegung – dem politischen und dem gewerkschaftlichen – wuchsen die Erfolge in den Wahlkämpfen und in den

Wirtschaftskämpfen – und mit den Erfolgen auch die Apparate und ihr Selbstbewusstsein. 1898 erhob mit Eduard Bernstein der Reformismus seine Stimme; nun galt das Ziel – Sozialismus – nichts mehr, die Bewegung war alles. Da sie aber ziellos war, verkam die Bewegung in einem längeren Prozess. Ich zähle nur die wichtigsten Stationen dieses Prozesses auf.

1914 aktive Unterstützung des imperialistischen Krieges, die zur Spaltung der Partei führt.

1918 Zusammenarbeit mit dem konterrevolutionären Militär gegen die sich radikalisierenden Arbeiter und Soldaten.

1921 Parteitag in Görlitz beschließt ein völlig reformistisches Programm.

1925 Parteitag in Heidelberg – neues Programm, völlig reformistisch, aber noch mit einem verbalen Bekenntnis zum Sozialismus.

1933 widerstandslose Kapitulation bei der Machtübergabe an die NSDAP, dem „legalen“ Staatsstreich.

1945 Zusammenarbeit mit den drei kapitalistischen Besatzungsmächten bei der Rekonsolidierung des Kapitalismus, Antikommunismus und Antisowjetismus.

1959 Godesberger Parteitag: endgültiger, auch verbaler Abschied vom Ziel einer sozialistischen Gesellschaft.

1968-1980 Koalitionsregierung mit CDU, FDP.

1998-2005 Koalitionsregierung mit Bündnis 90/die Grünen, ab 2005 mit der CDU/CSU.

Die SPD akzeptiert Aufrüstung, Militarisierung der Außenpolitik, die „Wiedervereinigung“.

Gerhard Schröder und Tony Blair bilden den Endpunkt des Reformismus, der die Lage der Werktätigen schrittweise im Rahmen des Kapitalismus verbessern wollte; sie forcieren die Antireform, bauen die sozialen Errungenschaften der Gewerkschaften ab, regieren im Interesse der Kapitalistenklasse. Die wichtigste und dominante Partei der Werktätigen wird zur „Volkspartei“ – ein Widerspruch in sich; der „dritte Weg“ erweist sich als Etikettenschwindel, ist schon wieder vergessen.

Auf dem Dresdner Parteitag 1903 erklärte August Bebel: „Ich bin und bleibe ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft.“ Das scheint Jahrtausende zurückzuliegen. Die Führung der SPD betrachtet heute diesen Staat als ihren Staat, sie denkt, spricht und handelt wie anderen bürgerliche Parteien, die sich alle als Volksparteien bezeichnen. Die Sozialstruktur der SPD-Mitgliedschaft hat sich verändert; zu ihr gehören weniger ArbeiterInnen, mehr Angestellte und Beamte im Öffentlichen Dienst. Aber – anders als Gerhard Schröder, der „Genosse der Bosse“ – sind sie nicht in die herrschende Klasse aufgenommen worden; sie gehören zu allen Lohnabhängigen, Rentnern und Erwerbslosen.

Der Sieg des Reformismus in der SPD und die Kriegspolitik mussten dazu führen, dass nach der politischen Spaltung die organisatorische Spaltung folgte – zeitweise gab es drei große Arbeiterparteien – SPD, USPD, KPD. Nach 1921 blieben faktisch zwei große Parteien – SPD und KPD. Diese Veränderung in der politischen Verfassung der Arbeiterbewegung musste auch die politische Ausrichtung der Gewerkschaftsbewegung beeinflussen. Diese muss alle klassenbewussten Lohnabhängigen umfassen, unabhängig von deren Parteizugehörigkeit. Ob Werktätige revolutionär oder reformistisch denken – gegen den Klassegegner haben sie das gleiche Interesse und können es nur gemeinsam verteidigen. Daher wurde auf dem 1. Kongress der freien Gewerkschaften nach dem 1. Weltkrieg (1919 in Nürnberg) beschlossen, dass diese politisch zwischen den Arbeiterparteien Neutralität wahren sollten und dass politische Fraktionen zur innergewerkschaftlichen Demokratie gehören.

So wurden 1919 in einigen Gremien, u.a. im Vorstand des DMV, auf demokratischem Wege linke Funktionäre gewählt; in Stuttgart wurden die Kriegsbefürworter durch kommunistische Kriegsgegner abgelöst. Auf den Gewerkschaftskongressen wurden die Lebensfragen der Arbeiterklasse offen, kontrovers, meist sachlich und tolerant diskutiert. So wurden diese überparteilichen Massenorganisationen zum Ort der geistigen Auseinandersetzung der sozialistischen Strömungen und hätten zu Brücken zwischen ihnen werden können, über die man zu gemeinsamem Handeln z.B. gegen die Bedrohung durch den Faschismus hätte kommen sollen. Die Blindheit und Verbissenheit von SPD- und KPD-Führung hat diese wünschenswerte Entwicklung verhindert, die den Faschismus aufgehalten und besiegt hätte.

In einem Punkt ist Luxemburgs Position überholt. Sie wünscht eine enge Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie, die die politische Führung haben sollte, um dem täglichen Klassenkampf die Richtung zur sozialistischen Gesellschaft zu weisen. Nach dem radikalen Wandel der SPD gilt das Gegenteil: Die Gewerkschaften müssen sich von der „neuen“ SPD völlig trennen, und sie müssen wieder zu den politischen Fragen klare Stellung beziehen. Wir können uns nicht mit den Vertröstungen abfinden, die z.B. den politischen Streik im Prinzip für anwendbar halten, jedoch seine Anwendung gegen Parlamentsbeschlüsse ablehnen.

Rosa Luxemburgs Aktualität

Kommen wir nun zur 2. Nachkriegszeit und damit zu unseren gegenwärtigen Problemen.

Der Reformismus hat diesen Staat der Kapitalisten zum Sozialstaat umfirmiert, wie überhaupt unsere veröffentlichte Meinung, auch die der bunten Gewerkschaftspresse, sich der bürgerlichen Sprachregelung weitgehend angepasst hat. Die Mehrheit der oberen Gewerkschaftsfunktionäre erstrebt den Konsensus, bietet „Bündnisse für Beschäftigung, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ der deutschen Unternehmen an. Sie akzeptiert den schrittweisen, aber geplanten Abbau all unserer gewerkschaftlichen Errungenschaften. Sie setzt nicht unsere ganze Kampfkraft zur Verteidigung unseres Lebensstandards ein. Sie bemüht sich, größeren, andauernden außerparlamentarischen Druck zu behindern oder zu verhindern. Sie hat keinen Alternativplan zur umfassenden Kapitaloffensive.

Nach 1945 gab es einige politische Streiks. Jetzt aber lehnt die Gewerkschaftsspitze diese ab; damit akzeptiert sie alle arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Bundestagsbeschlüsse und Regierungsmaßnahmen. Die französischen Arbeiter, Schüler und Studenten haben 2006 gezeigt, dass durch außerparlamentarischen Druck ein unterschriebenes, gültiges Gesetz annulliert werden kann. Das hat die Demokratie nicht gefährdet; das ist Demokratie und notwendige Gegenwehr gegen einen von der Bourgeoisie beherrschten Staatsapparat und Parteienmehrheit.

Auf einigen wenigen Gewerkschaftstagen sind Fragen der Strategie und der Kampfmethoden angeschnitten worden, z.B. die des politischen Streiks oder der Betriebsbesetzung zur Verhinderung der Produktionsauslagerung. Aber alle diese Anregungen, manchmal ohne Zustimmung der Organisation durchgeführt, wurden abgelehnt. Auf dem 13. Gewerkschaftstag 1980 beantwortete Eugen Loderer die Frage nach den Betriebsbesetzungen mit den Worten, das sei „ein ganz heißes Eisen“. Und auf die Forderung nach Enteignung der Produktionsmittel erklärte er: „Diesen politischen Akt muss die jeweilige zuständige Bundesregierung vollziehen.“ Während die bürgerlichen Parteien, die Unternehmer, Klassenjustiz und Polizei ihre Macht gegen unsere Interessen einsetzen, die Verfassung „ergänzen“ oder neu interpretieren, bleiben unsere Gewerkschaften völlig legalistisch. So wurde im Laufe der Jahre unsere Bewegungsfreiheit immer weiter eingeeengt.

Nur noch gelegentlich wurden auf Gewerkschaftstagen die Grundlagen unserer Strategie und Taktik diskutiert. So hat z.B. der doch noch klassenbewusste Otto Brenner auf dem 6. IGM-Kongress faktisch auf den politischen Streik gegen Parlamentsbeschlüsse verzichtet, nachdem die Notstandsgesetze im Bundestag 1968 angenommen waren. Sein Versprechen, aber in Zukunft doch zum politischen Streik aufzurufen, falls die Demokratie wieder gefährdet sein sollte, blieb recht vage. Vermutlich werden wir auch keine genaue Wiederholung des „legalen“ Staatsstreichs von 1933 erleben; vielmehr gibt es eine „legale“, schleichende Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie, eine Entmachtung des Parlaments und eine immer engere Verflechtung zwischen den Unternehmern und dem Staatsapparat.

Das Verhältnis zwischen Führung und Basis

Luxemburg weist in ihrer Broschüre auf eine der Ursachen für den zunehmenden Abstand zwischen Führung und Basis der Gewerkschaften hin – ein sehr aktuelles Problem:

„Das starke Wachstum der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland im Laufe des letzten 15 Jahre ... hat von selbst eine große Verselbständigung der Gewerkschaften, eine Spezialisierung ihrer Kampfmethoden und ihrer Leitung und endlich das Aufkommen eines regelrechten gewerkschaftlichen Beamtenstandes mit sich gebracht ... Sie sind ein historisch notwendiges Übel. Allein die Dialektik der Entwicklung bringt es eben mit sich, dass diese notwendigen Förderungsmittel des gewerkschaftlichen Wachstums auf einer gewissen Höhe der Organisation und bei einem gewissen Reifegrad der Verhältnisse in ihr Gegenteil, in Hemmnisse des weiteren Wachstums umschlagen.

Die Spezialisierung ihrer Berufstätigkeit ... sowie der naturgemäß enge Gesichtskreis der mit den zersplitterten ökonomischen Kämpfen in einer ruhigen Periode verbunden ist, führen bei den Gewerkschaftsbeamten nur zu leicht zum Bürokratismus wie zur Borniertheit der Auffassung. Beides äußert sich aber in einer ganzen Reihe Tendenzen, die für die Zukunft der gewerkschaftlichen Bewegung selbst höchst verhängnisvoll werden können ... Daraus erklärt sich auch jenes offen zugestandene Ruhebedürfnis, das vor einem größeren Risiko und vor vermeintlichen Gefahren für den Bestand der Gewerkschaften, vor der Ungewissheit größerer Massenaktionen zurückschreckt.“
(S. 472/473)

Auf dem 14. Gewerkschaftstag der IGM sprach der Stuttgarter Delegierte Gert Bauer über das Verhältnis von Führung und Basis und kam dann auf die Frage verschärfter Kampfmaßnahmen. Es gebe ein „Wechselverhältnis zwischen Führung und Mitgliedschaft auf jeder Ebene. Wir wissen selbstverständlich, dass Führung nicht weiter vorausgehen kann, als Mitglieder bereit sind zu folgen. Aber Führung muss auf jeden Fall vorausgehen und voraus denken.“

Es sei schwierig,

„sich gänzlich umzuorientieren von einer Periode der Verhandlungen in Konjunkturzeiten auf eine Periode der Kämpfe in Krisenzeiten.“

In dieser Situation seien die Kampfmaßnahmen zu überprüfen, z.B. bei Aussperrungen.

„Wenn es zu einer solchen Aussperrung käme, wäre es nicht angebracht, dass die Kolleginnen und Kollegen eben nicht aus den Betrieben gehen, sich nicht aussperren lassen, sondern in den Betrieben bleiben, ja sogar diese Betriebe besetzen?“

Nicht Gemeinwohl und gesamtwirtschaftliche Verantwortung seien jetzt angesagt, gegen die Konkurrenz müsse die Solidaritätsgemeinschaft gesetzt werden.

„Und wenn die Führung auf jeder Ebene zielgerichtet vorangeht, wird unsere Mitgliedschaft folgen; sie wird lernen und einige Erfahrungen sammeln. Immer mehr merken, dass es eine Illusion ist, wenn sie glauben, das Kapital würde je Frieden mit der Arbeiterklasse machen. Daraus müssen wir auch eine Perspektive ableiten, die über unsere Interessenvertretung des Alltags hinausgeht.“

Er schloss seine kurze Rede mit den Worten:

„Wenn wir von Frieden reden, müssen wir die Ursachen von Kriegsgefahr benennen. Wenn wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen, müssen wir die Gesetzmäßigkeiten dieser Arbeitslosigkeit bekämpfen. Wenn wir Missstände anprangern, müssen wir den Kapitalismus beim Namen nennen. Das Kapital mobilisiert bereits, also müssen wir auch mobilisieren. Mit einer klaren Richtung, mit Konsequenz und Selbstvertrauen.“

Heute kommen weitere Faktoren hinzu, die im Zusammenwirken die Existenz unserer Gewerkschaften gefährden. Wir erleben ja nicht nur das historische Begräbnis des klassischen Reformismus durch die Führung der SPD, sondern auch die Selbstzerstörung des realexistierenden Sozialismus von Ostberlin bis Wladiwostok, die zur Lähmung der deutschen Arbeiterbewegung beigetragen und die deutsche Bourgeoisie in ihrer Offensive ermutigt hat. Dank der Unterwürfigkeit der Mehrheit unserer Gewerkschaftsoberen wurde die innergewerkschaftliche Demokratie schwächer, das Klassenbewusstsein wird latent. Durch aktives Handeln, durch die Erfahrung der unvermeidlich kommenden Kämpfe muss es wieder aktiviert werden. Daran mitzuarbeiten ist eine der Aufgaben aller klassenbewussten Gewerkschafter. Sprachrohr dieser Kämpfe muss die neue Linkspartei im Bundestag werden; diese Aufgabe verstehen hoffentlich die Sprecher des WASG besser, die genügend Erfahrung mit unserem Kapitalismus gesammelt haben.

Es bleibt eine letzte Frage. Rosa Luxemburg schrieb ihre Massenstreik-Broschüre vor etwas über 100 Jahren. Hat sich die kapitalistische Gesellschaft vielleicht so verändert, dass ihre Schriften überholt sind? Ist der Kapitalismus durch die reformistische Politik gezähmt, die Arbeitswelt humanisiert worden? Haben wir mitzubestimmen? Meine Antwort: Die Technik wurde weiterentwickelt, die Produktvielfalt erhöht; der Kapitalismus hat seine Herrschaftsmethoden verfeinert. Aber es ist Kapitalismus geblieben. Dieser hat sich eher zur Kenntlichkeit verändert. Die deutsche Bourgeoisie ist brutaler, arroganter geworden, die Sprache reguliert, sodass z.B. Unternehmens-Ausschlachter zu Investoren umbenannt werden, das Wort Kapitalismus verschwunden ist.

Euch brauche ich die Einzelheiten der verschärften Kapitaloffensive nicht aufzuzählen. Jetzt gilt es, dem Klassenkampf von oben unseren Klassenkampf von unten entgegen zu setzen, die Kapitaloffensive zu stoppen, unsere mühsam erkämpften Standards zu verteidigen, unsere Gewerkschaften wieder zu Organisationen des Klassenkampfes zu machen.

Die deutsche Bourgeoisie hat den „Konsensus“ aufgekündigt; Mitbestimmung und Co-Management funktionieren nicht. Die Interessen der Arbeitenden stehen konträr zu denen der Großaktionäre, der Manager, der „Investoren“. Also müssen die Gewerkschaften endlich zum Klassenkampf zurückkehren und dürfen sich die Kampfmittel nicht vom kapitalistischen Staat vorschreiben lassen. Alle Formen des Kampfes – Streiks, ob ökonomisch oder politisch, Betriebsbesetzungen – sind rechtens.

Auf dem letzten Gewerkschaftstag der IGM (im Jahre 2003) appellierte der Stuttgarter Kollege Uwe Hück an die Delegierten:

„Was ist los mit uns? Haben wir das Kämpfen verlernt? Haben wir kein Rückgrat mehr? Nein, ich sage: Wir haben Rückgrat, und wir kämpfen für eine gute Sache. Lasst uns deshalb – und ich bitte Euch nochmals, das sollten wir der Antragsberatungskommission noch mal deutlich sagen: Hört auf, in dieser Zeit zu diskutieren, dass der Vorstand etwas bearbeiten muss. Das ist vorbei. Ich bin der Meinung: keine Ankündigung mehr, sondern deutlich handeln. Das erwarten die Menschen. Und ich wäre stolz, wenn wir hier aus diesem Saal hinauskämen und neuen Mut herausbrächten, damit die Arbeitgeber nicht frecher werden und die Parteien mal endlich auf uns hören.“

6.) Politik und Rolle der SPD von 1914 bis heute - Ihr Wirken in Gesellschaft und Gewerkschaft - Dogan Göcmen, Politikwissenschaftler

I. Einleitende Worte

Es ist mir eine große Ehre, Ihnen an diesem historischen Ort und in einem historischen Jahr sprechen zu dürfen. Ich danke den Veranstaltern sehr herzlich, dass sie mich eingeladen haben. Ich werde über die Rolle der SPD in Gesellschaft und Gewerkschaft seit 1914 sprechen. Das Thema der Veranstalter ist so umfangreich gestellt, dass wir Einschränkungen vornehmen und Schwerpunkte legen müssen. Ich werde den Schwerpunkt auf die Rolle der SPD vor und im I. Weltkrieg und in der Novemberrevolution legen, weil diese Periode die geschichtsträchtigste Periode für die Weiterentwicklung der SPD ist. Ich werde freilich auch einige Anmerkungen über das politische Verhalten der SPD-Führung vor und nach dem II. Weltkrieg machen. Hierbei handelt sich nicht um die Geschichte der SPD von unten, sondern von oben. Diese beiden Aspekte der Geschichte SPD bieten verschiedene Bilder und müssen auch mit verschiedenen methodologischen Mitteln und aus einem anderen Blickwinkel behandelt werden.

Lassen Sie mich gleich meine Hauptthese über die Rolle der SPD in Gesellschaft und Gewerkschaft seit 1914 formulieren. Wer die Presseerklärung des CDU-Generalsekretärs Roland Pofalla über die Bremer Wahlergebnisse aufmerksam verfolgt hat, wird festgestellt haben, dass er dort eine Arbeitsteilung zwischen der CDU und SPD vorgeschlagen hat. Er sagte sinngemäß, dass die CDU den rechten Rand der Wählerschaft in das System integriere und die SPD müsse versuchen, den linken Rand der Wählerschaft an das bestehende System zu binden. Ich meine, dass dies genau die Rolle der SPD war und ist seit 1914. Seit der Billigung der Kriegskredite am Vorabend des I. Weltkrieges hat sich die SPD zu einer Stütze des kapitalistischen Systems entwickelt und nimmt ihre Rolle als integrierende politische Kraft der linken, sozialistischen, kommunistischen Bewegungen und der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wahr. Deshalb müssen wir die Frage stellen, wie es dazu kommen konnte und was können wir daraus für unsere Bewegung für Lehren ziehen.

Wie konnte sich eine revolutionäre Partei der Werktätigen, eine Partei, die sich spätestens seit dem Erfurter Programm 1891 offen zum Marxismus, d. h. der revolutionären Überwindung der kapitalistischen System bekannte, zu einer Partei entwickeln, die darauf pocht, das kapitalistische System gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten, das sie vorgibt nach wie vor zu vertreten, mit allen Mitteln, Gewalt mit eingeschlossen, zu verteidigen? Wie konnte sich an die Spitze dieser revolutionären Partei ein Mann namens Friedrich Ebert setzen, der in der Auseinandersetzung um die Novemberrevolution von 1918 sagen kann, er könne es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, die Monarchie abzuschaffen? Wie kann ein Mann namens Gustav Noske eines der führenden Mitglieder in dieser Partei werden, der die „Freikorps“ auf die demonstrierenden und streikenden Arbeiter schickt, um sie zusammenzuschießen? Wie kann sich, um zeitgeschichtlich zu werden, an die Spitze einer vormalig revolutionären Partei, die nach wie vor vorgibt die Interessen der Gewerkschaften zu vertreten, ein Mann namens Gerhard Schröder setzen, der die Arbeiterlosen als Schmarotzer beschimpft und die neoliberale Wende in der Politik vollziehen kann, die von der CDU in dieser Form ohne großen Widerstand hätte kaum vollzogen werden können? Schlimmer noch: Wie können in dieser Partei führende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den führenden Gremien Aufgaben zur Umsetzung der neoliberalen Politik wahrnehmen?

II. SPD und der erste Weltkrieg

Vor 100 Jahren im August 1907 tagte in Stuttgart der 7. internationaler Sozialistenkongress und diskutierte vor allem über Krieg und Frieden, über Fragen des Kolonialismus. Wie kann der sich ankündigende Krieg verhindert werden? Welche Haltung müssen die Sozialisten bezüglich des Kolonialismus einnehmen; wie müssen sie sich verhalten, wenn der Krieg nicht verhindert werden kann? Die Frage über Krieg und Frieden ist für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und für Sozialisten und Kommunisten nach wie vor von existentieller Bedeutung. Entscheidet man sich für den Krieg, gibt man im Grunde genommen alles auf, was die Sozialisten bzw. Kommunisten auszeichnet: In der Frage um Krieg und Frieden geht es nicht weniger als um den Internationalismus oder Chauvinismus, um internationale Solidarität der Arbeiter und Angestellten und unterdrückten Völker oder „Vaterlandsverteidigung“ und Annexion bzw. Kolonisierung und Unterwerfung anderer Länder. Die deutsche Delegation auf dem Kongress vertrat mehrheitlich die Linie der Vaterlandverteidigung. Sie konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Der Kongress entschied sich für die Linie des Internationalismus und plädierte deshalb dafür, dass der Krieg, wenn er nicht verhindert werden könne, in einen Krieg

gegen die herrschenden Klassen gekehrt werden muss. Diese von Lenin vertretene Linie setzte sich auch durch. Damit sind wir im Kern der Sache angekommen.

Wie konnte es dazu kommen, dass die Delegation der SPD, die für die Sache des internationalen Proletariats stand, jetzt mehrheitlich für den so genannten vaterländischen Krieg, für die Kolonialisierung anderer Länder und die Unterwerfung anderer Völker sein? Den Grund sehe ich darin, dass die revolutionären Sozialdemokraten in Deutschland die Auseinandersetzung mit den Reformisten zwar programmatisch aber nicht organisatorisch gelöst haben. Sie haben nicht den Mut gehabt, wie etwa die Bolschewiki in Russland, sich rechtzeitig von den reformistischen Strömungen zu trennen. Worum ging es in der Auseinandersetzung zwischen den Revolutionären und den Reformisten?

Bis zur Gründung der KPD 1918/19 zieht sich der Reformismusstreit als eine innere Auseinandersetzung im Grunde genommen durch die ganze Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung. Er nimmt mit der Veröffentlichung von Eduard Bernsteins Buch „Voraussetzungen des Sozialismus“ im Jahre 1899 eine neue Form an und dauerte mehrere Jahrzehnte. Neben vielen Aspekten entzündete sich der Streit besonderes an einem Satz. Er lautet: „Das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts, die Bewegung alles“. An diesem Satz hat sich Rosa Luxemburg in ihrem Buch „Sozialreform oder Revolution“ nicht ohne Grund so ausführlich auseinandergesetzt. Mit diesem Satz legte Bernstein die theoretische Grundlage für das reformistische Denken in der Sozialdemokratie. Wenn man sagt, dass Endziel ist nichts, die Bewegung alles, lässt man sich handlungstheoretisch auf das Systemlogik ein. Man sieht nur das Unmittelbare und handelt je nachdem wie der Wind weht – man entscheidet sich also von Fall zu Fall. Mit dieser Logik kann man nur noch die Politik der kleinen Reformen verfolgen, so dass man das unmittelbare Ziel nicht mehr in das Gesamtziel einordnen kann. Die Probleme, denen man im Alltag begegnet, kann man nicht mehr im Zusammenhang mit dem ganzen System sehen. Deshalb verliert man sich letztenendes auch in dem großen Chaos, das uns das kapitalistische System bietet. Die Folge ist, dass man sich allmählich dem System mit der Illusion anpasst, dass es graduell in den Sozialismus hineinwachsen wird, d. h. ohne bewusstes Eingreifen und Lenken des revolutionären Subjekts – des Proletariats und seiner Partei - auf eine grundsätzliche Überwindung des Systems.

Der ganze Streit findet vor dem Hintergrund einer sozioökonomischen Entwicklung statt. Gewöhnlich bezeichnet man die letzten 30 Jahre des 19. Jahrhunderts Gründerjahre, die auch von Krach und Krisen gekennzeichnet ist. In diesen Jahren beobachtet man eine enorme Konzentration und Monopolisierung des Kapitals. Im Zuge dieser Entwicklung gehen zwar viele kleine und mittlere Betriebe unter, es bildet sich aber auch eine Schicht innerhalb der Arbeiterklasse, die aufgrund ihrer Stellung bereit ist, mit den Kapitalisten für kleine Zugeständnisse zu kooperieren. Unterstützt durch die relative wirtschaftliche Aufschwung zwischen 1896 und 1913 erweckt diese Entwicklung bei Leuten wie Bernstein die Illusion, der Kapitalismus könne sich ohne große Krisen weiterentwickeln und allmählich in den Sozialismus hineinwachsen. Als 1913 aber die große Krise und schließlich der Krieg kam, war man überrascht, darauf nicht vorbereitet.

Das Sozialistengesetz hatte zwar die Partei verboten aber, um die parlamentarische Tendenzen in der Partei zu stärken und in das System zu gliedern, war die Fraktion zugelassen. Als die SPD vor der Frage stand, wie sie sich im Falle des Kriegsausbruch verhalten müsse, hat sich die Fraktion bis auf Karl Liebknecht, um angeblich die Legalität der Partei zu retten und das Reich zu parlamentarieren, für die Kooperation mit dem wilhelminischen System entschieden. Diese Haltung der Fraktion wurde durch die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie unterstützt. Es wurden mit der Reichsleitung geheime Vereinbarungen getroffen, dass die Gewerkschaften und die Partei auf jegliche Demonstration und Streiks verzichten würden, wenn der Krieg ausbrechen würde. Im Rahmen des „Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst“ wurde „Burgfrieden“ und „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen Arbeit und Kapital geschlossen, so dass das deutsche Großkapital ohne großen inneren Widerstand seinen mörderischen Krieg führen konnte.

Die Parteileitung unter Friedrich Ebert und Philip Scheidemann, die sich an dem Satz „Bewegung ist mir alles“ orientierte, konnte und wollte nicht wahrhaben, dass dieses Zugeständnis an die Reichregierung die Niederlage der internationalen Arbeiterbewegung bedeutete. Der Gewerkschafter Eduard David, der auch ein führendes Mitglied der SPD war, formulierte das Ziel dieser Politik in seinem Tagebuch so: Durch die Hegemonialstellung und Kolonialeroberung, d. h. durch die Ausbeutung der Arbeiter anderer europäischer Länder und der unterdrückten Völker in den Kolonien soll die deutsche Arbeiterklasse als eine nationale Arbeiteraristokratie etabliert werden. Zu diesem Zwecke stellten die sozialdemokratisch

geführten Gewerkschaften sogar ihre Streikkassen in den Dienst des Krieges. Marx hat im „Kapital“ festgehalten, dass die Arbeit in weißer Haut solange nicht befreit werden könne, solange die Arbeit in schwarzer Haut versklavt sei. Dieser Satz verdeutlicht, wie weit die SPD-Führung in der Korruption durch das System gekommen war und auf dem Gründungskongress der KPD konnte Rosa Luxemburg mit Recht sagen: „Wir sind wieder bei Marx“. Denn es ging bei der Gründung der KPD unter anderem auch um die Wiederherstellung des Internationalismus als Grundlage der sozialistischen Politik.

III. SPD und die Novemberrevolution

In den ersten zwei Kriegsjahren ist die Integration eines Teils der SPD und Gewerkschaften in das kapitalistische System weitgehend gelungen. Ebert, Scheidemann und viele andere mehr bekleiden mittlerweile Staatsämter. Von diesem Moment an kommt diesem Teil der SPD die Aufgabe zu, wo immer geht, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen und dafür zu sorgen, dass sie im Sande verläuft bzw. sich immer im Rahmen des kapitalistischen Systems bewegt. Die großen Erwartungen, die man an den Krieg knüpft, treten nicht ein. Im Gegenteil die Niederlage ist mehr und mehr abzusehen. Die Gewerkschaften und SPD verlieren mehr als zweidrittel ihrer Mitglieder. Aus diesem Grunde ist die Spaltung der Bewegung nicht mehr zu vermeiden. Es entstehen im Wesentlichen drei Richtungen MSPD, USPD und der Spartakusbund, wobei der Spartakusbund zunächst in der USPD bleibt. Im Laufe der Novemberrevolution spaltet sich die USPD in zwei Strömungen. Ein Teil geht wieder in die MSPD und der andere Teil gründet dann mit dem Spartakusbund und den internationalen Kommunisten die KPD. Der Grund für diese Spaltung der USPD ist die Frage nach Macht und Eigentum. Die Novemberrevolution, die innerhalb von wenigen Tagen fast alle wichtigen Industriestädte erfasst, findet ihren Höhepunkt in der Übernahme der Macht in Berlin durch Arbeiter- und Soldatenräte. Jetzt sieht sich die SPD in einer neuen Rolle, nämlich in der Rolle der treibenden Kräfte der Novemberrevolution in das kapitalistische System zurückzuholen. Dabei bedient sie sich dem Prinzip Radikalismus in Wort und Konservatismus in Tat. Zielbewusst greift sie zu diesem Zwecke auf traditionelle Forderungen der Arbeiterbewegung wie Republik, allgemeines Wahlrecht, Sozialisierung usw. zurück. Während Karl Liebknecht vom Berliner Lustgarten die sozialistische Republik ausruft, ruft der gestürzte kaiserliche Staatssekretär Scheidemann die Freie Deutsche Republik aus, übrigens zunächst gegen den Willen von mittlerweile zum kaiserlichen Reichskanzler geförderten Friedrich Ebert. Doch es entstehen überall Arbeiter- und Soldatenräte, die den „Rat der Volksbeauftragten“ als zentrale Regierung bildeten. Um die Revolution in den Grenzen des Kapitalismus zu halten, bilden die MSPD und USPD unter der Mitwirkung der Gewerkschaftsführer eine provisorische Revolutionsregierung. Mit scheinbar radikalen Losungen, wie „Sozialisierung marschiert“, versucht sie dem Radikalismus der Revolution Wind aus dem Segel zu nehmen. Sie gibt die Losungen wie „reiner Sozialismus“, „reine Demokratie“, „demokratischer Sozialismus“, „dritter Weg“ raus, um sich von der Oktoberrevolution zu distanzieren, die einen großen Einfluss auf die Arbeiterbewegung in Deutschland übte. Sie beruft eine Sozialisierungskommission, deren Vorschläge ohne Folgen bleiben. Mitte Dezember 1918 tagen die Arbeiter- und Soldatenräte und bestätigen die so genannte Revolutionsregierung der Sozialdemokraten. Damit haben sie die Macht an die Sozialdemokraten übertragen, die dann dafür sorgte, dass die Organe der Arbeiter- und Soldatenräte entmachtet wurden. Wo sie sich dieser Politik widersetzen, wurden sie auf Befehl von Gustav Noske inhaftiert, ermordet und zusammengeschossen.

IV. SPD und Faschismusgefahr

Lassen Sie mich einpaar knappe Worte über die Rolle der SPD in der Zwischenkriegszeit sagen. In der Zeit nach dem I. Weltkrieg, nachdem die KPD sich zu einer Massenpartei entwickelt hat, sehen wir die SPD taktisch in einer neuen Rolle. Die Faschismusgefahr ist in Europa überall spürbar. Mussolini ist in Italien bereits seit 1922 an der Macht. Die deutsche Bourgeoisie, die tief in der Krise steckt, lässt mehr und mehr erkennen, dass sie die Lösung im Faschismus sucht. Es steht die Frage der Einheitsfront der Arbeiterbewegung auf der Tagesordnung. Mit allen Mitteln bekämpft SPD in den Gewerkschaften und in anderen sozialen Bewegungen die Kommunisten. Sie gibt die Losung raus, der Bolschewismus sei die Hauptgefahr. Gegen die zunehmende Faschisierung der Gesellschaft hingegen verfolgt sie die Politik des kleineren Übels, nach dem Motto, wenn wir z. B. nicht versuchen, Hitler an der Machtübernahme zu verhindern, wird er uns auch nichts tun. Alle Versuche, durch Massenaktionen, Streiks usw. die zunehmende Reaktion zurück zu drängen, wird von der SPD und Gewerkschaftsführung sabotiert. Nur widerwillig muss sie unter dem Druck der Basis die Politik der Einheitsfront billigen, um bei der nächsten Gelegenheit aus ihr auszusteigen, wobei sie auch von Fehlern der KPD zu profitieren weiß. Ideologisch verbreitet sie dabei die Illusion, dass der Faschismus keine deutsche Erscheinung sei und zwischen dem Kapitalismus und Faschismus kein logischer Zusammenhang bestehe. „Deutschland ist nicht Italien“, „Hitler ist kein Mussolini“, Berlin wird keine Hauptstadt des Faschismus“ sein heißt es im

„Vorwärts“. Das Prager Manifest der emigrierten Sozialdemokraten von 1934, in dem versucht wird zum einen an der bisherigen Politik der SPD eine Korrektur vorzunehmen und zum anderen einen logischen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus herzustellen, bleibt für die SPD-Politik ohne Folgen. Sie verkehrt den logischen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus dahingehend, dass sie sogar behauptet, dass Faschisten und Kommunisten „Zwillingsbrüder“ seien. Als Hitler am 30. Januar 1933 an die Macht kommt und Maßnahmen ergreift, um die KPD zu zerschlagen, ihre Mitglieder zu verhaften, verschleppen und zu ermorden, denkt die SPD-Führung, dies treffe nicht die SPD. Sie vertröstet die Aktionsbereitschaft ihrer Mitglieder auf die nächsten Wahlen.

V. SPD und die Spaltung Deutschlands

Nach dem Sieg über den Faschismus sah das Potsdamer Abkommen vor, alle Kriegsschuldigen zu bestrafen, und die Grundlagen des Faschismus so zu zerstören, dass eine neue Faschismus- und Kriegsgefahr vom deutschen Boden nicht mehr ausgehen kann. Dafür griff man auf eine alte Losung der Arbeiterbewegung zurück, nämlich die Sozialisierung der Produktion. In der sowjetischen Zone wird sofort mit dem Aufbau der Gewerkschaften angefangen und 1946 abgeschlossen. Die Sozialisierung des Großgrundbesitzes und der Betriebe ist 1948 abgeschlossen. Im Westen hingegen wird die alte Wirtschaftsordnung wiederhergestellt. Die SPD stellt zwar Forderungen zu Sozialisierung der Produktion auf, die auch vom DGB getragen werden, sie verzichtet aber darauf, konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderungen zu ergreifen. Sie hofft darauf die nächsten Wahlen zu gewinnen, um dann ihre Forderungen zu realisieren. Sie lehnt dabei die Koalition mit der KPD ab, was zumindest eine Hoffnung auf Sozialisierung der Produktion mit sich gebracht hätte, damit gehen die entscheidenden Machtpositionen verloren. Als es um die Ausarbeitung der Verfassung ging, verzichtete sie diese Forderungen auch nur öffentlich zu erwähnen, mit der Begründung, dass man so schnell wie möglich zu einer wirtschaftlichen Grundlage der Gesellschaft finden müsse. Sie beschränkte ihre Rolle auf eine konstruktive Oppositionspolitik. So wie in der sowjetischen Zone forderten die Gewerkschaften auch im Westen die Sozialisierung der Produktion. Doch auch sie verzichteten weitgehend darauf Maßnahmen zu ergreifen, um diese Forderungen zu realisieren. Hans Böckler, der Vorsitzende des DGB, greift auf die Begriffe der SPD aus der Zeit der Weimarer Republik zurück und erklärt, in der Wirtschaftsordnung möchte er einen „deutschen Weg“, einen „dritten Weg“ gehen. In die Verfassung wurden zwar die individuellen Rechte aufgenommen, aber nicht die sozialen Rechte, die von den Gewerkschaften gefordert waren. Auch die DGB-Führung verzichtet darauf, konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderungen. Hans Böckler belässt es lediglich dabei, Adenauer einen Brief zu schreiben. Dort wo die einzelnen Gewerkschaften in der von den imperialistischen Alliierten Zone bereit sind, weiter zu gehen als die Gewerkschaftsführung, werden sie von den westlichen Alliierten unterdrückt. Die Staatsbildung im Westen wurde von allen Parteien, mit Ausnahme der KPD, forciert und gebilligt. Damit haben sie sich alle - einschließlich der DGB-Führung - an der Spaltung Deutschlands schuldig gemacht.

Sie haben sich aber auch an der Zerschlagung der sozialistischen Länder und der Restauration des Kapitalismus schuldig gemacht. Heute gibt es leider den enormen Druck der sozialistischen Länder nicht mehr. Jetzt zeigt sich das Kapital mit seinem wahren Gesicht. Alle Errungenschaften der Arbeiterbewegung stehen heute zur Disposition. Es war und ist wieder die SPD, die daran beteiligt ist, diese Errungenschaften zu vernichten. Sie kann das nur tun, indem sie alles, was im Sinne des Fortschritts andres lautet, als unverbesserlich und kommunistisch denunziert und diffamiert. Sie kann dies tun, weil die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung die Arbeiterbewegung an der Stange hält.

VI. Schluss

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich möchte einige Schlussfolgerungen ziehen, wie die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wieder zu sich finden kann.

1. Die Gewerkschaften müssen sich von dem jeglichen politischen und ideologischen Einfluss der SPD befreien; die SPD ist von ihrer politischen Grundorientierung her seit 1914 mehr und mehr zu einer Partei des Monopolkapitals geworden. Auch die neu gegründete Partei Die Linke kann kein hoffnungsträger der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sein. Diese Partei will denselben Weg noch einmal gehen, die die SPD seit 1914 gegangen ist.

2. Die Gewerkschaften müssen wieder das werden, was sie mal waren, nämlich Kampforganisationen. Das können sie nur werden, wenn sie sich von allen bürgerlichen Ideologien wie Keynesianismus befreien und sich darauf besinnen, dass sie Klassenorganisationen sind; dass ihr Gegenstand der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital ist; die wissenschaftliche Analyse dieses

Widerspruchs ist durch Marx geleistet worden; seine Lehre ist die Grundlage auch der heutigen Klassen- und Gewerkschaftskämpfe.

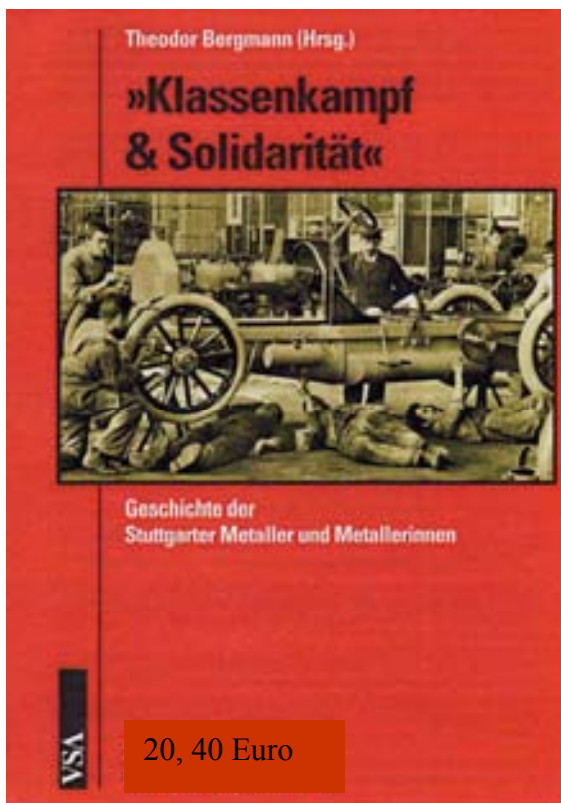
3. Sie müssen ihr Ziel eindeutig als Befreiung der Arbeit durch Beseitigung der Lohnarbeit definieren.

4. Sie müssen sich von jedem Argument für die Standortpolitik distanzieren und sich eindeutig zum Internationalismus bekennen.

5. Um sich diese Eigenschaften anzueignen und diese Ziele durchzusetzen, müssen sie von ihrem legitimen Waffe von Streiks, Massenstreiks, politische Streiks einen offensiven Gebrauch machen.

VII. Literaturlauswahl

- Abendroth, Wolfgang, Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung: Von den Anfängen bis 1933, Distel Verlag, Heilbronn 1997
- Abendroth, Wolfgang, Die deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration, Wolfgang Krüger Verlag, Hamburg 1989
- Abendroth, Wolfgang, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1978
- Von Freyberg, Jutta, Fülberth, Georg et al, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1989
- Deppe, Frank, Fülberth, Georg et al, Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1978
- Deppe, Frank, Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1984
- Krause, Fritz und Steigerwald, Robert, Das andere Geschichtsbuch, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a/M 1986



Klassenkampf & Solidarität Geschichte der Stuttgarter Metaller und Metallerinnen

385 Seiten – 20,40 Euro

ISBN 978-3-89965-236-9

www.vsa-verlag.de

Tel: 040/28095277-10

Die AutorInnen:

Tom Adler, Ursel Beck, Theodor Bergmann, Martin Gansen, Wolfgang Haible, Christa Hourani

II.c Abschlusserklärung / Solidaritätserklärungen

Schlusserklärung

des 9. Kongresses der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Seit Jahren erleben wir eine Daueroffensive durch Kabinett und Kapital: Sozialabbau, Abbau demokratischer Rechte, Massenentlassungen und Arbeitszeitverlängerung, Ausdehnung des Niedriglohnssektors sowie prekärer Beschäftigung und Ausgrenzung. Der Widerstand ist noch sehr bruchstückhaft und wenig koordiniert. Aus Erfahrung wissen wir aber, dass der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte nur dann eine Chance auf Erfolg hat, wenn es einen breiten und entschlossenen Kampf gegen den Sozialabbau gibt.

Als Gewerkschaftslinken, die wir in verschiedenen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen wie der Erwerbslosenbewegung aktiv sind, machen wir seit Jahren die Erfahrung, dass die Gewerkschaften, außer hilflosen Appellen an die „Politik“ nichts tun, um aus der Defensive rauszukommen. Selbst auf ihren ureigensten Betätigungsfeldern werden unverzichtbare Positionen aufgegeben. Besonders krass ist dies hervorgetreten beim Abschluss des TvÖD, beim Abschluss des ERA-Abkommens oder beim Tarifabschluss Telekom vom Juni diesen Jahres. In all diesen Fällen haben die jeweils Verantwortlichen der Arbeitszeitverlängerung, dem Lohnraub oder der Einführung neuer Niedriglohngruppen bzw. möglichen Lohnabsenkungen zugestimmt. Dort, wo sich betrieblicher Widerstand gegen Lohnraub regt, bekommen die KollegInnen oft keine Unterstützung durch die Gewerkschaftsführung bzw. werden mit Repression bedroht. Und in der Frage der systematisch vorangetriebenen Ausdehnung des Kombilohns haben die Gewerkschaftsführungen keine adäquate Antwort. Statt einen entschlossenen Kampf gegen Leiharbeit und Niedriglöhne zu führen, betreiben sie eine Alibikampagne für einen viel zu niedrigen Mindestlohn: Von 7,50 € in der Stunde kann in diesem Land niemand ein menschenwürdiges Leben führen. Damit wird noch nicht mal die Armutsgrenze erreicht.

Auf der anderen Seite gibt es seit Jahren ganz hervorragende Beispiele für tarifliche Kämpfe (etwa der 13-wöchige Streik im öffentlichen Dienst 2006 z. B. im Bezirk Stuttgart) und für betriebliche Abwehrkämpfe: z. B. BSH, DC, Alstom, Freudenberg. Gerade das Beispiel Freudenberg zeigt, dass auch heute Kämpfe erfolgreich gegen Ausgliederung und Verkauf geführt werden können. Oft, zu oft aber sind diese KollegInnen auf sich allein gestellt, haben wenig Unterstützung, und können von sich aus den Kampf nicht erfolgreich weiterführen. Gerade der Streik bei der Telekom hat schmerzlich vor Augen geführt, dass auch wir als Gewerkschaftslinken es versäumt haben, den Kampf auszuweiten auf andere Bereiche der Telekom, auf die Beamten der Telekom sowie auf andere Betriebe der Telekommunikationsbranche. Eine Vernetzung der einzeln geführten Kämpfe würde die Kämpfenden stärken und bessere Ergebnisse ermöglichen.

Alle Erfahrungen aus betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen zeigen, dass dort, wo die KollegInnen ihre Angelegenheit selbst in die Hand genommen haben, sich demokratische Strukturen herausbilden, und dadurch die Auseinandersetzung eine gute Dynamik entwickelt und kämpferische und kreative Aktionen stattfinden, die zumindest Teilerfolge erzielen. Dies zeigt die Notwendigkeit, die gewerkschaftliche Demokratie einzufordern und zu entwickeln. Es zeigt sich, dass die KollegInnen auch jenseits von Gesetzen sich ihr Streikrecht oder das Recht auf Blockaden und Besetzungen nehmen. Dabei muss der aktive Einsatz gegen jegliche Einschränkungen des Streikrechts und gegen den Abbau demokratischer Rechte eine zentrale Aufgabe sein.

Die kritischen und selbstkritischen Diskussionen dieses Wochenendes bringen uns zu dem Schluss, dass wir uns künftig bei wichtigen Auseinandersetzungen und zu erwartenden Konfrontationen schon frühzeitig darum bemühen wollen, den Kampf zu unterstützen, statt ihn kritisch zu begleiten oder im Nachhinein nur zu analysieren.

Gerade die zurzeit in verschiedenen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie laufenden Aktivitäten gegen Lohnraub, Massenentlassungen, Schließungen und Verlagerungen wollen wir bekannter machen und zu einer Koordinierung von Widerstandsaktionen beitragen. In diesem Zusammenhang betonen wir unsere volle Solidarität mit allen von Repression bedrohten KollegInnen.

Aber auch unabhängig von betrieblichen Auseinandersetzungen wollen wir uns aktiv in die aktuellen gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzungen einmischen. Zurzeit ist dies vor allem die Debatte um den Mindestlohn. Wir wollen eine aufklärende und aktivierende Kampagne für einen Mindestlohn von wenigstens 10 € in der Stunde führen und für die Anhebung des Eckregelsatzes für ALG II-Empfänger auf mindestens 500 € + Warmmiete und für die Abschaffung aller Zumutbarkeitsregelungen, der Schnüffeldienste und der Stallpflicht für Jugendliche bis 25 Jahre.

Im Kampf gegen die Massenerwerbslosigkeit wollen wir uns für eine breite Kampagne zur Aufnahme des Kampfes für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich in großen Schritten einsetzen. Das nächste Ziel sollte die 30 Stundenwoche sein.

Stuttgart, den 1. Juli 2007

Solidarität mit den Beschäftigten bei Gold Peak in China!

Gold Peak ist ein internationales Unternehmen, das Batterien herstellt. Die Arbeitsbedingungen der Gold Peak Beschäftigten sind sehr sehr schlecht - 12 Stunden Arbeit am Tag, wenig Lohn, wenig Urlaub... Das Schlimmste aber ist, dass die ArbeiterInnen gänzlich ungeschützt mit dem hochgiftigen Metall Cadmium arbeiten. Sie atmen den Cadmiumstaub ein, essen und trinken direkt am Arbeitsplatz und damit 'essen' und 'trinken' sie auch direkt Cadmium. Im November 2003 fühlte sich eine Kollegin sehr krank und ließ sich im Krankenhaus untersuchen. Es wurden bei ihr extrem hohe Cadmiumwerte nachgewiesen.

Die Beschäftigten waren geschockt und brachten ihren Protest zum Ausdruck, in dem sie sowohl demonstrierten als auch streikten. Gold Peak sagte daraufhin der Kollegin einen Krankenhausaufenthalt zu, ließ aber kurz darauf die Polizei rufen, um die Beschäftigte aus dem Krankenhaus vertreiben zu lassen. Inzwischen sind Hunderte von ArbeiterInnen erkrankt. Gold Peak lehnt bis heute seine Verantwortung ab. Die GP-ArbeiterInnen wollten nach Peking reisen, um bei der Zentralregierung eine Petition einzureichen. Dies hat die Huizhou-Stadtverwaltung in einer öffentlichen Deklaration den ArbeiterInnen untersagt und drohte, wer doch fahre, werde ins Gefängnis geworfen werden.

Es gibt mittlerweile Unterstützung von Beschäftigten aus den Niederlanden, Frankreich, Dänemark und Polen, u.a. von den Organisationen ITUC, FNV (Niederlande), IMF (International Metalworkers Federation), Independent and Self-Governing Trade Union (Polen). Es gibt zwar aus einzelnen Städten in Deutschland Unterstützung wie aus Hamburg (Hamburger Gewerkschaftslinken), Braunschweig, Berlin... Aber z.B. der DGB wurde nach Unterstützung angefragt und hat dazu nein gesagt.

Verbraucher und Gewerkschaften!

Zwingt Gold Peak den GP-Beschäftigten medizinische Behandlung und volle Entschädigung zu geben!

Unterstützen wir den Kampf der KollegInnen von Gold Peak!

Insbesondere die Belegschaften sind aufgefordert, in deren Unternehmen Batterien schon 'automatisch' ins Produkt eingelegt werden! Sorgt dafür, dass es keine Gold-Peak-Batterien sind!

Aber auch alle anderen Belegschaften und gewerkschaftlichen Verwaltungsstellen sind gefordert, ihren Proteste und ihre Solidarität zu zeigen!

Hoch die internationale Solidarität!

PROTESTE AN:

Mr. Victor Lo
Gold Peak Industries (Holdings) Limited
Gold Peak Building, 8/F, 30 Kwai Wing Road, Kwai Chung,
New Territories, Hong Kong

KONTAKT:

Frau Charlotte Wu, Aktivistin der NGO "Globalization Monitor"
Website: www.globalmon.org.hk
E-Mail: ichbincharlotte@gmail.com
Tel.: +88 69 341 92223

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken (IVG)
Beschlissen auf dem 9. IVG-Kongress in Stuttgart am 1. Juli 2007

Solidarität mit den streikenden Krankenhausbeschäftigten in Polen

An die
Streikenden Krankenhausbeschäftigten in Polen
Vorsitzende des Vorstands der Gewerkschaft OZZPiP
Dorota Gardias
biuro@ozzpip.org.pl

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Der Kongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken mit ca. 100 Teilnehmern solidarisiert sich mit Euerem Streik für eine 30% Lohnerhöhung.

Wir sind beeindruckt von Eurer Entschlossenheit und Ausdauer.

In Deutschland machen wir konkrete Erfahrungen damit, dass arbeitslose oder in Polen völlig unterbezahlte Krankenschwestern gezwungenermaßen als moderne Hausklavinnen in der häuslichen Pflege arbeiten müssen. Die Arbeitgeber nutzen das wiederum für Lohndumping hierzulande.

Die kapitalistische Globalisierung und die EU sind einzig und alleine im Profitinteresse der Unternehmer. Das öffentliche Gesundheitswesen und der gesamte öffentliche Dienst werden überall zerschlagen, privatisiert und unter massiven Lohndruck gesetzt. Auch in Deutschland sind Krankenhausbeschäftigte immer mehr gezwungen sich zur Wehr zu setzen. Im letzten Jahr haben sie gegen eine unbezahlte Arbeitszeitverlängerung gestreikt.

Gegen das international organisierte Lohndumping der Unternehmer und ihrer Regierungen müssen wir die internationale Solidarität und den länderübergreifenden gewerkschaftlichen Kampf setzen.

Wir stehen ganz auf Eurer Seite und wünschen Euch Erfolg. Hoch die internationale Solidarität.

Solidarität mit den Streikenden bei Novamed in Antalya (Türkei)

Bei Novamed, einer Tochterfirma von Fresenius Medical Care in Antalya in der Türkei, streiken Arbeiterinnen und Arbeiter seit dem 26. September 2006. Es geht um die Anerkennung der Gewerkschaft Petrol –Is und einen Tarifvertrag, der bessere Arbeitsbedingungen ermöglicht. Fresenius ist der weltweit führende Hersteller von Dialysegeräten und –Utensilien. Es ist der erste Streik in einer Freihandelszone in der Türkei. Bei Novamed arbeiten rund 300 Kolleginnen und Kollegen.

Die Verhandlungen über einen Tarifvertrag zwischen Novamed und der Gewerkschaft Petrol-Is wird seit Monaten von Seiten der Geschäftsleitung massiv blockiert. Die Arbeitsbedingungen sind geprägt von Einschränkungen und Schikanen, die unter der Menschenwürde liegen und an mittelalterliche Praktiken erinnern. Diese sind u.a.:

- Die Beschäftigten haben eine Pausenzeit von insgesamt 40 Minuten pro Arbeitsschicht, wovon lediglich 25 Minuten für die Mittagspause berechnet werden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben weniger als 30 Minuten Zeit, sich zu erholen und eine Mahlzeit einzunehmen. Die Geschäftsleitung hat des Weiteren kürzlich die Essensausgabe in der hauseigenen Kantine aufgehoben. Übrig geblieben sind nur ein Glas Tee und ein kleines Gebäck, das zum Sattwerden nicht ausreicht.
- Die Geschäftsleitung hat im gesamten Firmengelände (innen und draußen) ein allgemeines Redeverbot während der Arbeitszeit eingeführt. So ist auch den Arbeiterinnen und Arbeitern, die an derselben Maschine arbeiten, strengstens untersagt, miteinander zu sprechen.
- Der Arbeitsweg für viele Beschäftigte ist mit vielen Strapazen verbunden. Da die Geschäftsleitung den Transport von Mitarbeitern mit firmeneigenen Servicewagen eingeschränkt hat, benötigen dutzende Mitarbeiter bis zu 2 Stunden für den Weg von zu Hause zur Firma.
- Neben dem allgemeinen Redeverbot gilt ebenso ein grundsätzliches Rauchverbot während der Arbeitszeit. Dieses Verbot wird sogar dahingehend verfolgt, dass die Beschäftigten vor Dienstbeginn einzeln nach Zigarettenrauch am Körper „überprüft“ werden.
- Weibliche Beschäftigte sind darüber hinaus weiteren strikten und feindlichen Regelungen unterworfen. Die Geschäftsleitung greift mit unvorstellbaren Mitteln in die persönlichen Rechte von Frauen ein:
 - Weibliche Beschäftigte dürfen nur dann heiraten, wenn sie die dafür die Zustimmung von der Geschäftsleitung eingeholt haben!
 - Der Zeitpunkt für eine Schwangerschaft wird von der Geschäftsleitung festgesetzt. So existiert bei Novamed eine „Schwangerschaftsliste“, in dem die Geschäftsleitung für jede einzelne Arbeiterin festlegt, in welchem Monat sie schwanger werden darf.

Wir, die ca 100 TeilnehmerInnen des 9. Kongresses der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken sind empört über die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen bei Novamed in Antalya in der Türkei.

- Wir fordern die Arbeitgeber von Novamed sowie die Geschäftsleitung von Fresenius Medical Care auf, die Gewerkschaft Petrol-Is anzuerkennen und die Verhandlungen über einen Tarifvertrag mit Petrol-Is aufzunehmen.
- Die gewerkschaftliche Arbeit darf nicht mehr blockiert und sanktioniert werden.
- Die restriktiven und mittelalterlichen Praktiken bei Novamed müssen sofort beendet werden!
- Wir fordern des Weiteren auf, insbesondere die frauenfeindlichen „Sonderbehandlungen“ gegenüber Arbeiterinnen sofort zu beenden.
- Wir erklären hiermit unsere Unterstützung und Solidarität mit der Gewerkschaft Petrol-Is und den streikenden Kolleginnen und Kollegen bei Novamed.

Stuttgart, 1. Juli 2007

Solidaritätserklärung

Beim 9. bundesweiten Kongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken am 30. Juni/1. Juli 2007 in Stuttgart wurde unter anderem über Abbau von demokratischen Grundrechten, Kriminalisierung von Widerstand und Repression z.B. auch gegen Gewerkschaftsaktivisten diskutiert.

Während des Kongresses wurde den TeilnehmerInnen folgende Situation bei DaimlerChrysler Berlin-Marienfelde bekannt gemacht:

Wie viele andere Metallarbeitgeber versucht auch DaimlerChrysler das 2003 ausgehandelte Entgeltrahmenabkommen (ERA) als „Jahrhundertchance“ zu nutzen, massive Entgeltkürzungen durchzusetzen. Viele KollegInnen übersetzen zwischenzeitlich ERA mit „Entgeltreduzierungsabkommen“.

Im Werk Marienfelde gibt es seit November 2006 Proteste gegen die ERA-Einführung. Die KollegInnen beschwerten sich beim Betriebsrat gegen die niedrigen Eingruppierungen. Im Februar 2007 forderten sie mit rund 1.000 Unterschriften die Durchführung einer außerordentlichen Betriebsversammlung zum Thema ERA. Trotzdem kam der Betriebsrat mit der Verweigerung dieser Versammlung nicht seiner Verpflichtung aus dem Betriebsverfassungsgesetz nach und erhielt dafür auch noch die Unterstützung des örtlichen IG-Metall-Apparats. Trotz massiver Drohungen der Werkleitung treffen sich seit Mai die KollegInnen jeden Mittwoch um 14.00 Uhr vorm Tor, um über die Verschlechterungen durch ERA und wie man dagegen vorgehen kann zu diskutieren.

Statt die Wut der KollegInnen gegen die Lohnsenkung und somit gegen die Unternehmensleitung zu organisieren, versucht die Betriebsratsspitze und die IG-Metall-Verwaltungsstelle durch Disziplinierung der Protestierenden die Unruhe zu beenden. Den Betriebsratsmitgliedern und Vertrauensleuten Mustafa Efe und Martin Franke wird von der Betriebsratsspitze gewerkschaftsschädigendes Verhalten vorgeworfen und mit Funktionsverbot und Gewerkschaftsausschluss gedroht.

Zwischenzeitlich gibt es Hinweise, dass die Werkleitung durch die fristlose Kündigung der beiden Kollegen den Widerstand gegen die ERA-Einführung endgültig auflösen will.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz verlangen von IG Metall und Betriebsrat, sofort alle Repressionsversuche gegen Mustafa Efe und Martin Franke zu unterlassen und sich eindeutig auf die Seite der kämpfenden Belegschaft zu stellen. Wir rufen dazu auf, den berechtigten Protest gegen Lohnsenkungen in Zusammenhang mit ERA überbetrieblich zu koordinieren und gemeinsame Aktionen anzustreben.

Beschlossen am 01. Juli 2007

III)

>>> PLATTFORM DER GEWERKSCHAFTSLINKEN <<<

Seit Jahrzehnten bestimmt die Massenarbeitslosigkeit die politischen und sozialen Kräfteverhältnisse in diesem Land mit all ihren Folgen. In Deutschland entwickelten sich Verhältnisse, von denen viele glaubten, sie gehörten der Vergangenheit an. Die Herrschenden in Wirtschaft und Politik sind auf dem Weg dazu bzw. streben langfristig an,

- die Flächentarifverträge abzuschaffen und oder sie wenigstens möglichst weitgehend durch betriebliche Lohnfestsetzung zu ersetzen, um die Löhne auf breiter Front zu senken,
- die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung zu beseitigen oder sie wenigstens möglichst weitgehend zu beschneiden und durch Privatversicherungen zu ersetzen,
- die Arbeitslosenversicherung abzuschaffen, ebenfalls das Arbeitslosengeld II oder wenigstens die Arbeitslosenversicherung auf ein Minimum zu beschränken und Arbeitslosengeld II mindestens zu halbieren,
- die allgemeine Arbeitszeit auf weit über 40 Stunden auszudehnen oder wenigstens in diese Richtung zu flexibilisieren,
- öffentliche Betriebe zu privatisieren und alle Bereiche zu kommerzialisieren
- alle staatlichen Leistungen möglichst weitgehend über Gebühren zu finanzieren und
- die Gewinnsteuern entweder ganz abzuschaffen oder wenigstens auf ein Niveau abzusenken, das weit unterhalb des heutigen ohnehin schon massiv gesenkten Niveaus liegt.

Die Agenda 2010 und in diesem Zusammenhang die Hartz-Gesetze dienen der Umsetzung dieses langfristigen Programms.

Wir lehnen sie ab.

Unter diesen Bedingungen fällt den DGB-Gewerkschaften eine besondere Verantwortung zu. Noch erreichen sie Millio-

nen abhängig Beschäftigter. Noch verfügen sie über ein gewisses Ansehen und die Masse der KollegInnen betrachtet sie noch als das Stärkste, was die Schwachen heute haben. Aber die Anziehungskraft, die Glaubwürdigkeit und die Bindekraft sind in den letzten Jahren dramatisch gesunken. Der Mitgliederverlust hat beängstigende Ausmaße angenommen. Als wesentliche Gründe für diese kritische Situation stellen wir fest:

Die Führung der DGB-Gewerkschaften

- akzeptiert Lohnsenkungen auf allgemeiner und betrieblicher Ebene,
- unterstützt faktisch die Privatisierung der Rentenversicherung und des Gesundheitswesens
- hat die Hartz-Gesetze in weiten Teilen begrüßt und ihre schädlichen Wirkungen vertuscht,
- hat den Kampf für Arbeitszeitverkürzung aufgegeben und
- setzt sich für die Senkung von Lohnnebenkosten ein, obwohl diese als Teil des Lohns zu begreifen sind

und appelliert an eine angebliche soziale Verantwortung des Kapitals, die es nicht hat. **Wir akzeptieren das nicht.**

Wir setzen der pausenlosen Propaganda der Medien, der politischen und wissenschaftlichen Fürsprecher des Kapitals entgegen: Nicht die angebliche Anspruchshaltung der Erwerbslosen, der Rentner oder das „Besitzstandsdenken“ der Beschäftigten ist das Problem, sondern das Profitstreben des Kapitals und der Reichen. Wir sind auch nicht bereit, uns gegen unsere Kolleg/innen und Mitbürger/innen in anderen Ländern in einen internationalen Dumpingwettbewerb um die geringsten Arbeitskosten und billigsten Sozialsysteme treiben zu lassen. Die Regierungschefs der EU aber wollen genau das. Sie wollen mit Hilfe von Sozial- und Lohnabbau und dadurch steigenden Renditen die USA bis 2010 als stärkste Wirtschaftsmacht ablösen. Das ist nicht unser Ziel.

Was wir wollen und wofür wir aktiv sind

Unsere wichtigsten Forderungen sind Arbeitszeitverkürzung und Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Die Durchsetzung beider Forderungen sind die einzigen wirksamen Mittel für eine spürbare Verringerung der Massenerwerbslosigkeit und für die Verhinderung von Billiglöhnen. Kapital und Kabinett betreiben seit Jahren eine Verlängerung der

Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. Die schon einmal in weiten Bereichen erklüpfte 35-Stundenwoche ist weitgehend zu Makulatur geworden. Dies verringert nicht nur die Lebensqualität der Beschäftigten und untergräbt das Familienleben. Es vergrößert auch das Heer der Erwerbslosen und senkt die Stundenlöhne. Deswegen:

➤ *Arbeitszeitverkürzung - Sofortige gesetzliche Festschreibung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und gewerkschaftlicher Kurs auf die 30-Stunden-Woche*

- Der Kampf für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich muss in allen Gewerkschaften wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Nur wenn die Arbeitszeit in großen Schritten verkürzt wird, kann verhindert werden, dass ihre positiven Folgen durch Arbeitsintensivierung aufgefangen werden und keine Einstellungen erfolgen.
- Keine Zugeständnisse in Sachen Arbeitszeit oder Flexibilisierung. Jede Arbeitszeitverlängerung in einem Bereich ist ein Angriff auf uns alle.
- Gegen die Einrichtung oder Ausdehnung von Langzeitarbeitskonten.

Plattform der Gewerkschaftslinken – www.labournet.de/GewLinke

Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro

Für Millionen arbeitender Menschen ist seit Jahren das Einkommen gesunken. Viele leben am Rande oder unter dem Existenzminimum. Hartz IV fördert das mit seinen Zumutbarkeitsbestimmungen und mit Ein-Euro-Jobs. Dem muss der Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn entgegengesetzt

werden. Die untersten Tariflöhne für allgemein verbindlich zu erklären ist vollkommen ungenügend, weil auch viele Tariflöhne unterhalb des Existenzminimums liegen. Wir brauchen einen allgemeinen, für alle Branchen gleichen Mindestlohn. Heute müssen dies wenigstens 10 Euro in der Stunde sein.

Existenz sicherndes Mindesteinkommen

Wachsende Erwerbslosigkeit ist kein Ergebnis wachsender Faulheit der Erwerbslosen, sondern eine zwangsläufige Folge dieses Wirtschaftssystems. Deshalb treten wir für ein ausreichendes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen ein – ohne

Bedürftigkeitsprüfung. Es müsste sich für Alleinstehende aus einer Regelleistung von 500 Euro (statt jetzt 345 Euro) **plus** Unterkunftskosten und Heizung zusammensetzen.

Kräftige Reallohnsteigerungen bei Tarifikämpfen

Bei tariflichen Kämpfen treten wir ein

- Anhebung aller Ost-Tarife auf Westniveau
- für Festgeldforderungen, auch und gerade, um das Einkommen von Frauen anzuheben. Der Festbetrag muss jedoch so hoch ausfallen, dass auch die oberen Tarifgruppen mindestens einen Inflationsausgleich erhalten
- gegen Lohnabschlüsse, die teilweise oder ganz von der "Ertragslage" der Betriebe abhängig gemacht werden

- gegen Lohnabschlüsse mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten
- gegen die Einführung von „Leistungs“bezogenen Entgeltbestandteilen im Öffentlichen Dienst, weil damit nur das allgemeine Gehaltsniveau gesenkt und die Konkurrenz angeheizt wird

Klares Nein zu allen ungeschützten Beschäftigungs- und Lebensverhältnissen

Mit der Ausdehnung von Leiharbeit, Minijobs, Ein-Euro-Jobs und befristeten Arbeitsverhältnissen hebt das Kapital zu-

nehmend Tarifverträge aus, senkt das Lohnniveau und untergräbt die Arbeitsbedingungen der „Stammbelegschaften“.

Rente mit 60 Jahren, ohne Abschläge

Die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre ist ein untrennbarer Bestandteil der Arbeitszeitverkürzung, die mit wachsender Produktivität möglich ist. Wir wenden uns gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Wir halten die stei-

gende Lebenserwartung nicht für eine Last, sondern für einen Fortschritt, der aus dem wachsenden gesellschaftlichen Reichtum finanziert werden kann.

Einheitliche, bedarfsdeckende Krankenversicherung

Wir wehren uns dagegen, dass durch Zuzahlungen, Gebühren und Ausgliederung von Leistungen aus der Krankenversicherung das Lohnniveau gesenkt wird. Das Kapital und insbesondere die Versicherungskonzerne streben an, die gesetzliche Krankenversicherung auszuschlachten, um ihre Profitin-

teressen zu fördern. Wir streben eine einheitliche gesetzliche Krankenversicherung für alle an. Wir wollen nicht, dass die Gesundheitsversorgung vom Geldbeutel abhängt. Weg mit der Beitragsbemessungsgrenze.

Keine Privatisierung der Sozialversicherungen

Wir lehnen die Formel „Senkung der Lohnnebenkosten“ ab, mit der der Abbau der Sozialversicherung zugunsten der

Privatversicherung betrieben wird.

Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen

Krankenhäuser, Verkehrsbetriebe, Wasserversorgung, kommunale Wohnungen usw. werden mehr und mehr an private Investoren verkauft. Wir wollen eine ausreichende öffentliche

Infrastruktur für alle, die allen zu niedrigen Preisen zugänglich ist. Privatisierte Betriebe müssen in gesellschaftliches Eigentum überführt werden.

➤ *Uneingeschränkter Zugang zu und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen (keine Studiengebühren und andere Gebührenerhöhungen, keine Eliteuniversitäten)*

Wir streben die Abschaffung des Dreiklassenschulsystems an. Eine Schule für alle, damit unsere Kinder besser gefördert

werden können! Das Schulwesen muss so eingerichtet werden, dass die Kinder der unteren Schichten nicht ausgesiebt

werden, sondern alle SchülerInnen sich bestmöglich nach ihren Fähigkeiten entwickeln können. Statt das Studium mehr und mehr den Schmalspurinteressen der zukünftigen Arbeit-

geber unterzuordnen, fordern wir auch für die Hochschulen eine allseitige, gebührenfreie Ausbildung und ein elternunabhängiges BAföG von 500 Euro plus Miete und Nebenkosten!

Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen

Wir treten dafür ein, dass alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung erhalten und dass sie Anspruch darauf haben, in

ihrem erlernten Beruf übernommen zu werden. Finanziert werden muss es von den Unternehmen.

Wer soll das bezahlen?

Gewinnsteuersenkungen dienen ausschließlich der privaten Profitmacherei. Wir fordern, dass die Verwendung der Milli-

arden Steuergeschenke offen gelegt werden muss.

➤ *Die Senkungen der Körperschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer müssen ebenso rückgängig gemacht werden wie die Abschaffung der Vermögenssteuer.*

Die Löcher, die durch Senkung der Steuern für das Kapital gerissen werden, werden durch den Verkauf öffentlicher Einrichtungen, die Erhebung von Gebühren für die Nutzung

öffentlicher Einrichtungen sowie Sozial- und Personalabbau notdürftig gestopft.

Unsere Perspektiven und wer wir sind

Wir machen uns dafür stark, dass die Gewerkschaftsmitglieder und die abhängig Beschäftigten insgesamt sich in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einmischen und dazu mit den entsprechenden Gruppen, Initiativen und Bewegungen zusammenarbeiten:

- Gegen Kriege, die nur den Interessen des Großkapitals dienen und Tausende unschuldigen Menschen, darunter unseren KollegInnen in anderen Ländern, das Leben kosten
- Gegen eine milliardenschwere Aufrüstung, die der Vorbereitung solcher Kriege dienen und zusätzlich den Sozialabbau vorantreiben
- Gegen Rassismus und Faschismus, der die Belegschaften spaltet und gegeneinander aufhetzt, um ihre Kampfkraft und Gegenwehr zu schwächen; denn die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen den Klassen. Wir lassen nicht zu, dass ausländische KollegInnen zu Sündenböcken für Arbeitslosigkeit und Verarmung gemacht werden. Auch die KollegInnen ohne Papiere verteidigen wir

Um mehr Druck für unsere Forderungen und Ziele aufzubauen, setzen wir uns dafür ein, dass in den DGB-Gewerkschaften die demokratischen Rechte der Mitglieder vollständig zur Geltung kommen. Insbesondere bei Tarifkämpfen kann es nicht um eine Minimalisierung der Kampfmittel und des Kampfeinsatzes gehen, sondern im Gegenteil um die Einbeziehung möglichst vieler Kolleginnen und Kollegen in den tatsächlichen Kampf. Nur wenn sie die Erfahrung machen, dass es auf sie selbst ankommt, auf ihre Eigenaktivität, werden Engagement und Selbstvertrauen wachsen. Nur auf diesem Wege ist eine politische und gewerkschaftliche Emanzipation der arbeitenden Menschen möglich. Weicht ein Tarifabschluss von der aufgestellten Forderung ab, muss die Zustimmung der gewerkschaftlich organisierten KollegInnen eingeholt werden.

- Belegschaften werden durch international operierende Konzerne grenzüberschreitend erpresst. Deshalb ist es eine vordringliche Aufgabe, eine grenzüberschreitende

Zusammenarbeit von Belegschaften unbürokratisch aufzubauen, um Schließungspläne von Konzernen abzuwehren. Dazu müssen Netze gewerkschaftlicher Querverbindungen ausgebaut werden bzw. erst aufgebaut werden.

- Wir brauchen Organisationsformen, die geeignet sind, alle Kräfte zusammenzuschließen, die diese Ziele teilen – innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften
- Wir wollen Solidaritätsaktionen mit kämpfenden Belegschaften und eine Vernetzung von unten organisieren,
- Wir rufen auf, Foren innerhalb der Gewerkschaften zu fördern, die allen offen stehen
- Wir setzen uns ein für Bündnisse zwischen Beschäftigten, Arbeitslosen, Studierenden und Schülern, Rentnern usw., die auch über den gewerkschaftlichen Rahmen hinausgehen.

Wir sind ein Zusammenschluss von GewerkschafterInnen. Wir wenden uns aktiv gegen alle Bestrebungen, gewerkschaftliche Aktivitäten den Interessen und Zielen des Kapitals unterzuordnen. Stattdessen wollen wir dazu beitragen, über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinaus zu denken und Alternativen zu entwickeln.

Wir haben uns an vielen betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen beteiligt. Viele von uns haben daran mitgewirkt, dass bestimmte Auseinandersetzungen eine kämpferische Richtung genommen haben. Die Kräfte, die sich uneingeschränkt für die Interessen der Lohnabhängigen gegen das Kapital engagieren, müssen ihre Handlungsfähigkeit bewahren und ausbauen.

Diese Plattform wurde auf der Konferenz der Gewerkschaftslinken am 01.10.2005 diskutiert und verabschiedet. Sie stellt den derzeitigen Diskussionsstand dar. Dabei halten wir es aus, dass nicht jede und jeder Einzelne von uns mit jedem einzelnen Satz dieser Plattform einverstanden sein muss. Wir betrachten es vielmehr als unsere Stärke, unsere unterschiedlichen Meinungen beibehalten zu können und doch gemeinsam für eine andere, eine kämpferische Gewerkschaftspolitik streiten zu können.